Zum Kongreß des DGB. Seite 3

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 21 vom 28. Mai 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM



Der Kampf geht weiter bei Enka/Kassel gegen die Stillegung des Werkes mit seinen 700 Beschäftigten. Allerdings hat der Betriebsrat sich bereiterklärt, eine vom Präsidenten des hessischen Landesarbeitsamtes vorgeschlagene Kompromißlösung hinzunehmen, die die Entlassung von 225 Beschäftigten vorsieht. Die Erfahrungen zeigen demgegenüber, daß nur durch Streik und Besetzung des Betriebes unter der klaren Forderung „Erhalt aller Arbeitsplätze" die Arbeitsplatzvernichtung gestoppt werden kann. Am 15. Mai führten Enka-Arbeiter und Kasseler Bürger einen Autokorso gegen die geplante Stillegung durch. Das obige Foto stammt von einer Protestaktion der Enka-Kollegen vor dem Enka-Verwaltungsgebäude in Wuppertal.

EG stützt britische Falkland-Aggression

Keine Unterstützung für Thatchers Amoklauf!

Britische Marine führt Atomwaffen mit

BRÜSSEL. — Die Außenminister der EG haben sich am Montag mit unerwarteter Eindeutigkeit hinter den mörderischen Krieg der britischen Imperialisten im Südatlantik gestellt. Sie bekundeten der Thatcher-Regierung nicht nur ihre uneingeschränkte Solidarität, sondern beschlossen auch eine unbefristete Verlängerung der Einfuhrsperre für argentinische Waren.

Lediglich Irland und Italien werden sich an diesem Boykott nicht beteiligen. Unmittelbar vor der EG-Tagung hatte der Ständige NATO-Rat erklärt, die Unterstützung für London bleibe auch nach der britischen Invasion auf den Malviven „unverändert gültig". Damit zeigte sich einmal mehr, wie sehr der westliche Militärpakt und die EG in den entscheidenden politischen Fragen gleichgeschaltet sind.

Die EG-Mehrheitsentscheidung, an der Bonns Außenminister Genscher maßgeblich beteiligt war, stärkt der Thatcher-Regierung in einer kritischen Phase ihres Kolonialkriegs den Rücken. Mit der am vergangenen Freitag erfolgten Landung britischer Truppen auf den Malvinen ist endgültig deutlich geworden, daß London keine Verhandlungslösung, sondern die vollständige Kapitulation der argentinischen Junta mit dem Einsatz brutaler militärischer Gewalt erzwingen will.

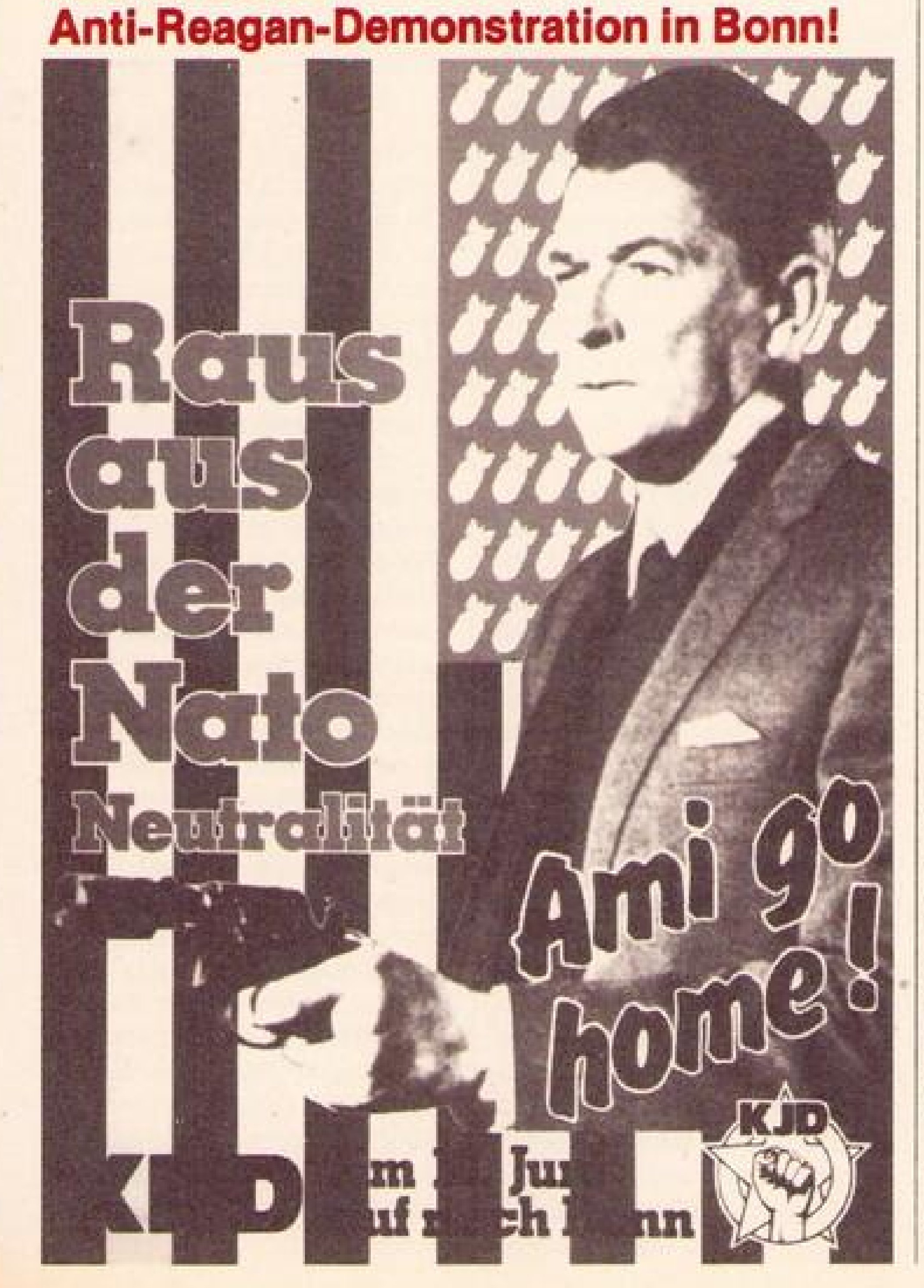
Dafür sprechen auch die letzten Äußerungen von Vertretern der britischen Regierung, in denen nur noch von der Wiederherstellung der uneingeschränkten Kontrolle über die Malvinen die Rede ist. So wie Thatcher persönlich die Bombardierung der „General Belgrano" befahl, bei der 321 Matrosen den Tod fanden, schickt sie jetzt die Soldaten der „Task force" in eine blutige Schlacht zur endgültigen Rückeroberung der Inseln für den britischen Imperialismus. Und wie verlogen dabei das Gerde über die Sorgen ist, die man sich angeblich um die Falkland-Bewohner macht, zeigte sich letzte Woche in aller Deutlichkeit: Ein Appell von Anglo-Argentiniern, einen Waffenstillstand zu vereinbaren, damit wenigstens die Kinder von den Inseln evakuiert werden könnten, wurde von London einfach in den Wind geschlagen.

Wie der „Spiegel" in seiner Ausgabe vom Montag berichtet, ist die britische Flotte für ihren Aggressionskrieg sogar mit Atomwaffen ausgerüstet. Und Flottenchef Woodward ist ausdrücklich ermächtigt, diese Waffen bei „schwerwiegenden Umständen" auch einzusetzen.

Dieser blutige Feldzug, der — wenn die britische Flotte in große Bedrängnis gerät — also auch zum Atomkrieg eskalieren kann, wird von der Bonner Regierung unterstützt! Alles Geschwätz der Genscher, Schmidt und Co. über eine politische Lösung, die man sich wünsche, entlarvt sich angesichts ihrer wirklichen Taten als pure Heuchelei. Denn ihre uneingeschränkte Treue zu den britischen EG- und NATO-Partnern ist tatsächlich eine Beteiligung an Thatchers Feldzug, am Massenmorden im Südatlantik.

Deshalb muß am 10. Juni in Bonn auch unter der Losung demonstriert werden: Keine Unterstützung für den britischen Falkland-Krieg!

Am 10. Juni: Anti-Reagan-Demonstration in Bonn!



Der Kongreß kuschte

Von Ausmisten war keine Rede mehr

WESTBERLIN. — Die Basis erwartete vom DGB-Bundeskongreß in Westberlin nicht zuletzt erste konsequente Schritte, um den Sumpf in den Spitzenetagen des Gewerkschaftsapparates rücksichtslos auszumisten. Obwohl inzwischen neue, noch schlimmere Vorwürfe gegen viele Spitzenfunktionäre auf den Tisch kamen, war aber auf dem Kongreß dann von Ausmisten keine Rede mehr.

Die spektakuläre Propagandashow eines Heinz Kluncker, der vor den Pressekameras dem neugewählten Ernst Breit einen rustikalen Besen überreichte, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Kongreß vor der Pflicht des Ausmistens jämmerlich versagt hat. Kein einziger Vorwurf wurde entkräftet oder aufgeklärt. Stattdessen wurden alle diskreditierten Kandidaten (außer Vetter) erneut in den Bundesvorstand gewählt.

Die wesentlichen neuen Vorwürfe beinhalten folgendes:

- Zumindest die DGB-Führer Vetter, Loderer, Frister, der ehemalige GEW-Chef (und heutige Neue-Heimat-Personaldirektor), Sperner sowie der DGB-Bankier Hesselbach waren darauf hingewiesen worden, daß die Millionen-Betrugsfirma Terrafinanz von Vorstandsmitgliedern der Neuen Heimat gegründet worden war. Das Gerede von Vetter und Konsorten, sie hätten von nichts etwas gewußt und seien von den „Spiegel"-Enthüllungen total überrascht worden, war Lüge.
- Eine ganze Reihe von DGB-Führern hat den abzuführenden Anteil von bezogenen Aufsichtsratstantiemen teilweise oder ganz unterschlagen.
- Vetter hatte entgegen seinen Beteuerungen doch einen Strohmann, der seine Berliner Steuermanipulationen decken sollte. Zumindest ein Jahr lang zahlte Großverdiener Vetter keinen Pfennig Steuer.

(Berichte und Kommentare zum DGB-Kongreß auf Seite 2 und Seite 3.)

Diese Woche

Massenkundgebung in Tokio

400 000 demonstrierten gegen Atomrüstung

Fast eine halbe Million Japaner versammelte sich am Sonntag in Tokio, um für Abrüstung und eine Loslösung des Landes aus der amerikanischen Atomkriegsstrategie zu demonstrieren. Die Massenkundgebung verabschiedete auch einen Appell an die UNO zur vollständigen atomaren Abrüstung, für den zuvor landesweit 30 Millionen Unterschriften gesammelt worden waren.

Unter den Rednern bei dieser bislang größten Anti-Atomwaffen-Demonstration in der Geschichte Japans war auch Motofumi Makieda, der Vorsitzende des Generalrats japanischer Gewerkschaften. Gemeinsam mit linken politischen Parteien, Frauen- und Jugendorganisationen sowie religiösen Gruppierungen hatten die Gewerkschaften zu dieser Demonstration aufgerufen.

Eine Friedensdemonstration, an der sich 30000 Menschen beteiligten, gab es am Wochenende in der nordgriechischen Hafenstadt **Saloniki**. Ihre Stoßrichtung zielte gegen die amerikanischen Militärbasen in Griechenland, deren sofortige Auflösung gefordert wurde. Gleichzeitig setzten sich die Demonstranten für einen Austritt ihres Landes aus der NATO ein.

London erlebte am Sonntag die bislang größte Protestdemonstration gegen den Falkland-Krieg. Etwa 8000 Leute hatten sich unter der Hauptforderung nach einer sofortigen Feuereinstellung versammelt. In der angesichts der Massaker im Südatlantik schwachen Beteiligung spiegelt sich die Tatsache wieder, daß — bis auf den linken Labour-Flügel — die reformistischen Kräfte in Britannien nach wie vor den Kriegskurs der Regierung unterstützen. Auch die starke Friedensbewegung CND (Kampagne für nukleare Abrüstung) hatte sich erst in der letzten Woche zu einer, allerdings nur halbherzigen, Beteiligung an der Londoner Demonstration entschlossen.



Auch auf den Mai-Demonstrationen in Japan (unser Bild zeigt den Demonstrationszug in Kawasaki) wurden zahlreiche Transparente gegen Aufrüstung und Militarismus mitgetragen.

Kommentar der Woche

Es war nicht nur die verschärfte Wirtschaftskrise, die den 12. Ordentlichen DGB-Kongreß überschattet hat. Dieser Kongreß stand zudem, wie auch noch keiner vor ihm, im Zeichen der innergewerkschaftlichen Krise des DGB.

Im pompösen, von der Neuen Heimat errichteten, Kongreßgebäude zu Berlin-West tagten die Delegierten. Währenddessen hatte sich „draußen", in den Betrieben, an der gewerkschaftlichen Mitgliederbasis, soviel Kritik und Unzufriedenheit, ja Enttäuschung und Wut angestaut, über das, was in den oberen Etagen des DGB-Apparates läuft, wie noch nie zuvor.

Das Wort von den Bonzen geht in den Betrieben um. Und es ist auch unter Funktionären zu hören, die sich bislang gegen diese durchaus treffende Charakterisierung gewisser Spitzenfunktionäre gewehrt haben.

Nach den jüngsten Enthüllungen im „Spiegel" und im „Stern" war es noch zwingender als schon vorher, daß der berühmte Ausspruch, „so wie bisher kann es nicht weitergehen", das Vorzeichen für diesen DGB-Kongreß abgab. Und dennoch lautet das traurige Ergebnis der Mammut-Tagung im Berliner Kongreßzentrum: Alles bleibt beim Alten!

DBG-Kongreß — traurige Bilanz

Es muß endlich ausgemistet werden! Das war die Forderung der Basis, seitdem der bodenlose Neue-Heimat-Sumpf vor Monaten zum erstenmal ins Blickfeld gekommen war. Was unter Vetter aber bisher getan wurde, nämlich die Entlassung Vietors und einiger anderer total diskreditierter Komplizen, sollte lediglich die Gemüter beschwichtigen, damit für andere dann um so leichter Persilscheine ausgestellt werden konnten.

Ohne jede Frage wäre es eigentlich die selbstverständlichste Sache der Welt, daß ein DGB-Kongreß in solcher Lage die Pflicht hat, endlich mit dem Ausmisten zu beginnen, daß er die Weichen stellen müßte, um endlich den Sumpf trockenzulegen, der unsere Gewerkschaften zu ruinieren droht.

Und doch geschah genau das Gegenteil. Unter dem Vorwand einer verlogenen „Solidarität" wurde die fällige Auseinandersetzung vom Tisch gewischt. Gewerkschaftsbonzen, die mit beiden Beinen tief im Sumpf stecken, wurden erneut in den Bundesvorstand gewählt!

Aber nicht nur in dieser Hinsicht versagte der Kongreß jämmerlich. Die Geschäfte eines Vietor und Kompanie sind letztlich ja nur extremer Auswuchs einer gewerkschaftspolitischen Richtung, die die Gewerkschaft nicht als Kampforganisation der Lohnabhängigen gegen das Kapital, sondern als dessen „Partner" sieht. Wenn man zur Voraussetzung gewerkschaftlicher Strategie die Anerkennung, ja im Grunde sogar die Unantastbarkeit des kapitalistischen Profitsystems macht, dann kann es nicht ausbleiben, daß man sich mit diesem System verfilzt.

Sozialpartnerschaft führt zur Kapitulation gegenüber dem Großangriff, den vom Kapital und der Regierung in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht heute gegen die Arbeiterklasse betrieben wird. Das haben die letzten Jahre in aller Deutlichkeit gezeigt. Stichworte: Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau, Reallohnsenkung.

Wäre es etwa nicht eine der dringlichsten Aufgaben des DGB-Kongresses gewesen, die Auseinandersetzung um die Sozialpartnerschaftspolitik, wie sie dringend auf der Tagesordnung steht, zu führen? Völlig zu Recht folgerte kürzlich Detlef Hensche in einem kritischen Kommentar zum Verlauf der diesjährigen Lohnrunde, unsere Gewerkschaften stünden jetzt am Scheideweg zwischen Anpassung und aktiver Gegenwehr.

Aber eine Auseinandersetzung über diese These hat auf dem Kongreß nicht einmal in Ansätzen stattgefunden. Auch Hensche hat sich damit begnügt, ziemlich oberflächlich die „Passivität" des DGB-Bundesvorstands gegenüber den Angriffen von Unternehmern und Regierung zu kritisieren.

Ernst Breit will erklärtermaßen die Politik Vetters weiterführen, das heißt, den Weg der Anpassung weitergehen. Und dieser Vertreter der Rechten wurde mit 499 von 518 Stimmen zum neuen DGB-Vorsitzenden gewählt! Mit der höchsten Stimmenzahl, mit der je ein DGB-Vorsitzender gewählt wurde! Allein dies spricht Bände darüber, wie dieser Kongreß gegenüber den Herausforderungen, die an ihn gestellt waren, versagt hat.

Die Lehre daraus kann nur sein: Eine zähe, systematische, unversöhnlich gegen den Sozialpartnerschaftskurs gerichtete oppositionelle Arbeit in den Gewerkschaften, vor allem direkt an der Mitgliederbasis, ist absolut notwendig! Eine organisierte Opposition ist absolut notwendig! Der weitere Aufbau der RGO ist absolut notwendig! Anders wird es nicht möglich sein, eine grundlegende Wende zu erreichen, d.h. eine klassenkämpferische Linie im DGB durchzusetzen.

Hanfried Brenner

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

BDI-Boß haut auf den Putz

Unternehmer-Kritik an Bonner Wirtschaftspolitik

Investitionszulage von allen Parteien gebilligt

BONN. — Auf der Jahrestagung des Bundesverbands Deutscher Industrie (BDI) hat der neugewählte Verbandspräsident Rodenstock in ungewöhnlich scharfer Form die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung angegriffen und die Bonner Koalition pauschal für die Verschärfung der wirtschaftlichen Krise verantwortlich gemacht.

Ursprünglich sollte in diesem Jahr ein Mann des Rüstungskapitals, der Flick-Boß von Brauchitsch, an die Spitze des BDI treten. Seine Nominierung zum Präsidenten erschien den Herren vom Unternehmerverband zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch wenig ratsam. Steht doch von Brauchitsch gerade jetzt im Mittelpunkt des Skandals um die Finanzierung der Bonner Parteien (und einzelner Politiker) aus den Kassen des Monopolkapitals; gegen ihn laufen Ermittlungen wegen Bestechung und Steuerhinterziehung.

So wurde die Amtszeit des Münchner Unternehmers Rodenstock als BDI-Präsident erneuert. Und Rodenstock präsentierte sich auf der Verbandstagung als Scharfmacher übelster Sorte, wobei er vor allem die Bundesregierung ins Visier nahm. Sie habe, so der BDI-Boß, „sehenden Auges" die wirtschaftliche Fehlentwicklung der letzten Jahre in Kauf genommen; sie habe über lange Zeit hinweg zur gegenwärtigen „Beschäftigungskrise" beigetragen.

Besonders scharf kritisierte Rodenstock das Hin und Her bei der Haushaltsoperation '82 und das sogenannte Beschäftigungsprogramm, das er ein „Leipziger Allerlei" nannte, mit dem erneut der Eindruck erweckt würde, als ob der Staat die Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik garantieren könne. Keine Gnade fanden auch die wirtschaftspolitischen Beschlüsse des jüngsten SPD-Parteitags, die unter anderem verstärkte staatliche Investitionen und eine befristete Ergänzungsabgabe auf höhere Einkommen vorsehen. Von diesen Beschlüssen, so Rodenstock, gingen „verheerende psychologische Auswirkungen" auf die Unternehmer und deren Investitionsbereitschaft aus.

Wenn man diese Tiraden für sich nimmt, könnte man fast den Eindruck haben, der BDI mache hier gegen eine besonders unternehmerfeindliche Regierung mobil. Aber tatsächlich hat ja die von Rodenstock attakkierte Operation '82 nicht die Superreichen zugunsten der Werktätigen belastet, sondern umgekehrt einen Kahlschlag am Besitzstand der arbeitenden Menschen eingeleitet und beträchtliche Umschichtungen zugunsten der Unternehmer zur Folge gehabt. Und das gleiche läßt sich auch über das sogenannte Beschäftigungsprogramm sagen. Denn die vor zwei Wochen im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat verabschiedete und inzwischen von allen Bonner Parteien angenommene Form dieses Programms hat nun mit einer staatlichen Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht mehr das geringste zu tun.

Übrig geblieben ist die zehnprozentige Investitionszulage für alle Unternehmer, die an keinerlei Auflagen für den Erhalt oder gar für die Schaffung von Arbeitsplätzen geknüpft ist. Finanziert werden soll sie nun nicht durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (dagegen hatte sich die CDU gesträubt), sondern durch weitere Umschichtungen im Haushalt, womit nur erneute Streichungen bei den Sozialleistungen gemeint sein können. Entgegen dem ursprünglichen Entwurf des „Beschäftigungsprogramms" ist in der endgültigen Form die höhere Besteuerung für unbebaute Grundstücke ebenso weggefallen wie früher vorgesehene Maßnahmen zur beschleunigten Eintreibung von Steuerschulden der Kapitalisten.

Dafür sind für bestimmte Branchen einige Extra-Geschenke neu aufgenommen worden. Reeder, die bei westdeutschen Werften Schiffsneubauten bestellen, können beispielsweise künftig neben der 12,5prozentigen Schiffsbauförderung noch einen Sonderzuschuß von 5 Prozent des Kaufpreises kassieren.

Dieses Programm ist also insgesamt ein von der Bundesregierung auf den Weg geschicktes Geschenkpaket für die Unternehmer. Warum aber geht dann ausgerechnet der BDI-Chef Rodenstock so hart damit ins Gericht? Natürlich haben er und die übrigen Bosse nichts gegen üppige Subventionen. Was ihnen jedoch heute nicht mehr in den Kram paßt, ist die gesamte Ausrichtung der Bonner Wirtschaftspolitik. Sie verlangen nicht kurzfristige vom Staat angekurbelte Investitionsprogramme, sondern — wie sie es selbst immer nennen — eine grundlegende Veränderung der Rahmenbedingungen. Gemeint sind damit etwa kräftige Steuererleichterungen, oder auch drastische Einschnitte ins „soziale Netz", wie sie schon vor Wochen in einer Denkschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) gefordert wurden: Abschaffung der Lohnfortzahlung, Abschaffung der bruttolohnbezogenen Rente usw.

Gegen staatliche „Beschäftigungsprogramme" sind die Bosse auch deshalb, weil sie — wie Rodenstock selbst klar zum Ausdruck brachte — bei den Werktätigen bestimmte Erwartungen wecken: nämlich die, daß es Aufgabe des Staates sei, durch wirksame Maßnahmen die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dagegen setzten die westdeutschen Kapitalisten heute die Losung „Weniger Staat", wie sie für die Wirtschaftspolitik eines Ronald Reagan oder einer Margaret Thatcher kennzeichnend ist. Zu dieser als „neokonservativ" bezeichneten Politik hat sich Rodenstock in seiner Rede vor der BDI-Jahrestagung denn auch unverblümt bekannt: „Wenn unsere marktwirtschaftliche Auffassung neuerdings das Etikett neokonservativ umgehängt bekommt, dann sollten wir es mit Stolz tragen und als Auszeichnung verstehen."

Für die Werktätigen sollten solche freimütigen Äußerungen ein Alarmzeichen sein. Denn wenn die Bosse nach „weniger Staat" schreien, dann meinen sie „weniger Sozialstaat". Wenn sie sich mit Stolz das Etikett „neokonservativ" umhängen lassen, dann sollte man sich daran erinnern, wohin die neokonservative Politik der Reagan und Thatcher geführt hat: zum sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit, zum Absinken von Millionen unter die Armutsgrenze — und auf der anderen Seite zur hemmungslosen Bereicherung der Großkapitalisten.

Kein Zweifel: Eine solche Wende will der BDI auch in der Bundesrepublik erzwingen. Es ist höchste Zeit, daß sich die Gewerkschaften dieser reaktionären Herausforderung stellen und dem Unternehmerkurs mit einer machtvollen Gegenoffensive kontern.



70 000 Gewerkschafter gingen in Stuttgart auf die Straße — gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn

Bonn plant Neuregelung für Kriegsdienstverweigerer

Wird der Zivildienst verlängert?

BONN. — In Bonn mehren sich die Zeichen dafür, daß an einer Neuregelung des zivilen Ersatzdienstes für Kriegsdienstverweigerer gearbeitet wird. Die vom Bundestag eingesetzte Kommission „Jugendprotest" hatte sich auch mit diesem Thema beschäftigt und in ihrem vor mehreren Wochen vorgelegten Bericht unter anderem die Abschaffung der Prüfungsverfahren vorgeschlagen.

Auch Anke Fuchs, die kürzlich das Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit übernahm, hat inzwischen ähnliche Pläne vorgelegt. Auf den ersten Blick sieht das wie ein wirklicher Fortschritt aus. Denn die Prüfungsverfahren, in denen das „Gewissen" der Verweigerer erforscht werden soll, sind eine erhebliche Einschränkung des verfassungsmäßigen Rechts auf Kriegsdienstverweigerung. Die Prüfungskommissionen können faktisch nach Gutdünken entscheiden; Verweigerer, die nicht geschickt argumentieren können, haben vor diesen Kommissionen sowieso keine Chance.

Aber was sich zunächst einmal als Fortschritt ausnimmt, hat tatsächlich einen großen Haken. Einig sind sich nämlich alle Bonner Politiker, die jetzt laut über die Abschaffung der Prüfungsverfahren nachdenken, darin, daß bei einer Neuregelung der Ersatzdienst verlängert werden müsse. Zivildienstleistende sollen also einige Monate länger „dienen" als ihre Altersgenossen, die zur Bundeswehr eingezogen werden.

Anke Fuchs hat sich bei der Begründung ihrer Pläne auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes berufen, nach dem eine Ausdehnung des Ersatzdienstes bis auf zwanzig Monate möglich ist. Dieses reaktionäre Urteil hatte ganz offensichtlich Abschreckungscharakter für Kriegsdienstverweigerer haben sollen. Denn die Herren Verfassungsrichter hatten in die Begründung unverblümt hineingeschrieben, der Ersatzdienst müsse eine „lästige Alternative" zum Kriegsdienst sein. Und je länger er dauert, desto lästiger ist er natürlich.

Mit diesem üblen Urteil hatte sich allerdings schon das BVG über die eindeutigen Bestimmungen des Grundgesetzes hinweggesetzt. Dort heißt es nämlich: „Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen." Wenn Bonner Politiker jetzt auf eine Ausdehnung des Ersatzdienstes hinarbeiten, dann ist das ein neuer Anschlag auf das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, der nicht hingenommen werden darf.

DGB-Bundeskongreß in Westberlin:

Alles soll beim alten bleiben

WESTBERLIN. — Der 12. Ordentliche DGB-Kongreß leistete keinen positiven Beitrag zur Lösung der brennenden Probleme, mit denen unsere Gewerkschaftsbewegung heute konfrontiert ist. Weder wurden Schritte eingeleitet, um den Neue-Heimat-Sumpf wirklich trockenzulegen und im DGB-Apparat auszumisten, noch wurden die nötigen Konsequenzen gezogen, die sich aus den gewerkschaftlichen Niederlagen im Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze sowie für die Sicherung unseres sozialen Besitzstandes und der Reallöhne ergeben.



Der Berliner Kongreß stand unter außergewöhnlichen Vorzeichen. Die neuen Enthüllungen, mit denen „Der Spiegel" und der „Stern" pünktlich zum Kongreßbeginn aufwarten konnten, stellen all das noch in den Schatten, was bis dato im Zusammenhang mit dem Neue-Heimat-Skandal auf den Tisch gekommen war. Ungeachtet dessen, ob nun alle vorgebrachten Vorwürfe bis ins letzte Detail der Realität entsprechen, ergab sich dadurch jedenfalls noch dringender die Notwendigkeit folgender Konsequenzen, die allerdings bereits vorher schon unabweisbar gewesen sind:

- Die Verstrickung von Vetter, Loderer und Pfeiffer in kapitalistische Abschreibungsgeschäfte hätte entsprechend zur Diskussion gestellt und verurteilt werden müssen. Alle drei sind selbstredend nicht mehr tragbar für gewerkschaftliche Ämter und Funktionen irgendwelcher Art;
- Die Mitverantwortung und Verstrickung sämtlicher Gewerkschaftsführer, die als Aufsichtsräte in den Kontrollorganen der Neuen Heimat sitzen (bzw. saßen), hätte untersucht werden müssen. Solche Funktionäre, bei denen sich der Verdacht erhärtet hätte, daß sie ihrer Aufsichtspflicht nicht streng und unbestechlich nachgekommen sind oder daß sie gar Mitwisser der betrügerischen Geschäfte von Vietor und Konsorten waren, hätten auf keinen Fall mehr für den DGB-Bundesvorstand oder ein sonstiges hohes Amt im DGB kandidieren dürfen;
- Vor allem dem Hinweis des „Spiegels" hätte sorgfältig nachgegangen werden müssen, demzufolge H.O. Vetter im Jahr 1979 auf einer Sitzung der Aufsichtsratspräsidenten von Neuer Heimat und Neuer Heimat Städtebau den vom Neue-Heimat-Betriebsratsvorsitzenden Cordua vorgetragenen Verdacht statt zu untersuchen niedergebügelt haben soll, daß die Betrugsfirma Terrafinanz durch Vorstandsmitglieder der Neuen Heimat gegründet wurde.
- Die bisher von der DGB-Führung geübte Praxis der Verharmlosung, Vertuschung und des Ausstellens von Persilscheinen bezüglich des ganzen Skandal- und Korruptionssumpfes hätte schärfstens verurteilt werden müssen.
- Das Konzept der „Gemeinwirtschaft" als solches, d.h. Sinn und Zweck eines kapitalistischen Großkonzerns in gewerkschaftlichem Besitz, hätte radikal in Frage gestellt und diskutiert werden müssen.
- Die Vorwürfe im „Stern", daß eine Reihe von DGB-Führern die vorgeschriebenen Anteile von den von ihnen bezogenen Aufsichtsratstantiemen nicht voll oder überhaupt nicht an die Hans-Böckler-Stiftung abgeführt haben, hätten konkret geklärt werden müssen. In jedem Fall, wo sich Hinweise ergeben hätten, daß die betreffenden Funktionäre ihnen nicht zustehendes Geld unterschlagen haben, hätte ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens eingeleitet werden müssen.
- Die Problematik der Tatsache, daß Gewerkschaftsfunktionäre der obersten Ebenen Bezüge erhalten, die um ein Mehroder Vielfaches über den Arbeiterlöhnen liegen, hätte zur Diskussion gestellt werden müssen.



Stelldichein auf dem DGB-Kongreß im Internationalen Congress Centrum in Westberlin (v.l.n.r.): IGM-Chef Loderer, IG-Bau-Boß Sperner und Unternehmerpräsident Otto Esser. Preisfrage: Welcher von den drei Herren hat auf einem Gewerkschaftskongreß sowieso nichts zu suchen?

Die hier angeführten Punkte sind das Mindeste, was der Kongreß von Rechts wegen hätte tun müssen, um schweren Schaden künftig von der Gewerkschaftsbewegung abzuwenden. Es geschah nichts von all dem. Stattdessen deckte man den ganzen Sumpf mit einem total pervertierten Begriff von „Solidarität" zu, die gegen „die Verleumdungen gewerkschaftsfeindlicher Kreise" gewahrt werden müsse.

Was nun den zweiten Hauptpunkt, die Perspektive des gewerkschaftlichen Widerstandes gegen den Krisenkurs von Kapital und Regierung, die Frage der Abwehr des Großangriffs auf die Arbeits-, Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse betrifft, so gab es hierzu zwar einige kritische Diskussionsbeiträge, die das Versagen und die Stillhaltepolitik der DGB-Führung aufs Korn nahmen. Aber diese Kritik hatte keinen umfassenden und grundsätzlichen Charakter. Sie stellte den Kurs der Sozialpartnerschaft nicht prinzipiell in Frage. Und vor allem schlug sie sich fast gar nicht in den Beschlüssen des Kongresses und verabschiedeten Anträgen nieder.

Von Linken wie z.B. Hensche, Götz, Karl-Heinz Janzen wurde kritisiert, daß es gegen die Bonner Haushaltsbeschlüsse nicht „50 Stuttgarts" gegeben hat und daß die DGB-Führung auch gegen die neue Zumutbarkeitsanordnung nicht mobilisiert und Aktionen organisiert hat. Es wurde überhaupt die Politik von Vetter und anderen kritisiert, die Angriffe der Gegenseite nur mit Appellen und Verhandlungen zu beantworten, jedoch auf gewerkschaftliche Gegenmacht zu verzichten.

Hensche erklärte, die Chance der Arbeiterbewegung liege in der Bewegung der Arbeiter. Götz kritisierte, daß die rechten DGB-Führer den Rüstungshaushalt tabuisieren. Verschiedene Diskussionsbeiträge beklagten auch, daß gewisse DGB-Führer systematisch die zwischengewerkschaftliche Solidarität blockieren. Die Schonung der sozialliberalen Koalition wurde angegriffen.

Was die Frage des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit angeht, so wurde allerdings hier bezeichnenderweise kaum Kritik an der bisherigen Politik des DGB geübt, obwohl diese sich vor allem dadurch auszeichnet, daß die Rationalisierungsfeldzüge der Unternehmer und die Arbeitsplatzvernichtung im Prinzip immer toleriert und daß der spontane Widerstand betroffener Belegschaften gegen Massenentlassungen und Stillegungen fast immer sabotiert wurde.

Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wurde als wichtiges Ziel verschiedentlich herausgestellt, jedoch wurden die offenkundigen Bestrebungen der rechten DGB-Führer, dieses Ziel in der Versenkung verschwinden zu lassen bzw. den Kampf dafür auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben, keineswegs in der nötigen Schärfe angegriffen, geschweige denn, daß mit der Verabschiedung entsprechender Anträge dem ein Riegel vorgeschoben, daß also entgegengesetzte Pflöcke gesetzt worden wären.

Soweit wir bis jetzt wissen, sind die wenigen Anträge, die wenigstens in Einzelfragen die Programmatik des DGB auf klassenkämpferische Positionen hätten vorrücken können (z.B. gesetzliches Verbot der Aussperrung), nicht verbindlich verabschiedet worden. Auch der Antrag der IG Metall, der den NATO-Nachrüstungsbeschluß verurteilt, kam nicht durch.

Deutlich zeigt sich die Schwäche und Halbherzigkeit der meisten linken Delegierten auch anhand der Vorstandswahl. Alle vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Kandidaten, auch diejenigen, die total diskreditiert waren (wie z.B. Pfeiffer und Loderer), erreichten im ersten Anlauf die nötige Stimmenzahl. Alternativen gab es nicht. Die Aufstellung von Gegenkandidaten scheint im Widerspruch zum „Demokratieverständnis" unserer Gewerkschaftsführung zu stehen.

Der Vertreter der Rechten, Ernst Breit, der vom rechten „Saubermann", dem DGB-Fürsten Heinz Kluncker, auf den Thron gehoben wurde, erhielt mit 499 von 518 Stimmen einen so großen Stimmenanteil, wie ihn noch keiner seiner sechs Vorgänger bei der Erstwahl verweisen konnte. Breit will erklärtermaßen den Kurs Vetters in allen Fragen fortsetzen.

Die Bilanz des 12. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB läuft also darauf hinaus, daß alles beim alten bleiben soll. Gelingt es den oppositionellen Kräften nicht, diese Rechnung der Bonzen zu durchkreuzen, dann gute Nacht, DGB!



Milljöh-Type Vetter: „Ick hab'n Jewerbeschein, Herr Schutzmann!"

Feuermelder und Brandstifter

Der Delegierte Otto König, Bevollmächtigter der IG Metall in Hattingen, äußerte auf dem DGB-Kongreß sein Unbehagen über die Behandlung des Neue-Heimat-Skandals bzw. der schwerwiegenden Vorwürfe, die gegen eine ganze Reihe von DGB-Führern im Raum stehen. König sagte in einem Redebeitrag, eigentlich müßten doch die Brandstifter, nicht aber die Feuermelder verurteilt werden.

Wie recht er hat! Auch die folgende Aussage von Franz Steinkühler geht zumindest in die richtige Richtung. Die Enthüllungen im Zusammenhang mit der Neuen Heimat seien ein „Vehikel", mit dem etwas anderes sichtbar gemacht werde: „Wir laufen Gefahr, die Kompetenz zu verlieren, für die Arbeitnehmer zu reden und zu verhandeln".

Die Frage ist unserer Auffassung nach, ob nicht die meisten DGB-Führer diese Kompetenz schon längst verloren haben. Denn allein das Festkleben mittels einer demokratietötenden Bürokratie an Vorstandssesseln der Gewerkschaft ergibt noch keine echte Kompetenz.

Die Art, wie DGB-Chef Vetter und seine Kumpanen dem Kongreß die dringend erforderliche Aufklärung der skandalösen Machenschaften und Vorwürfe untersagte, ist jedenfalls an Demagogie kaum zu überbieten. Originalton Vetter: „Wir Gewerkschafter lassen uns weder unsere Gemeinwirtschaft zerstören noch unsere Ehre nehmen".

Dazu ist zu sagen: Von dem, was Herr Vetter und seine Konsorten „unsere Ehre" nennen, wird wohl jeder ehrliche Gewerkschafter angewidert Abstand nehmen. Ist es nicht bereits eine Beleidigung, wenn Leute wie Vetter heute noch sagen „wir Gewerkschafter"?

Und Vetter weiter: „Jetzt müssen wir endlich ausbrechen aus dem Sumpfkreis von Verdächtigungen und Verleumdungen und uns wieder auf unsere ureigenen Aufgaben konzentrieren."

Voller heißer Leidenschaft gehen also Vetter und seine Gefährten daran, unsere gewerkschaftliche Kampffront gegen die Unternehmerangriffe zu schmieden! Sollen sie sich etwa von ihrem edlen Werk durch ständige üble Verdächtigungen und Verleumdungen abbringen lassen?

Niemals! Aus dem „Sumpfkreis" ausbrechen muß er, der Vetter oder Loderer, und zurückkehren zu „unseren ureigensten Aufgaben"! Dazu gehört zum Beispiel mit Otto Esser und Helmut Schmidt am trauten Kaminfeuer über die „große Gemeinschaftsinitiative aller gesellschaftlichen Gruppen" zur Überwindung der Arbeitslosigkeit zu plaudern; oder den Erzfeind und übelsten Verleumder der Gewerkschaften, Franz Josef Strauß, zum DGB-Kongreß einzuladen...

Übrigens meinte ein Delegierter, der zusammen mit der gesamten Delegation der IG Druck und Papier während Straußens Rede demonstrativ den Saal verlassen hatte: „Man muß den Kakao ja nicht auch noch trinken, durch den man gezogen wird".

Wie tief der Kongreß jedenfalls vom festen Willen Vetters beeindruckt war, zu seinen „ureigenen" Aufgaben zurückzukehren, bestätigt sicher folgender Witz, der während der Kongreßpausen unter den Delegierten die Runde machte:

Ein Delegierter sagt zum anderen: „Ich bin froh, daß wir jetzt die Wahl zum neuen Bundesvorstand hinter uns haben". „Du irrst, Kollege", sagt darauf der andere, „jetzt muß noch für jedes Vorstandsmitglied ein Strohmann gewählt werden".

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

KPD gegen Arbeitsplatzvernichtung und Stillegungsabsichten

HDW/Hamburg — Oder wie der SPD-Senat hilft, Arbeitsplätze zu vernichten

Am 6. Juni findet in Hamburg die Bürgerschaftswahl statt. Auch unsere Partei kandidiert zu dieser Wahl. Unter anderem mit einer Reihe von Faltblättern, in denen unser Standpunkt und unsere Alternative zu den wichtigsten sozialen und politischen Fragen dargestellt wird, greift der Landesbezirk Hamburg der KPD in den Wahlkampf ein. Im folgenden drucken wir eines dieser Faltblätter ab. Es beschäftigt sich mit der Arbeitsplatzvernichtung auf der Hamburger Großwerft HDW. Zu erwähnen wäre noch, daß zu den Kandidaten auf der KPD-Liste auch der HDW-Betriebsrat Christian Matthiessen gehört.

Am 24. März '82 besuchte Oberbürgermeister Dohnanyi die HDW. Er versprach:

„Der Senat wird alles tun, um HDW als Schiffbauplatz zu erhalten."

Schöne Worte, billige Worte, vor allem in Wahlkampfzeiten.

Versprechungen haben die heute knapp 4800 HDWler in den letzten Jahren genug gehört, nur an Taten hat es stets gemangelt. Heute sind auf der HDW in Hamburg akut 600 Arbeitsplätze gefährdet und, wenn nicht umgehend die Schiffsneubauanlagen modernisiert werden und neue Aufträge hereingenommen werden, dann stehen bald noch einmal 800 Arbeitsplätze vor der Vernichtung. Über 1000 Arbeiter müssen bis Ende August kurzarbeiten,und mit Hilfe eines neuen Lohnsystems und der Einführung von Schichtarbeit soll noch mehr aus den Kollegen herausgepreßt werden. Und das, wo es bereits heute 10 Prozent Schwerbehinderte auf der HDW gibt, wo das Durchschnittsalter bei 43 Jahren liegt und bei den Arbeitern aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen ein Krankenstand von 14,2 Prozent besteht! steht!

Kurz gesagt, der Vorstand des Staatsbetriebes HDW will mit allen Mitteln durchrationalisieren, nur um auf Kosten der Belegschaft den Gewinn zu erhöhen. Denn Gewinn wird trotz allen gegenteiligen Behauptungen immer noch gemacht. Durch das Vorgehen ist das Werk Hamburg der HDW als Ganzes gefährdet. Das geht nicht nur aus den Aussagen des HDW-Vorstandes hervor, das zeigt auch die Entwicklung der HDW seit Anfang der 60er Jahre.

Der langfristige Vernichtungsplan

Im Jahre 1960 fanden über 30000 Arbeiter, Angestellte und Auszubildende Arbeit auf den Hamburger Werften. Durch eine Welle von Werksstillegungen und Fusionen vernichteten die Schiffbaubosse — und die hinter ihnen stehenden Stahlkonzerne und Großbanken allein in Hamburg bis 1968 über zehntausend Arbeitsplätze. Dennoch arbeiteten auf der frisch fusionierten HDW immerhin noch 12000 Menschen. Doch das Management der jetzt ganz staatlichen HDW trieb den Plan der westdeutschen Schiffbauindustrie weiter voran. Die ehemalige Deutsche Werft und die Howaldts-Werke sollten ganz und gar aus Hamburg verschwinden. Die Thyssen-Werft Blohm und Voss sollte Nummer 1 sein in Hamburg.

1973 wurde das Werk Finkenwerder geschlossen. Nur noch 7500 zählte jetzt die Belegschaft. Dann kam 1979 der nächste Schritt. Das Werk Reiherstieg wurde geopfert. Heute, 1982, arbeiten und lernen nur noch knapp 4800 auf der HDW. Und 1982 sollen 600 Arbeitsplätze sofort vernichtet werden. Damit droht die endgültige Schließung des Hamburger Werkes der HDW und damit der Verlust von weit mehr als 5000 Arbeitsplätzen.

SPD/FDP-Bundesregierung und die CDU als Arbeitsplatzvernichter

Mit von der Partie war und ist die SPD/FDP-Bundesregierung. Sie selbst hat von den Schiffbaubossen ein solches systematisches Vernichtungsprogramm gefordert — ein Strukturprogramm, wie sie es nennen — und die „Strukturbereinigung" mit mehreren Milliarden Mark subventioniert. Die Bundesregierung selbst verfügt je über 74,9 Prozent Anteil an der HDW, die Landesregierung in Kiel über 25,1 Prozent.

So gab es über die Jahre hin stets eine Koalition zwischen der SPD/FDP-Bundesregierung mit der CDU-Landesregierung in Kiel für die Vernichtung des Hamburger Werkes der HDW. Und nicht schnell genug konnte es selbst der Hamburger CDU bei der Vernichtung der HDW-Hamburg gehen. Bereits 1979 forderte die CDU die Schließung des Schiffsneubaus in Hamburg. Heute fordert der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU, von Rohr, lauthals ein „neues Konzept", was nichts anderes heißen kann, als weg mit dem Schiffsneubau und damit der Arbeit vom Ende.

Sichert die SPD-Politik die Arbeitsplätze?

Die SPD im Senat, die SPD in der Gewerkschaftsführung, die SPD im Betriebsrat der HDW, die SPD-Betriebsgruppe auf der HDW, sie hat eine einheitliche Politik verfolgt: eine Politik der großen Worte und Sozialpartnerschaft. Auf der Werft verbreiteten die SPD-Funktionäre über Jahre ihre Vorstellungen der Sozialpartnerschaft, um die Belegschaft vom Widerstand abzuhalten. Sie selbst mauschelten im Betriebsrat mit dem HDW-Vorstand hinter dem Rücken der Belegschaft und versuchten,aus dem IGM-Vertrauenskörper einen kraftlosen Applaudierclub zu machen. Auf diese Weise lähmten sie den Widerstand gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze.

Gleichzeitig waren die Hilfsversprechungen groß, ob von Wirtschaftssenator Kern 1972, von Bürgermeister Klose 1979 oder jetzt von Dohnanyi. Für sie waren Entlassungen und Werksstillegungen zuerst „unannehmbar", dann aber, wenn sie die Unruhe und den Widerstand mit Hilfe der SPD-Funktionäre in der Gewerkschaft und im Betriebsrat eingedämmt und kanalisiert hatten, dann empfahlen sie stets, Opfer zu bringen, um das „Ganze" zu retten. So hat die SPD Schritt für Schritt dazu beigetragen, die Pläne der Schiffbaubosse durchzusetzen. Sie sah ihre Aufgabe lediglich darin, „unnötige Härten zu vermeiden", die Unruhe einzudämmen. Sie verbreitete die versalzene Suppe löffelweise, damit sie auch geschluckt wurde.

Und so auch heute wieder. Wirtschaftssenator Steinert weigert sich, eine Beteiligung der Stadt Hamburg an der HDW herbeizuführen. Das würde den SPD-Senat in die Pflicht nehmen, dann müßte er Farbe bekennen, als Miteigner der HDW.

So aber bleibt es nach bewährter Manier bei Versprechungen, die dann wie immer nicht eingehalten werden.

Seit Anfang der 70er Jahre hat die KPD mit ganzer Kraft gegen die Vernichtungspläne der Besitzer der HDW und die Salamitaktik der Hamburger SPD gekämpft. die KPD fordert heute:

1. **1400 Arbeiter und Angestellte dürfen keine Manövriermasse im Wahlkampf sein.**
2. **Auf der HDW darf es keine weiteren Arbeitsplatzverluste mehr geben.**
3. **Keine Einführung eines neuen Lohnsystems!**
4. **35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!**
5. **Eine Beteiligung der Stadt Hamburg von mindestens 25,1 Prozent ist erforderlich, aber nur dann sinnvoll, wenn die Kaufsumme für die langfristige Sicherung der Arbeitsplätze verwendet und eine Arbeitsplatzgarantie gegeben wird.**
6. **Der Hamburger Senat hat Investitionen zu beschließen, die eine langfristige umweltfreundliche Energieversorung ermöglichen. Das schafft auch für Hamburger Werften Arbeit, z. B. hat HDW das Fernwärmekraftwerk Neuhof gebaut.**
7. **Der ureigenste Interessenvertreter der Arbeiter und Angestellten, die IG Metall, muß Schluß machen mit ihrer Politik der Sozialpartnerschaft. Jeder Arbeitsplatz auf der HDW muß verteidigt werden, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erkämpft werden.**
8. **Die Erfahrung zeigt, daß auf bürgerliche Politiker, seien sie nun in der CDU oder SPD, keinerlei Verlaß ist. Im Gegenteil. Die Politiker unterstützen praktisch die Rationalisierungspläne des HDW-Managements. Die Rettung der 1400 Arbeitsplätze und der Erhalt des Hamburger Werkes der HDW kann nur durch den konsequenten Kampf der betroffenen Arbeiter und Angestellten erreicht werden. Diesen Kampf zuzulassen und zu organisieren, muß die Hamburger IG-Metall-Führung gezwungen werden.**
9. **Die KPD wird alles in ihrer Kraft Stehende tun, um diesen Kampf zu fördern und zu einem Erfolg zu machen. Die KPD vertritt die Auffassung, daß Arbeit für alle unter dem gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen System des Kapitalismus nicht zu erreichen ist.**
Für die KPD heißt deshalb der Ausweg: Erzwingung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und Vergesellschaftung der Produktion, mit einem Wort: Sozialismus.

Rationalisierungsfeldzug bei AEG geht weiter

1982 sollen 6000 Arbeitsplätze vernichtet werden

WESTBERLIN. — Dem Rationalisierungsfeldzug bei AEG-Telefunken sind in den letzten drei Jahren mehr als 30000 Arbeitsplätze zum Opfer gefallen. Auch in diesem Jahr sollen wieder rund 6000 Beschäftigte „freigesetzt" werden. Aus einer schrumpfenden Belegschaft wird ein steil ansteigendes Produktionsergebnis herausgepreßt. Von einer Sicherung der verbliebenen Arbeitsplätze allerdings kann überhaupt nicht die Rede sein.

Der bundesdeutsche Elektromulti schreibt seit Jahren „rote Zahlen". Das bedeutet, daß die Zinsen, die die großen Banken aus dem Konzern herausziehen, höher sind als der Gewinn, den er abwirft. Vor allem im Bereich der TV- und Phono- sowie der Hausgeräte hinkt AEG-Telefunken hoffnungslos hinter der Konkurrenz her. Durch einen gigantischen Rationalisierungsfeldzug soll der Elektroriese wieder gut für Maximalprofite gemacht werden.

Dementsprechend kündigte der damalige AEG-Vorstandsvorsitzende Dr. Cipa vor einigen Jahren ein Sanierungsprogramm an, das die Verringerung der rund 100000 Beschäftigte zählenden Gesamtbelegschaft um 30000 vorsah. Cipa verkündete damals mit zynischer Offenheit, sein Konzept bestehe im Kern darin, mit weniger Beschäftigten mehr zu produzieren.

Und dieses „Sanierungsprogramm" wurde rücksichtslos durchgezogen. 1979 betrug die Zahl der Beschäftigten bei AEG-Telefunken noch 154300; am Ende des jüngst abgelaufenen Geschäftsjahres beschäftigte der Elektroriese nurmehr 123700 Menschen. Innerhalb von drei Jahren wurden also 30600 Arbeitsplätze bei AEG-Telefunken vernichtet. Das sind rund 20 Prozent. Besonders radikal wurde im TV- und Phono-Bereich rationalisiert (Telefunken Fernseh und Rundfunk GmbH). Die Belegschaft dieses Konzernteils wurde innerhalb eines Jahres um 27 Prozent verringert.

Im umgekehrten Verhältnis zur Entwicklung der Belegschaftszahlen steht die Entwicklung der aus den geschrumpften Belegschaften herausgepreßten Produktionsergebnisse. Der Umsatz pro Beschäftigten stieg im Jahr 1980 um mehr als 14000 Mark auf 107307 Mark an; im Jahr 1981 stieg er erneut um rund 13500 auf nunmehr 119943 Mark an. Innerhalb von zwei Jahren beträgt somit der Anstieg des pro Beschäftigten zu errechnenden Umsatzanteils rund 30 Prozent.

Mit diesen Zahlen ist allerdings nur ein Teil der verschärften Ausbeutung bei AEG-Telefunken angedeutet. Auf der anderen Seite schränkte man auch verschiedene Leistungen und Sozialaufwendungen ein, auf die die Belegschaften Anspruch haben. So wurden etwa die Betriebsrenten im vergangenen Jahr um bis zu 60 Prozent gekürzt. Dadurch wurde der sogenannte Personalaufwand (also im Grunde der reale Lohn) absolut und relativ gedrückt.

So geht aus der Bilanz des AEG-Konzerns hervor, daß nach Abzug des „Personalaufwands" vom Rohertrag pro Beschäftigten im Geschäftsjahr 1981 rund 21 Prozent mehr übriggeblieben als im Geschäftsjahr 1980; das heißt, daß die AEG-Kapitalisten innerhalb des vergangenen Jahres ca. 21 Prozent mehr Gewinn im Durchschnitt aus den Belegschaften herauspressen konnten als im Vorjahr.

Inzwischen wurde bekanntlich Dr. Cipa durch Heinz Dürr an der Konzernspitze ersetzt. Dürr erklärte, vor kurzem ebenfalls wie einst Cipa offen und zynisch: Es sei seine Zielsetzung, mit weniger Beschäftigten mehr zu produzieren.

Der Unterschied ist nur der, daß der von Dr. Cipa eingeleitete und von Dürr weitergeführte „Aderlaß" um 30000 Beschäftigte bereits vollzogen ist und, daß inzwischen schon längst mit weniger Beschäftigten ein drastisches Mehr an Produkten erzeugt wird.

Dieser Rationalisierungsterror soll also gnadenlos weiter getrieben werden. Für dieses Jahr ist ein Belegschaftsabbau von weltweit 6000 Beschäftigten bei AEG-Telefunken (davon 4000 in der Bundesrepublik und Westberlin) angekündigt. Aber damit ist es noch längst nicht genug. Insbesondere im Bereich TV und Phono, wo sich gigantische Überkapazitäten abzeichnen bzw. bereits aufgebaut sind, tobt der Konkurrenzkampf zwischen den Konzernen mit ungeheurer Schärfe.

Dürr orakelte jüngst schon: „Da müssen Strukturveränderungen durchgeführt werden, an die vielleicht heute noch niemand denkt."

Die Rede ist zum Beispiel von einem Zusammengehen mit japanischen Herstellern, wobei dann höchstens noch die Endmontage der Geräte in deutschen Werken erfolgen würde.

Für diese Strategie weiterer Arbeitsplatzvernichtung und der immer brutaleren Ausbeutung will Dürr jetzt die „öffentliche Hand" mit zusätzlichen Finanzhilfen zur Kasse bitten. Dabei droht der Konzernboss nach bewährtem und allgemein beliebtem Kapitalistenrezept: Ohne solche Finanzspritzen könne die „Lösung der Probleme" die „Arbeitsmarktstrukturen ganzer Regionen dramatisch verändern." Im Klartext: „Her mit den Millionen oder wir schicken ein paar unserer Belegschaften zu Josef Stingl & Co."

Rationalisierungsfeldzug im Dienstleistungsbereich

Im Rahmen ihrer „Schwerpunkt-Aktion Frauen“ (siehe letzter „Roter Morgen“,Seite 3) brachte die ÖTV-Gewerkschaft ein Flugblatt heraus, das sich mit dem Rationalisierungfeldzug beschäftigt, der gegenwärtig im Dienstleistungsbereich begonnen hat und dessen Opfer vor allem Frauen sind. Das Flugblatt trägt die Überschrift „Rationalisieren — ohne Rücksicht auf den Menschen?“. Anhand von konkreten Beispielen wird aufgezeigt, wie die Rationalisierung vorangetrieben wird. Im folgenden geben wir diesen Teil des Flugblattes vollständig wieder:

Beispiel Schreibdienst

Früher erledigte die Mitarbeiterin für einen oder mehrere Sachbearbeiter die Schreib- und Büroarbeiten. Die gemischte Tätigkeit war vielfältig, die Arbeit konnte in gewissem Umfang selber eingeteilt und gestaltet werden.

Um Personalkosten zu sparen, wurden viele Arbeitsplätze wegrationalisiert und auf den verbliebenen Plätzen das Arbeitspensum drastisch erhöht. Die Mitarbeiterin wird in den zentralen Schreibdienst versetzt. Ihre Arbeit, nur Maschineschreiben, ist monoton. Durch die einseitige Belastung und ständige Anspannung treten typische Nackenverspannungen sowie Kopf- und Kreuzschmerzen auf. Arbeitshetze und Konkurrenzkampf werden verschärft durch ausgeklügelte Kontrolle der Leistung und Prämiensysteme. Chancen des Aufstiegs gibt es nicht mehr. Berufliche Fähigkeiten verkümmern. Textautomaten gekoppelt mit Bildschirmgeräten und computergesteuerte Textverarbeitung werden die Arbeitsplätze im Schreibdienst bald überflüssig machen. Wenn es nach dem Willen der Arbeitgeber geht.

Beispiel Wäscherei im Krankenhaus

Seit Jahren werden eigene Wäschereien aufgelöst. Um die Personalkosten zu senken, wird das Waschen und Reinigen der Wäsche an Privatunternehmen vergeben oder für mehrere Krankenhäuser eine zentrale Großwäscherei eingerichtet. Aus den vollautomatischen Waschstraßen, die nur wenig Personal benötigen, kommt die Wäsche schrankfertig. Ihr oft nicht einwandfreier Zustand wird in Kauf genommen, das Pflegepersonal mit der Vorratshaltung und automationsgerechten Aufbereitung der Wäsche zusätzlich belastet. Das Personal der Wäschereien wird entlassen oder versetzt. Die Arbeitsplätze eines ganzen Bereichs werden wegrationalisiert.

Beispiel Reinigungsdienst

Früher betreute die Reinigungsfrau einen festumrissenen Bereich, für dessen sorgfältige Reinigung und Pflege sie sich verantwortlich fühlte. Sie teilte ihre Arbeit selbst ein. Sonderaufgaben oder „Gründlich-Reinmachen“ verband sie sachgerecht mit der täglichen Arbeit. Sauberkeit und Hygiene waren gewährleistet. Um die Personalkosten zu senken wird rationalisiert. Durch „Reinigungsanweisung“ wird festgelegt, eine wesentlich größere Fläche weniger oft reinigen und selbst Räume mit Publikumsverkehr nur alle zwei Tage naß zu wischen. Das hat Entlassungen oder Versetzungen sowie Arbeitshetze und Leistungsdruck zur Folge. Stärkere Verschmutzung, weil weniger häufig gereinigt wird, erschwert die Arbeit. Der Ärger über Vorwürfe, daß nichts mehr sauber ist, kommt dazu. Ist die Verringerung des Personals noch nicht Einsparung genug, wird die Reinigung privaten Unternehmen übertragen. Dies ist zwar insgesamt nicht billiger, aber die Frauen verlieren die sozialen Vorteile des öffentlichen Dienstes. Privatunternehmen halten sich oft nicht an Tarifverträge und beschäftigen Reinigungskräfte meist nur zwei bis drei Stunden pro Tag. Sie sparen Sozialversicherungsabgaben auf Kosten der Allgemeinheit und der Reinigungsfrauen, die keine oder nur geringe Rentenansprüche erwerben.

Beispiel Küche im Krankenhaus

Früher wurde das Essen in eigenen Küchen vor- und zubereitet. Von den Beiköchinnen und Küchenhilfen sowie den Diätassistentinnen unterstützt, waren Köchinnen und Köche dafür verantwortlich. Die Speisen wurden auf der Station portioniert, Wünsche der Patienten konnten in gewissem Rahmen berücksichtigt werden.

Um Personalkosten zu sparen, werden die Vor- und Zubereitung der Speisen an Privatfirmen vergeben und eigene Küchen bis auf Verteilerküchen aufgelöst. Durch Privatisierung werden Arbeitsplätze vernichtet.

Für große Kliniken werden vollautomatisierte Großküchen errichtet oder gemeinsame Großküchen für mehrere Krankenhäuser oder Pflegeheime. In diesen Kochfabriken übernehmen die elektronisch gesteuerten Automaten zahlreiche qualifizierte Tätigkeiten des Küchenpersonals. Ihm bleiben nur Zuarbeiten für die Automaten sowie das Bedienen und Überwachen. Nach Einführung des „Tablettsystems“ werden die Speisen von Küchenhilfen nach Lochkarten am Fließband zusammengestellt und portioniert. Für die Endkontrolle, ob Tablettinhalt und Lochkarte übereinstimmen, steht die Diätassistentin stundenlang am Fließband. Ihre qualifizierte Aufgabe — Beratung des Patienten, Abstimmung mit dem Arzt — ist von ihrer Tätigkeit abgetrennt. Rationalisierung hat Arbeitsplätze vernichtet und berufliche Qualifikationen entwertet.

Beispiel Labor

Früher hatte die vielseitig ausgebildete medizinisch-technische Assistentin (MTA) eine selbständige qualifizierte Tätigkeit mit großer Verantwortung. Ihre Arbeit hing mit der Krankheit und Therapie des Patienten direkt zusammen. Sie konnte mitdenken und einen „aus der Reihe springenden Wert“ als möglichen Fehler von sich aus überprüfen. Dem Arzt blieben falsche Untersuchungsergebnisse, dem Patienten mögliche Fehldiagnosen, der Versichetengemeinschaft Kosten für mehrfache Untersuchungen erspart.

Um Personalkosten zu sparen, werden hochtechnisierte Zentrallabors eingerichtet. „Autoanalyser“ nehmen der MTA die Analysen ab, Apparate und elektronische Datenverarbeitung die Mehrzahl der erlernten Tätigkeiten. Für Bedienung und bloße Überwachung der Technik werden die Kenntnisse und Fähigkeiten der MTA nicht mehr benötigt. Dafür genügt angelerntes, geringer bezahltes Hilfspersonal. Um die Entwertung beruflicher Qualifikationen zu vertuschen, wurden von den Arbeitgebern neue Berufsbilder erfunden und hochstilisiert. Zum Beispiel die Zytologieassistentin. Sie bestimmt Art und Formen der Zellen, früher eine Teilaufgabe der MTA. Die Zytologieassistentin ist entsprechend einseitig ausgebildet. Sie arbeitet fast ständig am Mikroskop, ihre Augen werden extrem belastet. Chancen des Aufstiegs hat sie nicht. Ihre Arbeit wird in wenigen Jahren ein Automat erledigen.



(aus dem ÖTV-Flugblatt „Rationalisieren — ohne Rücksicht auf Menschen?“)

„Sie wollen um jeden Preis Kosten senken“

„Rationalisierung ist zum Reizwort geworden. Für viele Arbeitnehmer, besonders für uns Frauen, signalisiert es Gefahr. Wir wissen aus Erfahrung: Änderungen der Arbeitsorganisation, verstärkter Einsatz von technischen Geräten, Automaten und elektronisch gesteuerten Anlagen wirken sich negativ für uns aus. Arbeitsplätze werden vernichtet, berufliche Fähigkeiten und Kenntnisse entwertet. Die immer intensivere Arbeit vergrößert unsere Belastungen. Der Leistungsdruck wächst und die Konkurrenz zwischen uns.

Die Arbeitgeber mißbrauchen die Rationalisierung. Sie wollen um jeden Preis Kosten senken. Als Kosten sehen sie in erster Linie Personalkosten. Die Arbeitnehmer wollen entweder ein gleiches Ergebnis mit immer geringerem Kostenaufwand oder ein immer größeres Ergebnis mit gleichem Kostenaufwand erreichen. Deshalb rationalisieren sie rücksichtslos — ohne Rücksicht auf den Menschen.

Rationalisierung ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel. Wie jedes Mittel hat es zwei Seiten: Eine positive und eine negative. Es kann, wie von den Arbeitgebern, mißbraucht, es kann aber auch sinnvoll genutzt werden. Wenn Rationalisierung mit Ration, mit Vernunft, zu tun hat, kann sie ein humanes Mittel zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sein. Es liegt an uns, die Möglichkeiten zu nutzen.“

Kampf dem Rationalisierungsterror!

In dem ÖTV-Flugblatt „Rationalisierung — ohne Rücksicht auf den Menschen“ heißt es, die Rationalisierung sei ein Reizwort, das dem Lohnabhängigen Gefahr signalisiere. So ist es! Größere Belastung, eintönigere Arbeit, zunehmende Arbeitshetze, Abqualifizierungen und Abgruppierungen, vor allem aber Arbeitsplatzverrichtung und wachsende Massenarbeitslosigkeit sind die typischen Begleiterscheinungen der Rationalisierungsfeldzüge der Unternehmer.

Wenn die ÖTV unter den Kollegen darüber Aufklärungsarbeit leistet, gerade auch bezüglich solcher Bereiche wie des Dienstleistungs- und Verwaltungssektors, so ist das richtig und dringend notwendig. Denn gerade in den genannten Bereichen haben die „Arbeitgeber“ einen ungeheuren und beispiellosen Rationalisierungsfeldzug eingeleitet oder sind dabei, ihn einzuleiten. Es ist noch viel zu wenig, was die Gewerkschaften da an Aufklärung betreiben.

Aufklärung ist der erste Schritt zum organisierten Widerstand. Sie ist die Voraussetzung dafür, daß man die Betroffenen zu Protest- und Kampfmaßnahmen mobilisieren kann. Und der Widerstand gegen den Rationalisierungsterror, gerade auch in Bereichen, wo vor allem Frauen beschäftigt sind, wird von Tag zu Tag dringender notwendig. Denn was da von Seiten der Unternehmer bzw. der Dienstherren auf uns zurollt, hat es in sich. Das läuft auf eine drastische Verschlechterung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen hinaus, darauf, daß das Heer der Arbeitslosen um weitere Millionen anwächst.

Das hier abgedruckte ÖTV-Flugblatt gehört zu den Lichtblicken in dieser Hinsicht. Insgesamt hingegen ist es deprimierend, wie wenig bislang von den Gewerkschaften gegen die Rationalisierungsfeldzüge der Unternehmer unternommen wurde. Ja in vielen Fällen haben Gewerkschaftsführung und Betriebsräte die Rationalisierung ausdrücklich toleriert, wenn nicht sogar direkt unterstützt.

Dieses Verhalten hat seine gewerkschaftspolitische Grundlage in der Sozialpartnerschafts-Konzeption der DGB-Führung. In dem ÖTV-Flugblatt wird richtig festgestellt, daß die Unternehmer ohne jede Rücksicht auf Menschen rationalisieren, weil sie um jeden Preis die Personalkosten senken wollen. Mit anderen Worten heißt das doch: Die Interessen der Unternehmer und die Interessen der Lohnabhängigen sind einander entgegengesetzt.

Gegen den Rationalisierungsterror Front zu machen bedeutet beispielsweise, daß die Gewerkschaftsvertreter im Betriebsrat, im Aufsichtsrat oder in anderen Institutionen kompromißlos jede Maßnahme, jede Modernisierung und Änderung des Arbeitsablaufs, jede Stillegung von Produktionsanlagen ablehnen, sofern nicht der Erhalt aller Arbeitsplätze dabei garantiert und jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, jede Abqualifizierung und Abgruppierung ausgeschlossen wird.

Gibt man ohne Erfüllung dieser Bedingungen die Zustimmung, so kann dies nur den Profitinteressen des Unternehmers, niemals jedoch den Interessen der Arbeiter und Angestellten dienen.

Weiter gilt: Um dem Rationalisierungsterror im Ganzen und langfristig entgegenzuwirken, muß endlich ernsthaft der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aufgenommen werden. Wenn Rationalisierung nicht mit der Verkürzung der Tages- und Wochenarbeitszeit (selbstverständlich bei vollem Lohnausgleich) einhergeht, so bedeutet das unweigerlich eine erhebliche Verschlechterung der Lage der Arbeiter und Angestellten, es bedeutet die Verschärfung der Ausbeutung.

In dem abgedruckten ÖTV-Flugblatt ist unter anderem davon die Rede (und zwar auf sehr nebelhafte Art) Rationalisierung könne, sofern sie „sinnvoll genutzt“ würde, ein „humanes Mittel zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ sein. Das wollen wir hier in dieser Form nicht im Raum stehen lassen.

Gewiß: An sich könnte Rationalisierung diese positive Rolle durchaus spielen. Das sei gar nicht bestritten. Aber ganz entschieden muß doch klargestellt werden, daß sich im Kapitalismus jede Rationalisierung immer gegen die Arbeiter und Angestellten richtet.

Selbst wenn unsere Gewerkschaften konsequent mit der Sozialpartnerschaft brechen, wenn sie mit aller Kraft den Widerstand gegen den Rationalisierungsterror der Unternehmer vorantreiben, selbst dann bleibt Rationalisierung im Kapitalismus ein Hebel zur Verschärfung der Ausbeutung. Motto: Aus weniger Beschäftigten ein höheres Produktionsergebnis herauspressen.

Um die Rationalisierung tatsächlich zu einem „humanen Mittel zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ zu machen, muß erst eine grundlegende Voraussetzung geschaffen werden: Der Kapitalismus muß abgeschafft, d.h. zerschlagen, gestürzt werden und die sozialistische Gesellschaft, ein Rätesystem, muß errichtet werden.

Wenn nicht mehr das Profitprinzip, sondern die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse die Wirtschaft bestimmt, dann wird Rationalisierung das Leben und die Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse tatsächlich verbessern helfen. Dann wird sie es ermöglichen, die Arbeitszeit durchgreifend zu senken, wird sie helfen, den Volkswohlstand zu steigern, wird sie den Weg dafür freimachen, daß immer mehr Frauen und Männer sich beruflich weiterbilden können.

Aber um dahin zu kommen, müssen wir erst die Herrschaft der Kapitalistenklasse beseitigen. Und das geht nur durch die Revolution.

Gericht entschied:

IGM soll „Plakat"-Gruppe wieder aufnehmen

FRANKFURT. — Die IG Metall soll sieben Betriebsräte der oppositionellen „Plakat"-Gruppe um Willi Hoss und Hermann Mühleisen wieder aufnehmen, die vor zehn Jahren wegen der Aufstellung eigener Listen zur Betriebsratswahl aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden waren. Das entschied die 2. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt Anfang Mai. Die IGM hat Berufung gegen das Urteil eingelegt.

Ausschluß von klassenkämpferischen Kollegen, die sich nicht scheuen, gegen den auf absolute Sozialpartnerschaft mit den Kapitalisten und Verrat an den Interessen der Belegschaften abgestellten Kurs verantwortlicher Gewerkschaftsfunktionäre anzutreten — das ist die Praxis der Gewerkschaftsvorstände nicht nur in der IGM. Der Ausschluß der „Plakat"-Leute ist bereits zehn Jahre her; ein beschämendes Jubiläum. Viele ähnliche Fälle folgten in den vergangenen Jahren, man erinnere sich an die Ausschlüsse der Aktiven Metaller bei HDW/Hamburg.

„Gewerkschaftsschädigendes Verhalten" hieß es. Denn was der Gewerkschaft frommt, das bestimmen die Bonzen. Daß die Liste der Kollegen um Willi Hoss bei Daimler-Benz in Stuttgart bei den Betriebsratswahlen 1981 beispielsweise 30 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt, interessiert die Verantwortlichen nur insofern, als sie es mit der Angst zu tun kriegen und ihre Hetze gegen jede Opposition verstärken. „Einheitsgewerkschaft" heißt im Verständnis dieser Leute, daß alle Gewerkschafter nur eine Meinung haben sollen — nämlich ihre.

Es ist beschämend und wirft ein bezeichnendes Licht auf den tatsächlichen Zustand der innergewerkschaftlichen Demokratie, daß jetzt ein bürgerliches Gericht — das von den Kollegen nach neun Jahren angerufen wurde — ein solches Verhalten als rechtswidrig erklären mußte.

Bei der Entscheidung spielte eine Rolle, daß die IG Metall quasi ein Monopolverband sei, der mit seiner Ausschlußpraxis willkürlich Arbeiter mit bestimmten politischen Ansichten, mit bestimmten Vorstellungen von Gewerkschaftsarbeit vom grundgesetzlich garantierten Recht auf Koalitionsfreiheit und gewerkschaftliche Interessenvertretung ausschließe.

Diese Ansicht wurde von Gewerkschaftsanwälten mit dem schon zynischen Argument gekontert, es gebe schließlich auch noch christliche Gewerkschaften, bei denen die „Plakat"-Leute ja um Aufnahme nachsuchen könnten. Da werden also oppositionelle Kollegen von IGM-Funktionären an die reaktionären Spaltergewerkschaften verwiesen!

Das „Monopol" an sich ist ja nicht das Schlimme. Im Gegenteil. Es liegt im Interesse aller Arbeiter, eine Einheitsgewerkschaft zu haben und nicht verschiedene konkurrierende Verbände. Aber in dieser Gewerkschaft muß es demokratisch zugehen, da hat der Wille der Kollegen in den Betrieben, an der Basis zu entscheiden, da darf es keine Bonzendiktatur geben! Da darf es keine „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" geben, die das Wort von der Einheitsgewerkschaft ad absurdum führen, und keine Ausschlüsse von Kollegen, die zum organisierten oppositionellen Handeln — und sei es durch die Aufstellung eigener Wahllisten — ja gerade durch die untragbare und in Wahrheit gewerkschaftsschädigende Politik der Gewerkschaftsführung gezwungen werden.

Man wird sehen, wie die juristische Auseinandersetzung zwischen der „Plakat"-Gruppe und der IGM weitergeht. Sicher liegt es im Interesse aller Kollegen, wenn das erstinstanzliche Urteil bestehen bleibt.

Aber der Kampf um die Durchsetzung der Demokratie in den Gewerkschaften wird nicht vor den Schranken der bürgerlichen Gerichte gewonnen, er wird auch nicht da geführt. Er muß geführt werden in den Betrieben, an der Basis der Gewerkschaften. Und damit er erfolgreich sein kann, müssen sich die Kolleginnen und Kollegen, die die Mißstände, das Bonzentum und die Wurzel des Übels — die offizielle sozialpartnerschaftliche Orientierung der Gewerkschaften — beseitigen wollen, organisiert zusammenschließen, für ihre Rechte innerhalb der Gewerkschaften kämpfen und vor allem für die praktische Durchsetzung kompromißloser klassenkämpferischer Gewerkschaftspolitik sorgen. Das heißt: Stärkung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO)!



Wer kennt sie nicht, diese Karikatur. Wenn auch in den anderen „Sektoren" der Republik von wirklicher Demokratie absolut nicht die Rede sein kann — wie in den Betrieben oft die grundlegendsten demokratischen Rechte außer Kraft gesetzt werden bzw. außer Kraft gesetzt werden sollen, das ist schon der Höhepunkt. Dagegen muß man mit aller Macht kämpfen, hier ist gerade klassenkämpferisches gewerkschaftliches Engagement gefordert. Um so schlimmer ist es, daß in vielen Fällen die eigentlich als Interessenvertreter der Belegschaften gewählten Gewerkschaftsfunktionäre in den Betriebsratsspitzen nicht nur das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen enttäuschen, sondern direkt mit den Kapitalisten zusammenarbeiten, wenn es gegen kämpferische und oppositionelle Arbeiter und Angestellte geht.

Fälle der politischen Disziplinierung aus diesem Bereich, die sich in der letzten Zeit ereigneten, sind in den Berichten auf dieser Seite dargestellt.

Taxiunternehmen in Göttingen:

Kampf um Betriebsrat

GÖTTINGEN. — Im größten Taxiunternehmen der niedersächsischen Stadt Göttingen sind Betriebsräte nicht gern gesehen. Jetzt soll zum ersten Mal eine Betriebsratswahl stattfinden, und die Gewerkschafter, die sich dafür stark machen, werden kräftig unter Druck gesetzt. Die Vorsitzende des Wahlvorstandes darf nur aufgrund einer einstweiligen Verfügung weiterhin in den Betrieb.

Mit abenteuerlichen Begründungen war sie ebenso wie andere Wahlvorstandsmitglieder und Betriebsratskandidaten fristlos entlassen und mit Hausverbot belegt worden. Gegen das Unternehmen hat die ÖTV inzwischen Strafantrag wegen Behinderung und Beeinflussung der Betriebsratswahl gestellt. „Wildwestmethoden" und „sozialschädliches Verhalten" — mit diesen Bezeichnungen machte sich die Empörung über die Vorgehensweise der Unternehmer Luft. Fahrer des Taxibetriebes wurden zu „Knebelverträgen" genötigt, die ihnen jegliche soziale Absicherung nehmen.

Den Grundstein für die jetzige Auseinandersetzung legte die Firmenleitung selbst mit einer Lohnsenkung für die Fahrer um 12,5 Prozent, die Anfang Februar vorgenommen wurde. Es kam zu heftigen Protesten, eine Protesterklärung machte die Runde. Daraufhin wurden sieben der sogenannten „Rädelsführer" fristlos entlassen, mußten allerdings später wieder eingestellt werden. Jetzt gingen die Fahrer daran, sich einen Betriebsrat aufzubauen. Es folgten die genannten Entlassungen und Prozesse. Dieser Prozesse bedurfte es auch, um die Unternehmer zu zwingen, wenigstens den größten Teil der Unterlagen für die Aufstellung des Wählerverzeichnisses herauszugeben.

„Wir werden dem Kaufhof seine Grenzen zeigen!"

Betriebsrat siegte vor Gericht —Unterdrückung im Betrieb nimmt zu

LEVERKUSEN. — Der Kaufhof in Leverkusen hatte sich etwas Besonderes einfallen lassen, um den ihm unbequemen Betriebsrat und die ebenso unbequeme Jugendvertretung in seinem Laden loszuwerden. Zwei Betriebsräten und einer Jugendvertreterin wurde unter dem Vorwand, sie hätten falsche Reisekostenabrechnungen vorgelegt, gekündigt.

Nach einem in erster Instanz verlorenen Arbeitsgerichtsprozeß versucht die Geschäftsleitung zur Zeit, Kolleginnen und Kollegen, die als Zeugen zugunsten ihrer Interessenvertreter vor Gericht ausgesagt hatten, massiv unter Druck zu setzen. Außerdem wird eine Berufungsverhandlung vorbereitet.

Ulrike Oesterreich (Betriebsratsvorsitzende), Gerda Iwang (stellvertretende Betriebsratsvorsitzende) und Birgit Ittl (Jugendvertreterin) — das sind die Kolleginnen, Gewerkschafterinnen der HBV, deren Aktivität den Kaufhof-Kapitalisten so schwer zu schaffen macht. Ihre Kündigung haben sie nicht hingenommen, sondern Klage gegen den Kaufhof vor dem Arbeitsgericht erhoben.

Am 12. Mai ist der Gerichtssaal, in dem die 4. Kammer des Solinger Arbeitsgerichtes den Fall verhandeln soll, viel zu klein für die Zuschauer, die gekommen sind, um ihren Kolleginnen und Mit-Gewerkschaftern den Rücken zu stärken. Auch aus dem Kaufhof selbst sind viele erschienen.

Und die drei belegen eindrucksvoll, daß die Geschäftsleitung schon seit langem versucht hat, sich der unbequemen Gewerkschafter zu entledigen, daß der Kündigungsgrund nur ein Vorwand war. Im übrigen — und das wird bestätigt durch die Aussagen ehemaliger Betriebsratsmitglieder, Jugendvertreter und des Hauptkassierers des Kaufhofs — ist die Form der Reisekostenabrechnung, die ihnen jetzt zum Vorwurf gemacht wird, beim Kaufhof in Leverkusen üblich und noch nie beanstandet worden. Außerdem hat die Geschäftsleitung weder den Betriebsrat noch den Hauptkassierer selbst in die Reisekostenabrechnung eingewiesen.

Nach dem Sieg vor Gericht war die Freude groß. Mit einem riesigen Strauß roter Nelken wurden die Sieger empfangen.

Der Kaufhof dagegen reagierte höchst verärgert. In einem Rundschreiben an alle Beschäftigten machte der Geschäftsleiter bekannt, man werde in die zweite Instanz gehen. Und nur wenige Tage später setzte der Druck gegen die Kollegen ein, die vor Gericht als Zeugen aufgetreten waren. Jetzt wurden ihnen Fahrgeldabrechnungen vorgelegt, die teilweise bis 1976 zurückreichen, und sie wurden aufgefordert, im einzelnen darzulegen, wie diese Abrechnung gen zustande gekommen seien. Der Hauptkassierer wurde gar vom Dienst „freigestellt".

Der Kampf geht weiter, und er zieht immer weitere Kreise. In einem Protestflugblatt der HBV heißt es dazu: „Wir werden dem Kaufhof seine Grenzen zeigen!"

Betriebsrat gewinnt gegen Hoechst

Hans-Werner Krauss muß wieder eingestellt werden

FRANKFURT. — Das Frankfurter Arbeitsgericht verwarf Mitte Mai die Kündigung des Biolaboranten und Betriebsrates Hans-Werner Krauss durch die Hoechst AG Frankfurt. Krauss, Mitglied der oppositionellen Liste „Für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit", war wegen einer öffentlichen Äußerung über die Methoden des Betriebes, die Umweltschutzauflagen zu umgehen, gefeuert worden.

Dies sagte das SPD-Mitglied Krauss am 7.12.1981 auf einer SPD-Versammlung in Sossenheim, bei der es vor allem um die Haltung zum Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens ging, unter anderem: „Ich bin Beschäftigter und Betriebsrat eines Unternehmens, das schon jahrelang in der Lage ist, mit dem Arbeitsplatzargument auf die hessische Landesregierung Druck auszuüben, einige nennen das auch erpressen, um die Produktion mit der Folge lebensbedrohender Umweltverseuchung durchzusetzen."

Dies war der offizielle Anlaß der Kündigung, eine Maßnahme, für die die Kapitalisten allerdings schon lange nach Gründen suchten, und das betrifft nicht allein Krauss. Vielmehr stören alle sieben Betriebsräte der „Durchschaubaren" die Unternehmer ganz erheblich und sind ständigen Schikanen ausgesetzt.

Und sie stören offensichtlich nicht allein die Kapitalisten, sondern auch den restlichen Betriebsrat. Dieser hatte der Kündigung zugestimmt, SPD-Mitglieder hatten hier die Kündigung ihres eigenen „Parteigenossen" sanktioniert. Und mit was für einer Begründung!

Diese Betriebsräte sahen in den Tatsachenbehauptungen von Krauss „eine ehrenrührige Behauptung, die sich nicht gegen die Werksleitung richtet, sondern in gleicher Weise gegen die Mitarbeiter des Unternehmens, vor allem diejenigen, die in der Produktion ihre Aufgaben verantwortlich und pflichtgemäß wahrnehmen..." Krauss belaste „nicht nur die vom Gesetzgeber geforderte vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat in unzumutbarer Weise, sondern gefährdet auch den Betriebsfrieden."

So tief kann man sinken!

Erstes Gebot eines ordentlichen Betriebsrates: „Du sollst Vertrauen haben in deinen Ausbeuter, was immer er auch tue!" Und wenn da jemand daherredet und dir nachweist, daß ein solches Vertrauen absolut fehl am Platze ist — dann mach die Ohren fester zu und sorge dafür, daß dieser Ketzer verschwindet! Der hetzt womöglich die Kollegen auf, und der Betriebsfrieden geht baden. (Dabei ist doch der Kampf um die Erhaltung **dieses** Friedens der einzige Friedenskampf, den solche „Arbeitervertreter" zu führen bereit sind...) Wer also handelt, der kann darauf **vertrauen**, daß wenigstens die Geschäftsleitung ihm den Freigestellten-Posten bis zur Rente nicht streitig macht.

So fanden sich also diese Leute dazu bereit, den Kapitalisten bei dem Versuch Beistand zu leisten, einem Kollegen das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung nehmen zu wollen. Vor Gericht hatte der Unternehmeranwalt geltend machen wollen, die Behauptung der „Erpressung" dürfe ein Hoechst-„Arbeitnehmer" und Betriebsrat, anders als ein Journalist im Hessischen Rundfunk, nicht aufstellen. Deshalb sei eine sofortige Kündigung auch nach 20 Jahren Betriebszugehörigkeit gerechtfertigt gewesen.

Sind die Hoechst-Arbeiter Sklaven? Hier konnte man einmal ganz offiziell von einem Kapitalvertreter die Auffassung hören, daß man mit der Unterzeichnung seines Arbeitsvertrages auf seine demokratischen Grundrechte verzichtet habe bzw. deren Zugeständnis im Ermessen der Geschäftsleitung liege.

Einer solchen Unternehmerpolitik müssen die Gewerkschaften entschieden den Kampf ansagen. Hans-Werner Krauss braucht die Solidarität aller Gewerkschafter!

Friede nach innen?

FRANKFURT. — Am 23. Mai, dem bundesdeutschen „Verfassungstag", fand in der traditionsbeladenen Frankfurter Paulskirche eine nicht alltägliche Versammlung statt. 700 Delegierte der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im DGB und verschiedene eingeladene Politiker, voran Kanzler Schmidt, trafen sich unter dem Motto „Frieden nach innen".

Bereits seit einiger Zeit macht das Schlagwort die Runde, die Polizei wolle nicht mehr der „Prügelknabe der Nation" sein, wobei die daraus abgeleiteten Konsequenzen durchaus unterschiedlich sind. Die durchgängigste Forderung und die schließlich auch praktizierte Maßnahme ist die Ausrüstung der Polizeitruppen mit immer gefährlicheren Einsatzwaffen und die moralische Aufrüstung zu rücksichtslosem Verhalten.

Die GdP nun und vor allem ihr Vorsitzender Schröder geben sich liberal. Die Polizei dürfe nicht auf Dauer Fehlentscheidungen oder Zögern der Politiker ausbaden. Sie müsse immer den Kopf hinhalten und zahle dafür mit einer zunehmenden Zahl an verletzten Beamten. Auch mahnte er in der Paulskirche nicht zum ersten Mal, man müsse Verständnis für Bürgerbegehren, für Demonstrationen für den Frieden, gegen Atomkraftwerke usw. aufbringen und den Dialog mit den Veranstaltern solcher Aktionen suchen. Die Polizei wolle alle Konflikte möglichst gewaltfrei lösen. „Gewalttätige Demonstranten" allerdings seien schlicht Kriminelle.

Eine Wende bei der Polizei in Aussicht? Schließlich sagte Schröder im Vorfeld der Paulskirchen-Veranstaltung sogar, wer für den Schutz der Umwelt, gegen Bodenspekulation, Wohnraumvernichtung und Angriffe auf persönliche Freiräume oder aus Sorge um den Frieden in der Welt demonstriere, gehe „für uns mit auf die Straße". Darauf wäre nun so ohne weiteres niemand gekommen, der die Polizeieinsätze und das tatsächliche Verhalten der Truppen miterlebt hat!

Viel Verständnis zeigte auch Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner beifällig aufgenommenen Rede vor der Polizistenversammlung. Allerdings, so meinte er, ganz ohne Konflikte könnten Meinungsbildungsprozesse und politische Maßnahmen nicht abgehen. Im übrigen sei er stolz darauf, daß bei uns demonstriert werde, denn das zeige gerade die Freiheitlichkeit unserer Gesellschaft, und woanders sei das alles gar nicht möglich. Mit dem Problem, wie hier mit Demonstranten umgegangen wird, wie seine Regierung und seine Partei in den Bundesländern mit ihnen umgeht bzw. umgehen läßt, befaßte er sich gar nicht.

So schön, nach innen friedlich und unverbindlich ging es in der Frankfurter Kirche zu. So nah dem Bauplatz der Startbahn West.

Schröder rief schließlich dazu auf, alle Kräfte der Gesellschaft müßten ohne Vorbedingungen wieder aufeinander zugehen. Frieden nach innen: Klassenfrieden ist gewünscht!

Hier scheint ein Wort zur gewerkschaftlichen Arbeit im Polizeibereich angebracht. Hat Schröder den richtigen Weg gewiesen? Ist seine Politik Gewerkschaftspolitik, wie sie aussehen muß? Ist die GdP das, als was sie in DGB-Kreisen gehandelt wird — eine ganz normale Gewerkschaft wie etwa die IG Metall?

Hier liegt schon der grundlegende Irrtum bzw. Betrug vor. Die Polizei ist ein Organ zur Aufrechterhaltung der Macht der herrschenden Klasse und kein Verein zur Verkehrserziehung. Daß dies innerhalb der DGB-Spitze anders gehandelt wird, ist kein Wunder, schließlich versteht diese sich insgesamt nicht als ein Organ des Klassenkampfes, was Gewerkschaften eigentlich zu sein haben, sondern als integrierter Bestandteil des angeblich demokratischen kapitalistischen Staates. Was seine bekannten Auswirkungen für die Gewerkschaftspolitik in unserem Lande hat. Da sagt man dann auch „ja" zur Polizei und beläßt es grundsätzlich dabei, ihre tatsächliche Verpflichtung auf das Grundgesetz zu fordern.

Der Polizeiapparat ist Teil des Staatsapparats, Feind der arbeitenden Klasse. Da gibt es gar keine Kompromisse.

Wir sind nicht gegen gewerkschaftliche Organisierung von Polizisten. Wobei man nicht übersehen darf, daß ein großer Teil des Polizeikaders auch ganz individuell zu unseren Feinden zählt. Diese Organisierung darf aber nicht so aussehen, wie das in der GdP geschieht, die letztendlich eine ständische Organisation ist, nicht anders, als etwa die Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund.

Wie sagte doch der Vorsitzende der GdP in Hessen, Koppmann: „Wir sind eine kämpferische Gewerkschaft, die es ablehnt, sich mit den Unzulänglichkeiten des Polizeiberufs abzufinden." Der „Kampf" geht in der Praxis aber um nichts anderes als bessere Ausrüstung (auch für die Bürgerkriegseinsätze!), möglichst massenhaft neue Polizisten, Ausweitung des staatlichen Bespitzelungsapparates gegen das Volk (die GdP hat nachdrücklich den „Meldedienst für gewalttätige Störer" gefordert); man gibt sich „fortschrittlich", wenn man — wie Schröder in einem Gespräch mit Franz Josef Strauß — vor der Verschärfung der Gesetzgebung die „volle Ausschöpfung" bestehender Gesetze (also auch



Welcher Geist bei den Polizeitruppen oft herrscht, die gegen die Bevölkerung losgelassen werden, demonstriert dieses Bild von der Alliierten Truppenparade am 15. Mai in Westberlin: Ein Beamter hat sich einen Totenkopf, wie ihn unter der Nazi-Herrschaft zum Beispiel die SS trug, auf den Helm geklebt. Daraufhin angesprochen, weigerte er sich, ihn abzunehmen. Er wurde von seinen uniformierten Kumpanen gedeckt, die im übrigen auch an diesem Tag Hetzjagden auf Kriegsgegner veranstalteten.

von Verbotsmöglichkeiten gegenüber dem öffentlichen Auftreten demokratischer Bewegung) fordert, wenn man „mehr Bürgernähe" verlangt und dabei an eine Verstärkung der Fußstreifen, der Polizeidichte in den Wohngebieten, an „Kontaktbereichsbeamte" denkt usw. usf.

Gewerkschaftliche Tätigkeit im Polizeibereich muß und kann nur im Zusammenhang mit dem gesamten gewerkschaftlichen Bestreben, mehr Rechte für die arbeitenden Menschen, eine Ausweitung der demokratischen Freiheiten, Stärkung der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Macht des Kapitals gesehen werden. Sie muß ein Hebel sein, Polizeibeamte, die sich nicht gegen das Volk einsetzen lassen wollen, zum organisierten Widerstand zu befähigen. Sie muß der Schwächung des Gewaltapparats der Herrschenden gegen das Volk dienen.

„Arbeitsniederlegungen" sind für Schröder zum Beispiel ein Schreckgespenst, wie er in Frankfurt deutlich machte. Aber müßte nicht eine Gewerkschaft dafür sorgen, daß Polizeibeamte sich Bürgerkriegseinsätzen gegen demokratische Bewegungen verweigern? Daß Befehle, auf streikende Arbeiter, auf demonstrierende Antifaschisten einzuschlagen, verweigert werden? Daß eine Ausrüstung mit CS-Kampfgas nicht hingenommen, der Einsatz verhindert wird? — Man kann die Beispiele, die sich hier aufdrängen, gar nicht alle aufzählen.

Was hat eine „Gewerkschaft" im DGB zu suchen, für die nicht einmal die auch für den DGB geltenden Grundsätze, sondern die Befehle ihrer Vorgesetzten Maßstab des Handelns ist?

Der Paulskirchen-Rummel diente nur der Verschleierung der Tatsachen. Wer seine Hoffnungen darauf setzt und nun meint, es gäbe eine Entwicklung hin zu einer freundlichen und im guten Sinne bürgernahen Polizei, der wird sich getäuscht sehen.

Mit der Zuspitzung der kapitalistischen Krise, dem Anwachsen demokratischer Bewegungen und vor allem der direkten Klassenauseinandersetzungen wird sich der Bürgerkriegskurs der Herrschenden, der von allen Parteien in Bonn getragen wird, verschärfen und die Polizei, für die wir nach den Wünschen des Herrn Schröder noch mehr Steuergelder hinblättern sollen, wird noch massenhafter und noch brutaler gegen das arbeitende Volk vorgehen. Die volle gewerkschaftliche Kampfkraft muß gegen die Angriffe auf die Lebenslage und die Rechte der Werktätigen, auch gegen die Faschisierung des Staates ins Feld geführt werden. Darum geht der Kampf im DGB.

Was kostet ein Menschenleben?

MAINZ. — Am 11.12. 1980 hatten drei Polizeibeamte den als „Stadtstreicher" bezeichneten Erwin Tinz, der in betrunkenem Zustand auf dem Platz vor dem Mainzer Stadttheater saß, aufgegriffen, abtransportiert und bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt in einem Weinberg bei Nackenheim, weit außerhalb der Stadt, ausgesetzt. Etwa fünf Stunden später starb der Hilflose an Herzversagen.

Wer nun denken sollte, die Polizisten würden zumindest wegen fahrlässiger Tötung angeklagt, der irrt sich gewaltig. Was bei dem Prozeß vor dem Mainzer Schöffengericht am 21. Mai herauskam, stellt dieses Verbrechen vom Strafmaß her auf eine Stufe mit Alltagsdelikten.

Sechs Monate Gefängnis auf Bewährung — nein, das ist noch nicht einmal das Urteil; das ist die Strafe, die die Staatsanwaltschaft für alle drei Beteiligten gefordert hatte. Man erinnere sich bei dieser Gelegenheit an das Urteil im Brokdorf-Prozeß: Sechs **Jahre**, und zwar **ohne** Bewährung, weil angeblich die mögliche Tötung eines in Wahrheit unverletzt gebliebenen Polizeischlägers „billigend in Kauf genommen" wurde. So ist es um die „Gleichheit vor dem Gesetz" in Wirklichkeit bestellt.

Die Verteidigung hatte Freispruch gefordert. Die von den Beamten gewählte Form des Gewahrsams — im Juristendeutsch findet sich dafür das schöne Wort vom „Beseitigungsgewahrsam", den das Gericht dann in diesem Fall für nicht angebracht hielt — sei als „mildestes polizeiliches Mittel" angemessen gewesen. Was ist die ‚weniger milden' Mittel? Gleich totschlagen?

Das Gericht befand schließlich, ein „Verbringungsgewahrsam", der auch ein „Verbringen" von „Stadtstreichern" und anderen unliebsamen Personen — solches wird offenbar des öfteren z. B. mit Punkern in Mainz praktiziert — sei vom Grundsatz her ausdrücklich zu billigen. Tinz habe allerdings eigentlich niemanden gestört, sondern nur betrunken dagesessen.

Zwei Polizisten wurden verurteilt, wegen „Freiheitsberaubung".

Freigesprochen wurde der Fahrer des Polizeiwagens, denn er habe nur einen Befehl ausgeführt, und deshalb sei für ihn eine „Überprüfungspflicht" hinsichtlich des Zustandes des Erwin Tinz entfallen. Der blinde Gehorsam ist noch immer die Grundlage der Ausbildung in und des Funktionierens der staatlichen Exekutive, sei es Militär oder Polizei.

Die Strafe für die beiden anderen, darunter also auch der Befehlsgeber: 2400 bzw. 2000 Mark Geldstrafe.

Ein Beispiel dafür, was bei uns Menschenwürde und Menschenleben zählen, besonders wenn es um jemanden geht, der an den Zuständen in dieser Gesellschaft zerbrochen und als Ausbeutungsobjekt nicht mehr zu gebrauchen ist. Ein kleines, aber doch eindrucksvolles Beispiel für die Menschenverachtung des kapitalistischen Systems.

Eins in die Fresse ...



... scheint Holger Börner zu brauchen, der sich hier mit geballten Fäusten durch Wächtersbach bewegt, sicher eskortiert allerdings von Dutzenden behelmten und bewaffneten Polizeibeamten.

Das geht zu weit? Das nützt auch nichts mehr? — Die Meinungen darüber mögen auseinandergehen. Aber sachte: So wörtlich war das gar nicht gemeint. Wir haben uns nur der Ausdrucksweise bedient, die Börner gegenüber seinen politischen Gegnern — und das sind bekanntlich, sehr, sehr viele — anzuschlagen beliebt. Auf dem 22. „Hessentag" in der oben genannten Ortschaft sagte er über „gewalttätige Störer" (wie es zum Beispiel in seinen Augen diejenigen sind, die den Bau der Startbahn West, der besonders der NATO dienen soll, verhindern wollen):

„Schon einmal ist eine Demokratie in Deutschland von der Straße gekippt worden. (Falsch, Herr Börner — die Drahtzieher saßen in den Chefetagen der Konzerne und Banken, zu denen Sie heute doch den besten Zutritt haben!) Solange ich etwas zu sagen haben, wird sich das nicht wiederholen. **Ich bedaure, daß es mir mein hohes Staatsamt verbietet, den Kerlen selbst eins in die Fresse zu hauen. Früher auf dem Bau hat man solche Dinge mit der Dachlatte erledigt.**"

So feine demokratische Politiker haben wir.

Herr Börner —, wenn ihnen ihr hohes Amt lästig ist, treten Sie doch zurück. Und dann, befreit von allen Zwängen, können Sie ruhig mal mit einer Dachlatte bei uns vorbeikommen...

Neue KOMM-Prozesse

NÜRNBERG. — Die KOMM-Prozesse gehen weiter. Im November '81 war der Prozeß gegen zehn junge Menschen, die bei der Massenverhaftung der 141 dabei waren und eine Anklage wegen „schweren Landfriedensbruch" anghängt bekamen, ausgesetzt worden. Der Verteidigung war eine Reihe von Akten vorenthalten worden.

Der Regensburger Oberstaatsanwalt Elmar Fischer, dem daraufhin die Nachermittlung übertragen worden war, gab inzwischen bekannt, er sei zu dem Schluß gekommen, das bei Anklageerhebung vorliegende „Beweisergebnis" habe sich „im wesentlichen bestätigt". Wann der neue Prozeß beginnt, ist bisher nicht bekannt.

Das Ermittlungsverfahren gegen Richter und Staatsanwälte, die an der rechtswidrigen Herstellung und Unterzeichnung der hektografierten Haftbefehle bzw. an der Aktenunterschlagung beteiligt waren, wurde dagegen eingestellt. Das teilte die Nürnberger Justizpressestelle mit. Von Rechtsbeugung und Aktenunterdrückung könne, so das angebliche Ergebnis der Ermittlungen, nicht die Rede sein.

NPD-Parteitag in Lübeck

LÜBECK. — Die Serie von Landesparteitagen der faschistischen NPD geht, wohlbeschützt von den bewaffneten Ordnungskräften unseres Staates, weiter. Am 22. Mai trafen sich die Faschisten in Lübeck. Ein starkes Aufgebot von Polizei und Bundesgrenzschutz sicherte ihre Versammlung vor dem antifaschistischen Protest, zu dem mehr als 1000 Menschen auf die Straße gegangen waren. Der DGB hatte zu einer Protestkundgebung aufgerufen. Zahlreiche antifaschistische Organisationen sorgten für eine anschließende Demonstration zum Tagungsort der Nazis. Im Mittelpunkt der Proteste stand der Aufruf zum Widerstand gegen den von der NPD geschürten Ausländerhaß, eine Politik, bei der die Faschisten die durch die Politik der herrschenden Parteien geschaffene Situation ausnutzen können.

Kulturveranstaltung der Kossova-Albaner

Am Samstag, dem 15. Mai, veranstalteten die albanischen Arbeiter aus Kossovo einen Kulturabend, wo sich die Kollegen aus Köln, Bielefeld und Düsseldorf mit denen aus Hamburg trafen. Es wurden drei Filme gezeigt, der erste ein Dokumentarfilm über die feierliche Eröffnung des Wasserkraftwerkes am Drin, worin der Stolz des albanischen Volkes über seine großartige Leistung zum Ausdruck kommt. Darauf folgte ein sehr schöner Film über die nationale Befreiung, „Die Räte“, der in künstlerisch sehr interessanter Form den Kampf eines Dorfes gegen seine Verräter, die Quislinge, und die Nazitruppen gestaltet. Am Schluß schwimmt der Nazi-Stahlhelm torkelnd einen reißenden Gebirgsbach hinunter und versinkt — vor den Augen eines durch einen tollen Trick seiner Genossen (darunter sein Vater) geretteten Partisanen.

Der dritte Film, wieder ein Dokumentarfilm, zeigte sehr schön den Folkloretanz eines Paares, der Mann tanzte den Doppeladler, seine Partnerin den Schmetterling. Ein anderer Tanz: ein altes poetisches Motiv — die Frau, die zwischen zwei Männern steht —, diese tanzten ihren Kampf mit langen scharfen Schwertern, und dies in einer steinigen Gebirgslandschaft. Mit einigen weiteren Tänzen gab dieser Film ein Bild der reichen und bunten Folklore Albaniens.

Alle Filme wurden von den albanischen Arbeitern mit viel Beifall aufgenommen. Es waren über 200 Kossovaren, die zusammengekommen waren und nach den Filmen eine Rede über die miserable kulturelle Situation der albanischen Arbeiter hier in Westdeutschland — wie auch zu Hause in Kossova — mit Begeisterung anhörten. Ein kleiner Vergleich: In den letzten 40 Jahren kamen in Kossova ganze sieben Spielfilme in albanischer Sprache heraus — während in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien in **einem** Jahr jetzt 14 Spielfilme produziert werden.

Danach hörten die albanischen Arbeiter ein Referat über die Situation des Kampfes in Kossova und ehrten ihre im Kampf gefallenen Genossen Issuf, Bardosh, Gervalla und Kadri Zeka, die in der Bundesrepublik ermordet wurden. Sie standen in einer langen Schweigeminute. Und danach brauste es: „Kossov' Republike!, Kossov' Republike!“.

Rezitationen, Diskussionen und eine kurze Grußadresse des ersten Vorsitzenden der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft, Genossen Peter Platzmann, bildeten den Abschluß einer lebendigen Veranstaltung. Es nahmen über 200 Kollegen teil.

Rotfront
Ein Mitglied von Blinkfüer, Hamburg

Finger weg von der Gesamtschule



Unsere Bilder zeigen Schüler von zwei Kölner Ganztags-Schulen, die sich mit eigenen Transparenten am 18.5. an der Demonstration beteiligten



In Köln soll es der Gesamtschule an den Kragen gehen. Ein weiteres Opfer der Rotstiftpolitik. Während für die Aufrüstung immer neue Millionen und Milliarden lockergemacht werden, heißt es in punkto Bildungspolitik: Die Taschen sind leer, wir würden ja gerne, aber es geht nicht... Alle müssen Opfer bringen!

Aber das wollen wir nicht!

Das Kultusministerium plant unter anderem:

Die Mittel für den Ganztagsbereich sollen um ein Drittel gekürzt werden.

In Chorweiler blieben dann z. B. sämtliche Mittagsfreizeiten und AGs geschlossen.

Höhenhaus macht jetzt schon zwei Nachmittage dicht, und jeder büffelt wieder für sich allein zu Haus.

Für Gesamtschüler soll der Übergang in die gymnasiale Oberstufe radikal erschwert werden. Während ein Gymnasiast für die Übernahme in die Oberstufe einen Notendurchschnitt von 4,0 benötigt, wird einem Gesamtschüler eine Durchschnittsnote von 2,7 abverlangt.

„Finger weg von der Gesamtschule!“ Das forderte deshalb auch die KJD in einem Flugblatt. Darin hieß es unter anderem:

Die Gesamtschulen bieten, das hat die zehnjährige Erfahrung auch in Köln gezeigt, mehr Chancengleichheit gerade für Kinder aus Arbeiterfamilien. Der Streß ist geringer, auch die Prüfungsangst, die Schule macht mehr Spaß.

Die Beschlüsse des Kumi bedeuten das Ende der Gesamtschule.

Die SPD hat das Schulreformkonzept gebracht und ist damit gewählt worden. Jetzt baut sie es wieder ab.

Warum?

Wer will es nicht mehr? Wir Schüler? Die Eltern? Die Lehrer?

Nein! Aber wenn wir — nicht lange — suchen, dann finden wir die Unternehmer und mit ihnen die CDU. (...)

Politisch arbeitet die SPD mit diesen Beschlüssen voll der CDU in die Hände. Die hat ja schließlich schon immer gesagt, das Gesamtschulkonzept sei zu „sozialistisch“. Und wenn die Sparbeschlüsse durchkommen, ist deren Gymnasium wieder oben auf. (...)

Auf die Dauer hilft nur Power!

Schulstreik bis zur Zurücknahme der Sparbeschlüsse!

Am 18. Mai fand in Köln eine Demonstration gegen die Pläne des Kultusministeriums statt. Gegen den Gesamtschul-Gesetzentwurf gingen etwa 5000 Schüler auf die Straße.

Ich habe den/die unten Genannte(n) als neuen Abonnenten des „Roten Morgens“ geworben. Ich nehme damit am Wettbewerb teil.
Das Abo soll beginnen ab Nr. /82. Es gelten die bekannten Abonnements- und Vertriebsbedingungen.

Name des Werbers: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

RM-Abo-Wettbewerb

Name des Abonnenten: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

(Ausschneiden, auf Postkarte kleben oder in Briefumschlag stecken, einsenden!)

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

***

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

Spendenliste

Für die Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD gingen seit der letzten Veröffentlichung folgende Beträge bei uns ein:

B.M. u. M.W., Hamburg 100 DM; Zelle Gablenberg, Stuttgart 50 DM; C.K., Osnabrück 50 DM; Zelle Ludwigshafen 100 DM; LBV Rheinland-Pfalz/Saar 300 DM; P.K., München 1500 DM; Zelle Merkel, Hamburg 250 DM; K. u. S., Hannover 20 DM; Zelle Wilhelmsburg, Hamburg 300 DM; Zelle Mülheim, Köln 50 DM; OG Köln 500 DM; LBV Rheinland 1500 DM; H.W. u. M.G., Münster, für RM 100 DM; **Insgesamt 4740 DM.**

Damit sind bis zum 24.5. für die Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

32162,22 DM

bei uns eingegangen.
Allen Freunden und Genossen vielen Dank!

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Ausstellung über Hamburger Arbeiterkultur

„Vorwärts und nicht vergessen"

140000 Menschen haben letztes Jahr in Wien die Ausstellung „Arbeiterkultur in Österreich" gesehen — ein Zeichen für das große Interesse an diesem immer noch weitgehend verdrängten Aspekt der Geschichte. Ähnliche Zahlen erwarten sich auch die Organisatoren der Ausstellung „Vorwärts und nicht vergessen" in Hamburg.

Unter diesem programmatischen Titel haben die jungen Wissenschaftler der „Projektgruppe Arbeiterkultur" gemeinsam mit dem Architekten Andreas Heller und den Kollegen aus der Werkstatt des Thalia-Theaters eine Ausstellung eingerichtet, wie sie in dieser Art noch nie in der BRD zu sehen war.

Ihr Thema ist die Arbeiterkultur um 1930, wobei der Begriff Kultur durchaus nicht auf die „schönen Künste" eingeengt ist. Sichtbar gemacht werden vielmehr alle Lebensbereiche des Proletariats zur damaligen Zeit, von der Arbeitswelt (und der Arbeitslosigkeit) über Wohnverhältnisse und Politik bis hin zum Sport und zur Kunst.

Was dieser Ausstellung ihren besonderen Charakter gibt, ist nicht nur die Fülle des Materials, sondern auch die Form seiner Präsentation. Hier wurden nicht einfach nur Bilder oder vergilbte Flugblätter an die Wand gehängt. Auf einer Fläche von 3500 Quadratmetern sind vielmehr typische Lebenssituationen nachgebaut worden: etwa ein Versammlungsraum aus dem Lokal „Sagebiel" (wo Ernst Thälmann häufig aufgetreten ist), ein Laden der Konsumgenossenschaft „Produktion", ein Teil einer Arbeiterwohnung oder ein Straßenzug aus dem „Gängeviertel" (in dem die KPD um 1930 herum bei Wahlen über die Hälfte der Stimmen bekam).

Der Ausstellungsort in Hamburg-Barmbek ist selbst eine traditionsreiche Stätte der Arbeiterbewegung. Es ist ein stillgelegtes Zweigwerk des Still-Konzerns. Früher produzierte hier die Maschinenfabrik Nagel & Kaemp (Kampnagel) unter anderem Kräne für den Hamburger Hafen. 1930 veröffentlichte der Internationale Arbeiterverlag in seiner Reihe „Der rote 1-Mark-Roman" den ersten proletarischen Betriebsroman in der Geschichte der deutschen Literatur: „Maschinenfabrik N + K", geschrieben von dem Kommunisten Willi Bredel, Dreher und Betriebsrat bei Kampnagel.



Ausstellung „Vorwärts und nicht vergessen"

Parallel zu der Ausstellung in der Kampnagel-Fabrik läuft ein umfangreiches Begleitprogramm ab; es umfaßt unter anderem eine Führung durch die in den zwanziger Jahren gebaute Jarrestadt, Besuche von Stätten der Arbeiterbewegung und einen Abend mit Schallplattenraritäten aus der Arbeiterbewegung.

Außerdem gibt es fünf Monate lang im „Metropolis"-Kino eine Retrospektive mit Dokumentar- und Spielfilmen der Arbeiterbewegung. Zur Finanzierung des gesamten Projekts schreibt die „Hamburger Rundschau": „Mit 250000 Mark hat sie gerade soviel gekostet wie die Klimaanlage zum „Tut-anch-amun'-Spektakel und die wurde nach Ausstellungschluß wieder herausgerissen."

Zur Ausstellung — die bis zum 30. September geöffnet sein wird — gibt es einen 330 Seiten starken großformatigen Katalog, der eine große Fülle von informativen Texten, Bildern und Dokumenten (zum Teil bislang unveröffentlicht) enthält und der sicher nicht nur für Hamburger von Interesse ist.

Der Katalog ist im Verlag Frölich & Kaufmann (Willdenowstr. 5, 1000 Berlin 65) erschienen und kostet 25 Mark.

Ausstellung im Stuttgarter Gewerkschaftshaus

Arbeiterbewegung und Wiederaufbau



Plakat der Stuttgarter Ausstellung

Der Stuttgarter DGB ist in Sachen Arbeiterkultur schon seit längerem in vorbildlicher Weise aktiv. Letztes Jahr organisierte er die Ausstellung „Arbeiterbewegung — Arbeiterkultur 1890—1933". Jetzt gibt es im Lichthof des Gewerkschaftshauses als Ergänzung oder Fortsetzung dieses Projekts Materialien aus einem anderen Abschnitt der Geschichte zu sehen: „Arbeiterbewegung und Wiederaufbau. Stuttgart 1945 — 49."

Als „Spurensicherung" versteht der DGB-Kreisvorsitzende Manfred Hack die Ausstellung; das Ziel war es, Geschichte mit jenen darzustellen, die „diese Zeit selbst erlebt und gestaltet haben, eine Geschichte von unten, die immer noch in offiziellen Chroniken und Geschäftsberichten mit Randbemerkungen abgetan wird." Diesem Konzept entsprechend wurde die Ausstellung von örtlichen Vertretern der Arbeiterbewegung, die damals aktiv waren, wesentlich mitgestaltet.

Zu sehen ist nun in Stuttgart ein Zeitabschnitt, in dem die entscheidenden Weichenstellungen für die weitere Geschichte unseres Landes vorgenommen wurden. Am Anfang stand die Aktionseinheit aller antifaschistischen Kräfte. Kampfkomitees wurden gegründet, in denen Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten gemeinsam aktiv wurden. Bereits am 5. Mai 1945 jedoch wurden diese Komitees in Stuttgart von der französischen Besatzungsmacht wieder verboten. Die Kampfkomitees organisierten sich daraufhin neu als „Arbeitsausschüsse" und gingen an den Wiederaufbau. In dieser Zeit lag — wie der spätere Stuttgarter Oberbürgermeister Klett sagte — „die Exekutive praktisch in den Händen der Arbeitsausschüsse."

Dann aber regten sich verstärkt mit Hilfe der französischen und besonders der amerikanischen Besatzer wieder die alten Kräfte der Reaktion. Ende 1947 hieß es in einer Entschließung der Stuttgarter Betriebsrätevollversammlung: „Die Betriebsräte stellen mit tiefer Bestürzung fest, daß im Aufbau eines demokratischen Staates und einer demokratischen Wirtschaft keinerlei Fortschritte zu verzeichnen sind. Viele Vorgänge bestärken die Betriebsräte in der Überzeugung, daß große Teile der Besitzenden den Wiederaufbau bewußt sabotieren."

Im Oktober 1948 findet die größte Kundgebung der Nachkriegszeit in Stuttgart statt: 100000 Werktätige folgen wenige Monate nach der sogenannten Währungsreform einem Aufruf der Gewerkschaften, in dem es heißt: „Freie Wirtschaft nennt Herr Dr. Ehrhardt seine unverantwortlichen Anordnungen in bezug auf Freigabe fast aller wichtigen Lebensmittel. Verbrechen und Diktatur einer Clique von Großverdienern nennen wir diese Politik." Auch auf diese Kundgebung reagiert die Militärregierung mit Unterdrückungsmaßnahmen — eine Ausgangssperre wird verhängt. Auf diese Art vollzieht sich Schritt für Schritt die Restauration, die Wiederherstellung der Macht des Monopolkapitals.

Neben diesen politischen Kämpfen spiegelt die Stuttgarter Ausstellung auch die damaligen Lebensbedingungen der Arbeiter wider — so wurde etwa im Lichthof des Gewerkschaftshauses eine damals typische Arbeiterwohnung nachgebaut, die nur aus einem Zimmer besteht, das als Küche, Schlaf- und Wohnzimmer zugleich dienen mußte.

Die Ausstellung „Arbeiterbewegung und Wiederaufbau" ist bis zum 3. Juli geöffnet. Der Katalog kostet 20 Mark und kann bezogen werden über: Büchergilde Stuttgart, Kanzleistraße 20, 7000 Stuttgart.


Diego Rivera: „Die Nacht der Reichen"

Revolutionäre Kunst aus Mexiko

„Wand Bild Mexiko" heißt eine Ausstellung, die gegenwärtig — im Rahmen der „Horizonte 82" — in der Nationalgalerie in Westberlin zu sehen ist. Schon im vergangenen Jahr war mit José Clemente Orozco einer der bekanntesten Muralisten (Wandmaler) in einer Retrospektive gewürdigt worden. Die jetzige Ausstellung soll einen größeren Überblick über jene Kunst ermöglichen, die nach der Revolution von 1910 bis 1917, in der der Diktator Diaz gestürzt wurde, in Mexiko entstand.

Kennzeichnend für die Haltung der Muralisten ist der folgende Satz aus einem 1923 veröffentlichten Manifest der Gewerkschaft der technischen Arbeiter, Maler und Bildhauer: „Die Schöpfer der Schönheit müssen ihre größten Kräfte einsetzen, damit ihre Arbeit einen klaren ideologischen Propagandaaspekt zum Wohle des Volkes bekommt und die Kunst, die heute Ausdruck individualistischer Selbstbefriedigung ist, einen Zweck erhält, nämlich Schönheit für alle, Erziehung und Kampf zu sein."

Und eine wesentliche Schlußfolgerung daraus war eben, daß die Kunst die Museen und Galerien zu verlassen hatte: Auf den Wänden von öffentlichen Gebäuden in Mexiko City (aber auch in anderen Städten und Dörfern des Landes) entstanden riesige Fresken, auf denen der Befreiungskampf des mexikanischen Volkes und andere Themen behandelt wurden, wobei die meisten Muralisten traditionelle Gestaltungsformen mit europäischen Stilelementen verbanden.

Eine solche Kunst wider ins Museum zurückzubringen, ist natürlich problematisch. In Westberlin sind immerhin einige transportable Originalwandbilder zu sehen, darunter zwei Werke von David Alfaro Siqueiros: „Opfer des Faschismus" und „Opfer des Krieges". Andere repräsentative Wandbilder kann man als Projektionen in einem Multivisionskabinett betrachten, angereichert mit Fotos und Informationen über die gesellschaftlichen Bedingungen der mexikanischen Wandmalerei. Die Ausstellung konzentriert sich dabei auf das berühmte Dreigestirn des Muralismus, die Maler Siqueiros, Orozco und Diego Rivera.

Daneben sind Grafiken von José Guadelupe Posada (1852 bis 1913) und Comics zu sehen, die heute vom Erziehungsministerium für eine Bevölkerung produziert werden, die immer noch zu fast einem Drittel aus Analphabeten besteht.

Eine gelungene Ergänzung zu „Wand Bild Mexiko" ist die Ausstellung der Werke zweier Künstlerinnen, die beide in der jüngsten Zeit zu Kultfiguren der Frauenbewegung geworden sind. Da ist einmal die Malerin Frida Kahlo (die mit Rivera verheiratet war). Ihre Bilder unterschieden sich radikal vom revolutionären Pathos der gigantischen Fresken. Frida Kahlo thematisiert in ihren von der Volkskunst ebenso wie vom Surrealismus beeinflußten Traumbildern körperliche und seelische Verletzungen.

Die Fotografin Tina Modotti, eine gebürtige Italienerin, hat einen großen Teil ihres Lebens in Mexiko verbracht. Hier wurde sie in den zwanziger Jahren Mitglied der kommunistischen Partei (der auch Rivera und Siqueiros angehörten) und entwickelte eine Fotografie im Dienst des Klassenkampfes. Nach der Rückkehr aus dem spanischen Bürgerkrieg ist Tina Modotti 1942 in Mexiko gestorben.

Wandbild Mexiko: Nationalgalerie Westberlin, bis 20.6., Katalog 29 Mark (zu beziehen bei: Frölich & Kaufmann, Willdenowstr. 5, 1000 Berlin 65).

Frida Kahlo und Tina Modotti: Haus am Waldsee, Westberlin, bis 11.7., danach in Hamburg und Hannover, Katalog 52 Mark.

Sozialismus in den Farben Frankreichs?

Ein Jahr PS/KPF-Regierung in Paris

Im letzten „Roten Morgen" haben wir dargestellt, daß die von der Mitterand-Regierung beschlossenen Verstaatlichungen keine Umwälzung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in Frankreich bedeuten, sondern im Gegenteil darauf abzielen, die Positionen der französischen Monopole — vor allem auf dem Weltmarkt — zu stärken. Die im Rahmen der Verstaatlichung vorgesehene Konzentration und Modernisierung der Produktion wird zudem neue Massenentlassungen nach sich ziehen.

Die Regierung selbst hat schon vor Monaten deutlich zu verstehen gegeben, daß mit dem Abbau von Arbeitsplätzen auch in jenen Betrieben gerechnet werden müsse, die auf der Liste der Verstaatlichung stehen. Eine kalte Dusche für all diejenigen Werktätigen, die gerade auf diesem Gebiet große Hoffnungen und Erwartungen in die „sozialistische" Regierung gesetzt hatten. War doch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von der Sozialistischen Partei (PS) wie auch vom Koalitionspartner KPF zur zentralen Aufgabe erklärt worden.



Die Atomrüstung wird forciert ausgebaut: Mitterand bei einer Militärparade

Wenn sich nun also die alten und neuen Staatsbetriebe weiterhin „marktgerecht" verhalten (etwa durch Rationalisierungen und die damit verbundene Vernichtung von Arbeitsplätzen Kosten sparen) sollen, wie sieht es dann auf anderen Feldern mit dem Kampf gegen die Erwerbslosigkeit aus? Zunächst einmal hat die Mitterand-Regierung hier etwas getan, das dem gegenwärtigen Trend in der internationalen kapitalistischen Politik vollständig entgegenläuft. Während sonst allerorten der Rotstift wütet und ein Kahlschlag bei den Sozialausgaben betrieben wird, hat sie einen ganzen Katalog von Maßnahmen verordnet, die sich unmittelbar positiv auf den Lebensstandard gerade der sozial schwächsten Schichten auswirken.

So wurden beispielsweise die Mindestlöhne angehoben wie die niedrigsten Rentensätze. Außerdem stockte die Regierung die Familien- und Mietbeihilfen auf und sagte den Bau von 250000 Sozialwohnungen an. Ob letzteres dann auch wahr gemacht wird, muß sich allerdings ebenso erst noch zeigen wie das Versprechen, 61000 neue Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor zu schaffen. Mit diesem Programm hat die Mitterand-Regierung auf eine Reformpolitik zurückgegriffen, wie sie für die westdeutsche Sozialdemokratie beispielsweise schon längst der Vergangenheit angehört. Und die erwähnten Maßnahmen wie auch andere (etwa die Verdoppelung des Kulturetats) widerlegen ja immerhin das Geschwätz der Schmidt und Co., die ihre brutale Sparpolitik stets als eine objektive Notwendigkeit hinstellen.

Müssen die Reichen zahlen?

Auf einem anderen Blatt steht die Frage, ob Mitterands Sozialprogramm — wie von der französischen Regierung behauptet — auch ein wirksamer Beitrag zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist. Nach den früher auch von der SPD verfolgten Strategien einer an Keynes orientierten Wirtschaftspolitik soll das Programm künstlich Nachfrage schaffen, dadurch die Produktion ankurbeln — mit dem Effekt der somit notwendigen Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

Die wirtschaftlichen Daten sprechen allerdings eine andere Sprache. Zwar hat es in der Konsumgüter-Produktion einen Anstieg von etwa 2 Prozent gegeben, die Nachfrage nach Investitionsgütern jedoch ging um 2,5 Prozent zurück. Und die Rate der Arbeitslosigkeit kletterte kontinuierlich von 1,6 Millionen im März 1981 auf 1,9 Millionen in diesem März; inzwischen hat sie längst die „magische" 2-Millionen-Grenze überschritten. Um ein genaues Bild von den Strategien der neuen französischen Regierung hinsichtlich der Arbeitslosigkeit zu gewinnen, muß man auch noch andere Faktoren betrachten.

Da ist zunächst einmal die Frage, wie das erwähnte Programm finanziert werden soll. Werden im „sozialistischen" Frankreich nun die Reichen kräftig zur Kasse gebeten? Wird hier ein Umverteilungsprozeß zugunsten der Werktätigen eingeleitet? Immerhin verfügen ja nach den neuesten Statistiken 10 Prozent der Franzosen über 57 Prozent des gesamten nationalen Vermögens, während 48 Prozent der Bevölkerung ganze 5,3 Prozent des Vermögens ihr Eigen nennen. Nun hat die Regierungskoalition von PS und KPF tatsächlich einige Gesetze erlassen, die zu einer höheren Besteuerung der Reichen führen. So wurde beispielsweise ein Zuschlag auf die Einkommenssteuer von 25 Prozent dort erhoben, wo die jährliche Steuerschuld 100000 Francs übersteigt; auf bestimmte Ausgaben wie etwa Bewirtungsspesen wurden geringfügige Sondersteuern verhängt. Den meisten Wirbel jedoch löste die für Frankreich neue Einführung einer Vermögenssteuer aus. Allerdings zeigt sich gerade hier, wie wenig diese Maßnahmen tatsächlich greifen: Der Höchstsatz bei der Vermögenssteuer beträgt nämlich nur 1,5 Prozent — insgesamt wird diese neue Steuer magere 1,2 Milliarden Francs pro Jahr einbringen.

Davon, daß die Reichen wirklich zur Kasse gebeten würden, kann also auch im „sozialistischen" Frankreich nicht die Rede sein. Mitterands großzügige Sozialgeschenke werden also letztlich die Werktätigen selbst finanzieren müssen, beispielsweise durch Erhöhungen bei den indirekten Steuern (hier ist bei Mineralöl, Wein, Bier usw. schon der Anfang gemacht worden).

Abschied von der 35-Stunden-Woche

Wenn es um wirklich greifende Strategien im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geht, dann steht die Verkürzung der Arbeitszeit obenan. Hier hat die „sozialistische" Regierung mit ihrer Ankündigung, bis 1985 die 35-Stunden-Woche einzuführen, nicht nur in Frankreich Aufsehen erregt. Was ist nun daraus geworden? Im Januar dieses Jahres hat Arbeitsminister Pierre Auroux (KPF) die Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 39 Stunden und die Verlängerung des gesetzlichen Urlaubs auf fünf Wochen verfügt. Nicht geregelt war damit allerdings die Frage des Lohnausgleichs — es soll ausdrücklich den Unternehmern belassen bleiben, ob sie die ausgefallene Stunde bezahlen oder nicht. Der KPF-Minister Auroux trug zu diesem Problem in einem Interview eine für einen „Kommunisten" höchst eigenartige Meinung bei. Er erklärte nämlich, daß nur die unteren Lohngruppen einen Lohnausgleich bekommen sollten. Die anderen Kollegen müßten das schon Solidarität üben (mit den Unternehmern also!) — und mehr Freizeit wäre ja auch etwa was wert.

Diese freimütigen Äußerungen des KPF-Mannes wurden von den Kapitalisten zwar mit verständlichem Wohlwollen aufgenommen, bei den Gewerkschaften jedoch lösten sie einen Sturm der Entrüstung aus. Auch die Bosse der von der KPF kontrollierten Gewerkschaft CGT kamen nicht umhin, die „antisoziale Haltung" ihres Parteigenossen zu rügen. Schließlich mußte Präsident Mitterand selbst die Wogen der Empörung mit dem Versprechen glätten, die Regierung würde sich für einen generellen Lohnausgleich einsetzen. Das aber gilt nur für die jetzt eingeführte Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde. Was die anderen vier Stunden betrifft, die noch wegfallen sollen, so hat die Regierung ausdrücklich erklärt, daß es dafür keinen Lohnausgleich geben könne.

Im letzten Monat schließlich hat Ministerpräsident Mauroy in Gesprächen mit dem Unternehmerverband erklärt, seine Regierung werde von sich aus nichts unternehmen, um die Arbeitszeit weiter zu verkürzen. Damit ist eines der zentralen Wahlversprechen faktisch gestorben. Ähnlich wie bei der nun auf Eis geschobenen 35-Stunden-Woche verhält es sich auch bei den anderen Projekten einer gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung, etwa der Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre, die in zwei Jahren in Kraft treten soll. Auch hier hat Wirtschaftsminister Delors deutlich zu verstehen gegeben, daß es Ziel der Regierungspolitik sei, nicht soziale Vorteile auszubauen, sondern die Arbeitslosigkeit zu senken. Und das bedeutet: Auch in der Rentenfrage sollen die Werktätigen um einen Einkommensausgleich betrogen werden. Man „löst" also das Problem der Arbeitslosigkeit ganz einfach so, indem man die Werktätigen faktisch auf unbezahlten Urlaub schickt. Da ist es dann wahrlich auch kein Wunder, daß die Mitterand-Regierung jetzt als neuesten Clou im „Kampf" gegen die Arbeitslosigkeit das berüchtigte amerikanische Jobsharing entdeckt hat, das vor allem im öffentlichen Dienst im großen Maßstab eingeführt werden soll.

Angriff auf die Löhne

Wenn Minister Delors erklärt, die „sozialistische" Regierung beabsichtige nicht, soziale Vorteile auszubauen (über die oben erwähnten Maßnahmen hinaus), dann gilt das nicht nur in der Frage der Arbeitszeitverkürzung, sondern auch für die Einkommen der Werktätigen. Ein großes Problem ist hier die galoppierende Teuerung; in diesem Jahr liegt die Inflationsrate bei 14 Prozent. Die Gewerkschaftsbasis hatte von der neuen Regierung die Verhängung eines allgemeinen Preisstopps und die Einführung von Preiskontrollen verlangt. (Ein Einfrieren der Preise vor allem von Grundnahrungsmitteln war auch unter früheren konservativen Regierungen schon mehrmals durchgesetzt worden).

Die neue Regierung hat jedoch bis jetzt nur ein einziges Mal in die Preispolitik eingegriffen. Nach der Abwertung des Francs im vergangenen Oktober wurde ein Preisstopp für einige Lebensmittel und Dienstleistungen verfügt — allerdings auf einige Monate begrenzt. Minister Delors hob anstelle eines generellen Preisstopps mit viel Propagandarummel die Aktion „Ruhe an der Preisfront" aus der Taufe. Sie besteht darin, daß sich einzelne Einzelhändler freiwillig verpflichten sollen, die Preise einzufrieren — wer mitmacht, darf sich dann einen von der Regierung herausgegebenen Preisstopp-Kleber ans Schaufenster pappen. (So ist die ganze Angelegenheit dann ausgerechnet zum Problem der ohnehin von den Konzernen in ihrer Existenz bedrohten Kleinhändler geworden.)

Die Aktion „Ruhe an der Preisfront" zielt aber in Wirklichkeit noch in eine ganz andere Richtung — gegen die Löhne der Werktätigen nämlich. Mit dieser Aktion will die PS/KPF-Regierung Stimmung machen für die Abschaffung des jetzt bestehenden Systems einer indexgebundenen Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung. Stattdessen sollen Tarifverhandlungen nach westdeutschem Vorbild eingeführt werden. Und die Minister von PS und KPF haben sich dieses Vorbild wohl sehr genau angesehen. Sie entwickelten nämlich schon exakte Vorstellungen darüber, wie die Löhne und Gehälter künftig festgesetzt werden sollen. Die Abschlüsse sollen sich nicht an der jeweiligen Teuerungsrate orientieren, sondern an den Prognosen über die künftige Entwicklung dieser Rate, wie sie von den staatlichen Instituten vorgegeben werden.



Schon im vergangenen Oktober streikten die Arbeiter bei Renault (unser Bild) und in anderen Betrieben für höhere Löhne und die 35-Stunden-Woche

Interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß die „sozialistische" Regierung in letzter Zeit immer weniger von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und immer häufiger von der Senkung der Inflationsrate als dem vorrangigen Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik spricht. Und die Offensive gegen die Inflation soll — nach bewährtem kapitalistischen Muster — an der Lohnfront geführt werden, durch Senkung der Löhne und Gehälter. Auf der anderen Seite können die Kapitalisten in der kommenden Zeit mit kräftigen Entlastungen rechnen. Bei Gesprächen, die Ministerpräsident Mauroy im April mit dem Unternehmerverband C.N.P.F. führte, sicherte er den Kapitalisten eine zehnprozentige Senkung der Gewerbesteuer für die nächsten beiden Jahre zu. Außerdem sollen die Beiträge der Unternehmen zur Sozialversicherung bis zum Juli 1983 eingefroren werden.

Und wie will man die dadurch entstehenden Mindereinnahmen für den Staatshaushalt ausgleichen? Es ist an eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und an Einsparungen in anderen Bereichen des Haushalts gedacht. Und damit ist das „sozialistische" Frankreich ja dann schon ziemlich nah beim Kurs der Schmidt-BRD. Das gilt übrigens auch für andere Bereiche, die hier nur kurz gestreift werden können.

NATO-Treue und Neutronenbombe

Beispiel „Sicherheitspolitik": Drastische Senkung der Rüstungsausgaben, das wäre einer der ersten Schritte einer wirklich fortschrittlichen Regierung gewesen. PS und KPF jedoch haben die Militärausgaben im 82er Haushalt gegenüber dem Vorjahr um sage und schreibe 17,63 Prozent auf 122,855 Milliarden Francs (ca. 49 Mrd. Mark) hochgeschraubt. Noch im gemeinsamen Programm von 1972 hatten beide Parteien feierlich den Verzicht auf Atomwaffen gelobt, wenn sie an die Regierung kommen sollten. Und jetzt wird gerade das Atomwaffenpotential der französischen „Force de frappe" besonders stark ausgebaut, einschließlich der Neutronenbombe übrigens, die wahrscheinlich schon vor einigen Monaten getestet wurde. Und das alles läuft mit Unterstützung eines Koalitionspartners, der sich kommunistisch nennt. Aber wie sagte doch KPF-Boß Marchais auf dem Parteitag seiner Organisation im Februar? „Es ist ausgeschlossen, daß Frankreich einseitig auf eine unabhängige militärische Verteidigung verzichtet, die sich auf die Force de frappe und auf eine demokratische Armee stützt." Das hätte, auf die Verhältnisse der BRD angewandt, auch ein Helmut Schmidt in seine Regierungserklärung schreiben können.

Und was die „demokratische Armee" Frankreichs betrifft, so ist sie natürlich nach wie vor die in unzähligen militärischen Aggressionen bewährte imperialistische Streitmacht, deren Truppenteile auch heute zum Schutz neokolonialistischer Interessen in mehreren Ländern der „Dritten Welt" stationiert sind. Von wirklichen demokratischen Einflüssen soll diese Streitmacht auch künftig abgeschottet werden. Die Bildung von Soldatenkomitees als gewerkschaftliche Interessenvertretungen der Soldaten beispielsweise wurde verboten. Kriegsminister Hernu: „Eine Kaserne ist keine Fabrik."

In der Auseinandersetzung zwischen den Reagan-Leuten und einigen westeuropäischen Regierungen über den Kurs gegenüber der Sowjetunion hat sich Mitterand sofort nach seiner Wahl auf die Seite Washingtons geschlagen und sich unter anderem auch massiv für die „Nach"rüstung stark gemacht. Die Bindungen des „sozialistischen" Frankreichs zur NATO sind heute wesentlich enger, als sie es vor dem Regierungswechsel waren. Und was sagt der Koalitionspartner Marchais zur immer engeren Einbindung seines Landes in den amerikanischen Militärblock? „Frankreich muß die Verpflichtung erfüllen, die diese Mitgliedschaft mit sich bringt." (Rede auf dem 24. KPF-Parteitag)

Wenn man also die Bilanz nach einem Jahr PS/KPF-Regierung in Frankreich zieht, dann bleibt von einem „Sozialismus in den Farben Frankreichs" — wie ihn die revisionistische Partei beschwört — nichts übrig. Außer einigen Ansätzen zu sozialdemokratischer Reformpolitik hat die neue Regierung nichts anderes vorzuweisen als eine ökonomische und militärische Stärkung des französischen Imperialismus.

Chauvinistische Hetze in Britannien

Londons Presse verbreitet Kriegshysterie

Eine Preisaufgabe besonderer Art hat sich das britischen Massenbaltt „Sun“ (sozusagen eine englische „Bild“-Zeitung) ausgedacht: Gefragt war nach den besten Witzen über das Töten von „Argies“, wie diese Art von Presse seit dem Ausbrechen des Falkland-Kriegs die Argentinier nennt. Den ersten Preis holte sich bei diesem makabren Wettbewerb ein Schuljunge — er bekam 50 Mark und eine Dose Corned Beef.

Diese widerwärtige Angelegenheit war jedoch keinesfalls ein Ausrutscher. Sie ist vielmehr kennzeichnend für eine perverse Haßkampagne, die nun schon seit Wochen das Bild der britischen Boulevardpresse bestimmt. Es war die gleiche „Sun“, die nach dem Abschuß des ersten argentinischen Flugzeugs ihren Lesern zu berichten wußte: „Die erste Rakete, die Galtieris Gauchos trifft, kommt mit herzlichen Grüßen von der Sun.“ Der Hintergrund: Ein Mr. Snow, Kriegsberichterstatter dieses Blattes auf dem britischen Flugzeugträger „Invincible“, hatte die fragliche Rakete vor ihrem Einsatz mit Sprüchen beschriften dürfen wie „Nimm dies, Galtieri!“ oder „Die Sun war auch dabei.“ Als Dank dafür hatte Mr. Snow dann zehn Pfund für die Siegesfeier auf der „Invincible“ springen lassen.

In diesem Stil betreiben auch die anderen reaktionären Massenblätter in Britannien seit Wochen eine blutrünstige chauvinistische Hetze, die sich nur mit den Haßtiraden aus Goebbels' Propagandaministerium während des Zweiten Weltkriegs vergleichen läßt. Und wer in der britischen Medienlandschaft nicht in diesen Ton der offen zur Schau gestellten Kriegslüsternheit einfällt, wird selbst ins Visier der reaktionären Hetzer genommen.

So ging es beispielsweise den Redakteuren der staatlichen Fernsehgesellschaft BBC, die zu Beginn des Krieges in einer Nachrichtensendung eine Stellungnahme der britischen Regierung und danach kommentarlos ein Kommuniqué der argentinischen Junta gebracht hatten. Regierungschefin Thatcher selbst eröffnete das Feuer auf die BBC, indem sie diese Nachrichtensendung als beleidigend bezeichnete. Ihre Parteifreunde beschimpften die BBC-Leute als „General Galtieris fünfte Kolonne“; Thatchers militärischer Berater Winston Churchill jr. forderte den Rücktritt des Aufsichtsratschefs der Fernsehgesellschaft.

Da half es der BBC auch nichts, daß sie beteuerte, sie habe niemals neutral zwischen Britannien und den „argentinischen Aggressoren“ gestanden. Heute wird in England eben mehr verlangt als nur Parteilichkeit mit dem Londoner Kriegskurs, selbst die Sendung von Stellungnahmen des „Feindes“ ist da schon ein Verbrechen. Und so schlug denn die reaktionäre Presse auch voll auf die BBC-Leute ein und diffamierte sie als „Landesfeinde“ und „Verräter“.

Diese Vorgänge zeigen, daß zum imperialistischen Krieg eben auch entfesselte chauvinistische Hetze gehört, mit der die Massen auf den Kriegskurs eingeschworen werden sollen, indem man ihnen tagtäglich einhämmert, daß sie Seite an Seite mit der imperialistischen Bourgeoisie und der reaktionären Regierung gegen einen gemeinsamen äußeren Feind stehen müßten. Man kann sich — wenn man diese blutrünstige Kriegspropaganda in Britannien betrachtet — ausrechnen, wie hierzulande die „Bild“-Zeitung reagieren würde, wenn eine amerikanische Eingreiftruppe mit Bonner Unterstützung gegen die Scheichs und Ayatollahs im Mittleren Osten, die „unsere“ Energieversorgung gefährden, zuschlagen würde.

Daß die britische Reaktion mit ihrer Hetzpropaganda durchaus nicht ohne Erfolg geblieben ist, liegt nicht zuletzt an der Haltung der sogenannten Arbeiterführer. Gewiß, diese Herren signieren keine für die „Gauchos“ bestimmten Raketen. Aber sie verkaufen der britischen Arbeiterklasse die Raubinteressen des britischen Imperialismus als deren eigene Interessen. So haben sich in den letzten Wochen Gewerkschaftsführer ebenso stark gemacht für die Aggression im Südatlantik wie Führer der „sozialistischen“ Labour-Party. Michael Foot beispielsweise, der Parteivorsitzende, der sich gerne als Linker feiern läßt und sich als Veteran der britischen Friedensbewegung versteht, lehnte erst vergangene Woche ausdrücklich einen Waffenstillstand im Südatlantik ab, weil dadurch den Argentiniern der Erfolg „auf einem Tablett serviert würde“.



Anti-BBC-Karikatur aus dem „Daily Express“

Streiks und Demonstrationen in Polen

Der Widerstand gegen die Junta formiert sich

„Der Winter ist euer, das Frühjahr gehört uns.“ Diese nach der Machtergreifung der Militärs von Aktivisten der Solidarność verbreitete Parole ist damals oft als bloße Kraftmeierei aufgefaßt worden, mit der die tatsächliche Ohnmacht der Gewerkschaftsbewegung gegenüber der Junta verdeckt werden sollte. Die ersten Wochen dieses Monats jedoch haben gezeigt, daß die Losung eine reale Grundlage in der ungebrochenen Kampfbereitschaft der polnischen Gewerkschaftsbewegung hatte.

Es war der Junta auch mit Massenverhaftungen und Kriegsrechtsmaßnahmen, die allen Widerstand lähmen sollten, nicht gelungen, die Solidarność zu zerschlagen. Ein deutliches Zeichen dafür ist die Tatsache, daß über hundert ihrer Funktionäre in den Untergrund gingen und sich bis heute dem Zugriff der Militärs entziehen konnten. In der Illegalität hat sich seit der Errichtung der Militärdiktatur auch eine inzwischen weitverzweigte gewerkschaftliche Aktivität entfaltet. Etwa 300 Untergrundzeitungen werden heute von der Solidarność herausgegeben, ganz zu schweigen von Flugblättern, Klebezetteln, gemalten Parolen usw. In nahezu allen größeren Betrieben existieren illegale Zellen der Gewerkschaft; ihre Zahl wird auf insgesamt 1700 geschätzt.

In den ersten Maitagen schließlich kam es zu den ersten großen Massenaktionen gegen die Junta, bei denen sich in den meisten Städten Straßenschlachten mit den Polizeitruppen der Junta entwickelten. Knapp zwei Wochen später — am 13. Mai — sah sich das Regime von einer neuen Welle der Massenproteste bedrängt. Im Gegensatz zu den Aktionen vom 1. und 3. Mai waren diese Proteste von der illegalen Solidarność zentral koordiniert worden. Bereits am 21. April hatten sich im Untergrund lebende Führer der Gewerkschaft zu einer „Provisorischen Koordinierungskommission“ zusammengeschlossen und für den 13. Mai zu einem viertelstündigen Kurzstreik aufgerufen.

Das Regime behauptet zwar, diese Aktion sei ein Fehlschlag gewesen; dagegen spricht jedoch die im gleichen Atemzug bekanntgegebene Tatsache, daß 640 Arbeiter am 13. Mai verhaftet und daß gegen eine unbekannte Zahl von Streikenden Disziplinierungsmaßnahmen eingeleitet wurden. In Warschau organisierten Autofahrer am 13. Mai eine Verkehrsblockade auf einer der wichtigsten Straßenkreuzungen der Stadt, während der sich Tausende auf den Bürgersteigen versammelten und Parolen gegen die Junta riefen. Zu heftigen Straßenkämpfen kam es an diesem Tag in Krakow, als die Miliz mit Wasserwerfern, Knüppeln und Tränengasgranaten eine Protestkundgebung von 10000 Mitgliedern und Anhängern der Solidarność auflöste.



Demonstration gegen die Junta in Warschau

Das Regime des Generals Jaruzelski reagierte auf die Kämpfe in den ersten Maiwochen mit der Verhaftung von 3200 Werktätigen, von denen mindestens 254 interniert wurden. In mehreren Städten des Landes wurden zudem die Kriegsrechtsbestimmungen wie nächtliche Ausgangssperren und Verbot aller kulturellen und Sportveranstaltungen wieder in Kraft gesetzt. Die brutale Reaktion auf die Massenproteste macht deutlich, daß die Junta nach wie vor nicht an eine Lokkerung ihres Kurses der massiven Unterdrückung jeglichen Widerstands denkt.

Die letzten Wochen haben jedoch auch gezeigt, daß diese Junta politisch vollständig gescheitert ist. Ihr Dezember-Putsch war ja von einer ganzen Reihe von Versprechungen begleitet worden: Der „Reformkurs“ sollte fortgesetzt, die Errungenschaften der Arbeiterbewegung nicht angetastet werden; sogar die Solidarność wollte man nach einer gewissen Zeit der „Befriedung“ wieder zulassen. Heute allerdings spricht Vizepremier Rakowski, der Vertreter des „Reformflügels“ in der revisionistischen Partei, nur noch ganz allgemein von der künftigen Wiederzulassung einer „unabhängigen Gewerkschaft“, betont aber zugleich, daß diese Gewerkschaft nicht die Solidarność sein könne. Damit hat er jedoch zu verstehen gegeben, daß auch die „Reformer“ auf die vollständige Zerschlagung der Solidarność abzielen. Und ohnehin hatte es bei den polnischen Werktätigen keine Illusionen darüber gegeben, daß die Junta ihnen die 1980 erkämpften Rechte freiwillig wieder einräumen würde.

Gescheitert ist auch die Wirtschaftspolitik der Junta. Man hatte den Werktätigen eine spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen versprochen. Die Wirklichkeit sieht jedoch völlig anders aus: Preiserhöhungen von bis zu 500 Prozent und weitere Verschlechterung der Versorgungslage. Heute leben 40 Prozent der polnischen Bevölkerung am Rande des Existenzminimums.

In keinem Bereich ist es der Junta gelungen, Unterstützung aus dem Volk zu bekommen; sie ist heute noch mehr isoliert als bei ihrem Machtantritt. Innerhalb der herrschenden Clique scheint sich das Machtzentrum immer mehr zu den hundertprozentigen Parteigängern Moskaus um das Politbüro-Mitglied Olszowski. Und diese ultrareaktionäre Fraktion drängt schon seit langem auf eine noch blutigere Unterdrückung der polnischen Arbeiterbewegung.

Meldungen

Friedensdemonstrationen in Wien und Göteborg

100000 Menschen, weit mehr als die Veranstalter erwartet hatten, kamen am vorletzten Wochenende zum bislang größten skandinavischen Friedenstreffen ins Ullevi-Stadion der schwedischen Hafenstadt Göteborg. In fünf Sternmärschen waren die Demonstranten, darunter auch viele Teilnehmer aus Norwegen, Dänemark und Finnland, unter den Hauptparolen „Atomwaffenfreier Norden“ und „Europa ohne Atomwaffen“ ins Stadion gezogen.

Hauptredner der Kundgebung war der ehemalige Pentagon-Berater Daniel Ellsberg, der die Genfer Verhandlungen zwischen den Supermächten als „Erfolg“ der Friedensbewegung verkaufte.

In Wien gingen am gleichen Wochenende 50000 Menschen für Abrüstung und Frieden auf die Straße. Über hundert Jugendorganisationen waren Träger dieser Massendemonstration, deren Teilnehmer mit Sonderzügen aus ganz Österreich angereist waren. Bundeskanzler Kreisky hatte sich höchstpersönlich in die Vorbereitungen für die Demonstration eingeschaltet und verlangt, daß zwecks Ausgewogenheit nicht nur gegen amerikanische, sondern auch gegen sowjetische Atomwaffen demonstriert werden müsse.

***

Türkei-Debatte von der Tagesordnung gestrichen

Die von den konservativen, liberalen und christdemokratischen Parteien gebildete Mehrheit im Europäischen Parlament hat eine Dringlichkeitsdebatte über die Türkei verhindert. Der belgische Abgeordnete Karel van Miert wollte in dieser Debatte einen Entschließungsantrag im Namen der sozialistischen Fraktion einbringen, in dem die sofortige Freilassung des früheren türkischen Ministerpräsidenten Ecevit verlangt wurde.

Nach Berichten der bürgerlichen Presse zeigte sich besonders der SPD-Vorsitzende Brandt empört über die Verhinderung der Debatte. Brandt war nämlich mit einem Redemanuskript nach Straßbourg gereist und wollte sich offenbar wieder einmal als Beschützer der Junta-Opfer in der Türkei profilieren. Wenn es ihm wirklich ernst damit ist, braucht der SPD-Vorsitzende allerdings nicht erst nach Straßbourg zu fahren. Wesentlich wirksamer wäre da ein Gang ins Bonner Kanzleramt — beispielsweise mit der Forderung nach sofortiger Einstellung der Türkei-Hilfe.

***

CIA beschäftigt NS-Kriegsverbrecher

Üble Praktiken der amerikanischen Geheimdienste hat der hohe US-Beamte John Loftus enttarnt. Loftus war zwei Jahre lang in führender Tätigkeit im „Office of Special Investigation“ beschäftigt, einer Abteilung des Justizministeriums, die Fälle von in die USA eingewanderten Kriegsverbrechern bearbeitet.

Nach Angaben von Loftus haben das FBI und andere Geheimdienste unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg faschistische Kriegsverbrecher in ihren Dienst gestellt. Dabei handelte es sich um weißrussische Nazi-Kollaborateure, die nach der Befreiung der Sowjetunion in die USA geflohen waren. Für die Zusage, den amerikanischen Diensten beim Aufbau einer „Geheimarmee“ in der Sowjetunion behilflich zu sein, bekamen sie die amerikanische Staatsangehörigkeit.

Loftus teilte mit, daß eine Reihe dieser faschistischen Kreaturen noch heute für die US-Regierung tätig sei, unter anderem für den von der CIA betriebenen Rundfunksender „Radio Free Europe — Radio Liberty“ in München. Die Einleitung von rechtlichen Schritten gegen diese Leute, so Loftus, habe sich als unwirksam erwiesen, weil ihre Akten als „top secret“ behandelt würden.

***

Giftgas-Produktion in den USA

Im Rahmen der Debatte über den Militärhaushalt 1982/83 hat der amerikanische Senat Präsident Reagan ermächtigt, zum ersten Mal seit 13 Jahren wieder chemische Waffen produzieren zu lassen. Der Senatsbeschluß sieht vor, daß der Umfang des gegenwärtigen Arsenals von Giftgas nur dann erweitert werden könne, wenn die NATO-Partner der USA bereit wären, diese Waffen auf ihrem Territorium zu lagern. Entsprechender Druck des US-Kriegsministeriums auf die „Partner“ ist also bald zu erwarten. Und der von den amerikanischen Kriegstreibern bevorzugte Stationierungsort für ihre chemischen Vernichtungswaffen ist und bleibt die Bundesrepublik Deutschland.

***

Die Würger von der Polizei

Eine makabre Statistik ist jetzt in Los Angeles veröffentlicht worden. Unter den unzähligen Menschen, die in den letzten sieben Jahren dort von der Polizei umgebracht wurden, sind 16 „an den Folgen von Würgegriffen durch Polizeibeamte“ gestorben. Und von diesen 16 Polizeiopfern waren zwölf Schwarze. Der Polizeichef von Los Angeles, Daryl Gates, hatte dafür die Erklärung, daß „die Halsadern von Schwarzen nicht so flexibel sind wie jene von normalen Leuten.“

***

Massaker in Guatemala

Das faschistische Regime in dem mittelamerikanischen Land, ebenso wie die Junta von El Salvador vom amerikanischen Imperialismus ausgehalten, setzt seinen Mordterror gegen das Volk fort: Bei einem Massaker in der Provinz Huehuetenango wurden 13 Landarbeiter umgebracht. Die Mörder, die anschließend die Hütten der Arbeiter in Brand steckten, trugen nach Augenzeugenberichten Militäruniformen.

Deutsch-türkisches Freundschaftsfest in Dortmund

Gemeinsam feiern, gemeinsam kämpfen

(KORRESPONDENZ). — Am 15. Mai haben wir in Dortmund-Hörde ein deutsch-türkisches Freundschaftsfest veranstaltet. Seine Vorbereitung entsprang eigentlich der Fortsetzung ähnlicher Aktivitäten in den vergangenen zwei Jahren, aber noch wie war der Zuspruch so groß, waren die Ergebnisse so positiv.

Wer „wir" sind? Nun, ein Kreis von etwa 30 Personen ganz unterschiedlicher Berufe, politischer Anschauungen und Organisierung (soweit überhaupt vorhanden). So viele waren es natürlich nicht von Anfang an, aber schon nach einigen Treffen, die wir auch in der örtlichen und Stadtteil-Presse hatten ankündigen lassen, zu denen wir bekannte fortschrittliche Personen persönlich eingeladen und die wir zum Teil auch mit kleineren Flugblattaktionen zusätzlich bekanntgemacht hatten, pendelte sich die Teilnehmerzahl in dieser Größenordnung ein.

Wenn im folgenden von „uns" die Rede ist, dann ist damit aber auch oft die Stadtteilzelle Hörde der KPD gemeint. Denn Genossen unserer Partei haben bei dieser Sache kräftig mitgemischt, und das werden wir auch in Zukunft tun.

Die Idee, solche Feste zu organisieren, hat nicht nur Freunde. Ich weiß das unter anderem aus Diskussionen im Zusammenhang mit dem letzten *Volksfront*-Kongreß. Einige Antifaschisten halten so etwas eher für eine Art „Sozialklimbim", bei dem „politisch nicht viel ‚rumkommt'". Wir waren da anderer Meinung, und unsere Erfahrungen haben uns in dieser Ansicht bestärkt.

Schon das Zustandekommen eines solchen einigermaßen gut vorbereiteten und organisierten Festes ist ein Politikum. Dies um so mehr in dem Maße, in dem die auf die Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern abzielende und von entsprechenden politischen Maßnahmen begleitete Hetze zunimmt. Denn es wirkt der Spaltungstendenz entgegen. Es gibt die Möglichkeit, das Verständnis füreinander zu fördern und die Einsicht zu vermitteln, daß man gut miteinander auskommen kann und gemeinsame Interessen gemeinsam zu verteidigen hat.

In dem in deutscher und türkischer Sprache abgefaßten Einladungsflugblatt hieß es:

„Wir wollen gemeinsam feiern, reden, froh sein und über bestehende Probleme reden und so zeigen, daß ein gutes, freundschaftliches Miteinander möglich und wünschenswert ist.

Kennenlernen war schon immer ein gutes Mittel gegen Vorurteile, bei Erwachsenen und Kindern. Also: Kommen Sie und bringen Sie ihre Freunde mit, ihre deutschen und ausländischen Nachbarn! ..."

Im folgenden wurden nur noch ganz kurz die Probleme der Arbeitsplätze und der Schulklassen angesprochen, zu denen es auf dem Fest auch Arbeitsgruppen gab (dazu später), und das Programm bekanntgegeben. Mit diesem Faltblatt und einem Plakat, das ein Genosse gestaltet hatte, gingen wir unter anderem in die Buden und Läden des Stadtteils und fragten, ob sie das Plakat aushängen, eventuell auch Einladungen auslegen würden. Damit hatten wir in den meisten Fällen Erfolg. Abgelehnt haben neben einzelnen besonders reaktionären oder ignoranten Kleinhändlern, Apothekern usw. die Filialen großer Handelsketten, die das nach Aussage der Filialleiter vor Ort nicht entscheiden dürfen und wo oftmals generell eine von der Zentrale ausgegebene Ablehnung bestand.

Wir besuchten auch Kindergärten, Freizeitstätten, die Stadtbücherei, Schulen... Wo wir nicht hingehen konnten, da schickten wir die Einladungen per Post. Auch das mit Erfolg, wie man noch sehen wird.



Mit diesem Plakat wurde für das Freundschaftsfest geworben.

Und so sah das Programm aus:

Am Nachmittag (der 15.5. war ein Sonnabend) von 15.00 bis 18.00 Uhr hieß der Schwerpunkt: Kinderfest! Angeboten wurden Verkleidungsspiele, Torwandschießen, ein Theaterstück, Tanzen, ein Luftballonwettbewerb, es traten auf die deutsch-türkische Kindertheatergruppe „Kleiner Taubenschlag" und der „Kinderliedermacher" Klaus Hoffmann, der deutsch und türkisch sang, es gab Kuchen (frisch gebacken an freier Luft), Süßigkeiten, Trink- und Eßbares natürlich auch für die Erwachsenen.

Wo wir das gemacht haben? — In und im Umfeld einer Jugendfreizeitstätte, mitten im Stadtteil gelegen. Jugendliche und Mitarbeiter dieser Einrichtung waren zu den Vorbereitungstreffen gekommen, zeigten sich von der Idee sehr angetan und haben tatkräftig mitgemacht. Daß wir die Freizeitstätte als Veranstaltungsort nutzen konnten, schuf uns natürlich geradezu ideale Bedingungen.

Abends ging es weiter mit Tanzen, Essen und Trinken für die Erwachsenen,eine kleine Bilderausstellung informierte über die Lage der türkischen Kollegen, ein Videofilm über Asylantenprobleme wurde gezeigt, es traten auf die türkische Folkloregruppe Witten, ein türkisches Musikduo, die Gruppe „Die Stahlkocher", die Gruppe „Kinderlech", Josef Krug vom Werkkreis Literatur der Arbeitswelt mit deutschen und türkischen Gedichten.

Noch ein Wort zum Thema Trinken: Getrunken wurde natürlich hauptsächlich Bier, und zwar selbstgezapftes. Zapfanlage und Schanktisch lieferte eine Brauerei, die in solchen Fällen übrigens auch für die Schankkonzession sorgt. Man kann im allgemeinen von Brauereien auch Holzbänke und -tische ausleihen, für's gemütliche Zusammensitzen, wir hatten nur nicht rechtzeitig dran gedacht, und dann keine mehr bekommen. — Das als praktischer Tip für Nachahmer.

Wo wir gerade beim Erklären sind: Vielleicht hat sich jemand gefragt, was ein „Luftballonwettbewerb" ist. Das ist ein leicht zu organisierender Spaß vor allem für kleinere Kinder. Gasgefüllte Ballons, fertig vorbereitet unter einer Zimmerdecke hängend, werden mit Kärtchen versehen, auf denen der Name des Kindes vermerkt wird, das den jeweiligen Ballon bekommt. Und dann muß man die Kinder nur noch dazu bringen, ihren Ballon wieder loszulassen. Denn der Ballon, der am weitesten fliegt, dessen Anhänger also in der größten Entfernung vom Start gefunden und eingesandt wird (darum wir auf dem Kärtchen gebeten), hat gewonnen. Wir haben den Wettbewerb mit einer Zeitung zusammen gemacht, die so etwas öfter veranstaltet und schon vorgedruckte Kärtchen hatte. Solche Möglichkeiten gibt es sicher auch anderswo, die Zeitung wirbt damit gleichzeitig für sich. (Und berichtet noch mal über die Aktion, was ja auch ganz gut für uns ist.) Um für die Finder deutlich zu machen, worum es bei dem konkreten Wettbewerb ging, haben wir die Kärtchen mit einem Stempel versehen, der das Motiv „Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit!" widergibt.

Es gab also viel zum Feiern und Spaßhaben. Um dem Bedürfnis nach mehr Information über das „Ausländerproblem" und seine Hintergründe entgegenzukommen, haben wir daneben zwei Diskussionsgruppen angeboten. Die Themen: „Nehmen uns die Ausländer die Arbeitsplätze weg?" und „Überfremdung an den Schulen?". Diese Fragen wurden in zwei Gruppen in den Wochen vorher von Mitgliedern des „Festausschusses" erarbeitet.

Dabei sind wir von folgenden Überlegungen ausgegangen: Wer absolut etwas gegen Ausländer hat, der kommt gar nicht erst zu so einem Fest. Wer dann kommt und nicht allein Probleme sprechen möchte, das sind in der Regel Mitbürger und Kollegen, die den Ausländern grundsätzlich positiv gegenüberstehen, aber der konkreten bürgerlichen Propaganda, den Vorurteilen ihrer Freunde oft hilflos oder unsicher gegenüberstehen, nicht wissen, was man gegen Ausländerfeindlichkeit machen kann; oder eben Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland, die die Probleme mit ihren deutschen Mitbürgern am Arbeitsplatz usw. haben. Deshalb muß man viel Fakten anbieten können, müssen alle politischen Aussagen auf nachvollziehbaren sachlichen Argumenten beruhen. Mit einer moralischen Vereinheitlichung etwa („Wir sind doch alle Menschen" oder so) ist es nicht getan.

Für beide Gruppen waren kurze, nur wenige Minuten dauernde Referate vorbereitet worden, die als Einstieg in die Diskussion dienen sollten. In der „Arbeitsplatz"-Gruppe waren Stichpunkte zum Thema getippt und fotokopiert worden, die den Teilnehmern dann mitgegeben wurden; so können sie sich das zu Hause nochmal durch den Kopf gehen lassen, sich bei Fragen an die Referenten (Adresse stand drauf) wenden.

Etwa 20 Leute machten bei dieser Gruppe mit, ein guter Erfolg. Etliche trugen sich in die Liste ein und wollen zum nächsten Treffen eingeladen werden. Ein wirklich guter Erfolg.

Ganz toll auch die Reaktion auf die Gruppe „Schulproleme". Hier erschien ein Lehrer mit seiner ganzen Klasse — etwa 30 Leute so um die 14 Jahre. Über zwei Stunden saß man zusammen. Da die Referentin auch Lehrerin war, konnten die Kontakte um so fester geknüpft werden; es soll ein Schüleraustausch stattfinden und anderes. Sehr interessiert hatte sich sogar der Direktor einer anderen Schule im Stadtteil gezeigt, das hat man wahrscheinlich nicht so oft. Für die Zukunft sollen Unterrichtseinheiten zum Ausländerproblem erarbeitet werden, für die auch an anderen Schulen geworben werden soll.

Ach ja, was noch fehlt: Über 400 Leute besuchten das Fest!

Dieses Fest war also ein voller Erfolg. Es hat sich ein Kreis gebildet, in dem sich bei der gemeinsamen Vorbereitung ganz gut kennengelernt hat. Mit dem Fest wurden zahlreiche neue Kontakte dazu geknüpft. Und wir, das heißt jetzt die KPD, sind mittendrin, haben durch unsere Arbeit bewiesen, daß mit uns was anzufangen ist und schon Interessenten an unserer Politik gewonnen. Klar, daß auch die Möglichkeit des Werbens beispielsweise für die *Volksfront* gegeben ist.

Am Rande noch ein Wort zum leidigen Thema „DKP". Der Festausschuß war natürlich für jeden offen, der unsere Arbeit unterstützen wollte. Kurz vor dem Fest kamen auch einige DKP-Leute, und sie boten auch Mitarbeit an. Einer wollte zum Beispiel Kinderspiele organisieren — eine gute Sache. Daß er dann mit einem Bollerwagen der Jungen Pioniere aufkreuzen, Luftballons mit dem Aufdruck „Macht mit bei den Jungen Pionieren" und entsprechende Halstücher verteilen mußte, spricht für das Verständnis gewisser typischer Aktivisten dieser Partei, wie man sie überall antrifft. Auf dem Fest selbst haben wir, als wir das mitbekamen, nichts mehr unternommen, das hätten die Kinder mit den Ballons sicher auch nicht verstanden. Aber es war ein Versuch, etwas für sich „abzustauben", der bewußt der stillschweigenden Übereinkunft innerhalb der Vorbereitungsgruppe völlig zuwiderlief. Für diese billige, dumme Tour wird der gute Mann auf dem nächsten Treffen sicher von allen die richtige Antwort bekommen.

Was nun weiter wird, das soll eben auf diesem nächsten Treffen besprochen werden. Stand von Anfang an fest, daß Feste dieser Art eine regelmäßige Einrichtung werden sollen, so hat sich inzwischen schon ein gewisser Kreis bereit erklärt, von jetzt an in Form einer Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit kontinuierlich weiterzuarbeiten. Wie das genau geschieht und was eventuell zusätzlich geschieht — es war zum Beispiel die Einrichtung von deutsch-türkischen Begegnungsstätten und ähnlichem im Gespräch, verschiedene Leute fühlten sich veranlaßt, auf dem Gebiet, das ihnen persönlich am meisten zusagt, aktiv zu werden — wird sich zeigen. Wir bleiben am Ball und werden auf jeden Fall die Arbeit der Initiative aktiv mitgestalten.

Mit diesem Bericht hoffen wir, auch anderen ein paar Anregungen gegeben zu haben.

Die Volkstanzgruppe Witten erregte viel Aufsehen.



Samstag, 29. Mai
22.00 Uhr, HR III
Don Giovanni. Der Hessische Rundfunk zeigt Mozarts Oper in einer Aufzeichnung aus dem Königlichen Theater in Stockholm.

***

Sonntag, 30. Mai
21.25 Uhr, HR III
Fegefeuer in Ingolstadt. Schauspiel von Marieluise Fleißer. Eine Inszenierung von Benjamin Korn aus dem Thalia-Theater Hamburg.

***

Montag, 31. Mai
19.30 Uhr, ZDF
Cheyenne. In diesem 1963 gedrehten Film erzählt John Ford die Geschichte der letzten Überlebenden aus dem Indianer-Stamm der Cheyennen: Im Herbst 1878 brechen sie — von einer Hungersnot bedroht und von der US-Armee verfolgt — aus ihrem Reservat aus, um in die alten Jagdgründe zurückzukehren. Mit Richard Widmark, Carroll Baker, James Stewart u. a.

***

Montag, 31. Mai
20.15 Uhr, WDR III
Die Villa. Schauspiel von Tankred Dorst. Aufzeichnung der Uraufführung in Düsseldorf. Regie: Jaroslav Chundela.

***

Dienstag, 1. Juni
16.15 Uhr, ARD
Meine Mutter war total dagegen. Bericht über die Erfahrungen von weiblichen Lehrlingen in „Männerberufen".

***

Dienstag, 1. Juni
23.15 Uhr, ARD
Der 1. Mai hat 365 Tage. Jürgen Alberts und Lucas Maria Böhmer haben die Kulturarbeit des DGB im Ruhrgebiet untersucht.

***

Mittwoch, 2. Juni
20.15 Uhr, WDR III
Amphitryon. Als Eröffnungsvorstellung des 1. Nordrhein-Westfälischen Theatertreffens wird das Lustspiel von Kleist in einer Aufführung des Schauspiels Köln (Regie: Jürgen Flimm) gezeigt.

***

Mittwoch, 2. Juni
22.20 Uhr, WDR III
Lebensangst. In diesem Spielfilm von Yilmaz Güney geht es wie in den meisten Werken des türkischen Regisseurs um Elend und Unterdrückung in Ost-Anatolien. Güney, den der WDR gegenwärtig mit einer Auswahl seiner Filme vorstellt, war jahrelang als politischer Gefangener in der Türkei inhaftiert. Im vorigen Jahr gelang ihm die Flucht ins Ausland. Bei den Filmfestspielen in Cannes stellte er in der vergangenen Woche einen neuen Film vor: „Yol" (Der Weg) ist unter größten Schwierigkeiten in der Türkei produziert worden. Dieser Film, der das Leben des Volkes unter der Militärdiktatur beschreibt, wurde nach einem Buch des damals noch gefangenen Güney von dem Regisseur Serif Gören gedreht.



Westberliner BMW-Arbeiter im Streik

Die Reichen in der Bundesrepublik (Teil VI)

„EINE ANDERE WELT"

Am Ende unserer Serie über die Reichen in Deutschland angelangt, muß man einiges festhalten, für diejenigen unserer Leser, die das Thema interessiert hat. Was wollten wir damit? Zeigen, daß es noch einen ganz anderen Unterschied gibt als den zwischen Kollegen Müller und einem — vielleicht sogar hochbezahlten — Ingenieur. Einen Unterschied zu Leuten, die wirklich in einer anderen Welt, wenn auch auf diesem Planeten, gar in diesem kleinen Land, leben. Wir hatten schon in der ersten Folge gesagt, daß dies alles nur ein knapper Abriß sein kann, daß wir uns dabei auf die Allerreichsten und Allermächtigsten konzentrieren müssen. Wir haben die Großaktionäre der Industrie, die Großgrundbesitzer und Privatbanker ebenso dargestellt, wie das Wirken der Großbanken und der hinter ihnen stehenden Menschengruppen. Wir haben deren organisiertes politisches Einwirken über die eigenen Interessenverbände und die Parteien gezeigt. Alles nicht vollständig — was aber auch gar nicht nicht tut. Denn dies ist keine wissenschaftliche Abhandlung, sondern eine Artikelreihe, die einige Tatsachen bekanntmachen soll.

Was fehlt ...

ist so manches aus dieser Welt der Reichen. Es fehlen die Leute vom schnellen Geld, die Leute, die am Rande der Legalität ihre Millionen machen: Abschreibungsfachleute, Briefkastenfirmen-Besitzer, abenteuerliche Investmentfondsbegründer. Alles das, was sich am Rande des Themas Wirtschaftsverbrechen, Steuerbetrug — ob mit oder ohne Unterschriftenautomaten — und Bestechung bewegt, haben wir ebensowenig behandelt wie jene manches Mal direkt kriminellen Praktiken, mit denen angeblich „seriöse" Kapitalisten ihr Geld machen oder vermehren. Wenn diese alle die Hechte im Karpfenteich sind, dann sind die von uns beschriebenen Leute ungefähr die Haifische.

Was ebenfalls fehlt, das sind die besonderen Wege, mit denen verschiedene Finanzgruppen ihren Profit steigern, die Maßnahmen, um das Kapital zu exportieren, auch sogar das Rüstungsgeschäft. Hier gibt es nahezu keinen der erwähnten „vornehmen" Kapitalisten, der nicht manche seiner Millionen mit dem Geschäft mit dem Tod aus dem Selbstbedienungsladen Staatskasse geholt hätte. Elektrokonzerne sind heute die zentralen Instanzen der Rüstungsindustrie, anders als früher.

Und es fehlt schließlich auch die Vorgeschichte. Die Tatsachen, wie diese Leute überhaupt an ihr Geld, an ihren Reichtum und ihre Macht gekommen sind. Mit sauberer Weste übrigens fast nie. Von den hart erarbeiteten Millionen, die diesen Leuten so gerne angedichtet werden, ist in dieser Bundesrepublik ebensoviel wahr, wie in den USA. Nämlich so gut wie nichts. Erpressungen, Gaunereien, Bestechungen und Beziehungen waren nicht selten Ausgangspunkt größter Vermögen.

Für das alles gibt es viele gute Bücher, in denen man sehr viel Interessantes nachlesen kann. Bücher die, ob es die Autoren wollen oder nicht, immer dann zu einer Quelle der Überzeugungsarbeit gegen das kapitalistische System werden, wenn sie die Praktiken der Reichen und Superreichen enthüllen. Es gibt wissenschaftliche Untersuchungen, die Besonderheiten und Entwicklungslinien des westdeutschen Kapitalismus untersuchen und nachzeichnen.

Was wir wollten, war ganz einfach das, was wir zu Anfang sagten: zeigen, daß es Leute gibt, relativ wenige, die dermaßen reich sind, daß sie mit einem Sonderopfer die Kosten der Abmilderung der Krise ihres Wirtschaftssystems gut tragen können. Und zeigen, daß es bisher so ist, daß diese Leute an dieser Krise blendend verdienen.

Die andere Welt

Sie sollte beschrieben werden. Die Welt der Märchenhochzeiten und Galadiners, der Schlösser, Villen und ferner Sommerhäuser, der Privatjets und Mercedes 600 oder Rolls Royce. Die Welt derer, die wie der amerikanische Soziologe Kolko einmal schrieb, älter werden, weil sie reich sind, was sie vor einer Reihe Krankheiten bewahrt, gesünder bleiben, weil sie nie hart körperlich arbeiten mußten, die gebildeter sind, weil sie es sich leisten können, die immer oben sind, weil so viele unten für sie arbeiten".

Von deren Standpunkt aus, von der Sicht dieser Welt aus ist es logisch, die Lohnfortzahlung nur als Belastung des eigenen Gewinns zu betrachten. In ihren Augen sind die Arbeiter und Angestellten notwendigerweise eine graue Masse, derer sie nur gewahr werden, wenn sie etwas will: mehr Geld, weniger Arbeitszeit oder mehr politische Rechte. Und wenn die Zeit der Krise kommt und erst recht, wenn sie, wie heute, gar nicht mehr richtig gehen will, dann ist es für sie normal, daß man dieser grauen Masse nehmen muß. Denn sonst müßten sie ja vielleicht auf etwas verzichten.

Das ist eben die andere Welt, eine andere gesellschaftliche Klasse, die alles gegensätzlich sieht als die Arbeiter und Angestellten das tun, sofern sie ihre Lage überdenken. Ihr — nicht ausgestoßener, aber stets im Raume stehender — Schlachtruf ist „Die Armen sollen die Krise bezahlen!" Mit Arbeitslosigkeit, weniger Arbeitslosengeld, weniger an diesem und an jenem und an jenem auch noch...

Für dieses Ziel arbeiten ihre Interessenverbände, ihre Abgeordneten, dafür lassen sie ihre Beziehungen und ihren Einfluß spielen. Für dieses Ziel arbeiten die von ihren Leuten ausgehaltenen Soldschreiber, die sich stets über angeblich unmäßige Lohnforderungen aufregen aber noch nie über die Milliarden der Superreichen ein Wort verloren.

Die Reichen sollen die Krise bezahlen

Diese Losung der Kommunistischen Partei Deutschlands, sie muß zur Losung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung werden. Die SPD? Sie darf, laut Helmut Schmidt, schon über so etwas nachdenken — aber mehr auch nicht. Und wenn einige sozialdemokratische Genossen etwas zu laut oder intensiv über so etwas nachdenken, dann heißt es eben einfach: Das geht doch heute gar nicht zu machen, wir müssen doch die FDP sehen. Oder dies und jenes, da fällt ihnen manches ein.

Ist das wirklich Utopie? Oder gar: Illusionsmacherei? Wir meinen: weder noch. Ob Illusion oder nicht, das ist eine Frage des Kräfteverhältnisses, wer wen wozu zwingen kann. Denn daß die Reichen und Superreichen freiwillig keinen müden Pfennig abgeben, das haben sie zur Genüge gezeigt.

Und ob dies Utopie ist oder nicht, das entscheidet sich daran, ob man es als fernes schönes Ziel belassen möchte oder ob man es anpackt, dafür eine Bewegung zu organisieren.

Als Sonntagsrede mag diese Forderung manch einer akzeptieren. Für unsere Partei, für die KPD ist diese Losung, dieser Weg zur Besserung der Lage der arbeitenden Menschen, die Richtschnur im alltäglichen politischen Kampf, in jeder politischen Tätigkeit. Denn wer diese Forderung erhebt, muß wissen, daß sie, ernsthaft erhoben, auch auf den Widerstand jener Kreise innerhalb der Deutschen Gewerkschaftsbundes stoßen wird, die das Wort Sozialpartnerschaft für die Bibel des Gewerkschafters halten.

Aber es gibt mehr als genug Menschen, für die diese Forderung ein Ausweg aus einer Lage ist, die allmählich das Wort „Wirtschaftswunder" vergessen läßt. Menschen, die für eine solche Forderung eintreten können, welche anderen Überzeugungen sie auch sonst haben mögen. Menschen, die für eine solche Forderung eintreten müssen, wenn sie zur Selbstverteidigung schreiten wollen.

Sie oder wir: entweder die Reichen oder die Arbeiter müssen die Krise bezahlen, sie ausbaden. Die Versprechungen der SPD, einen Zwischenweg zu finden, entpuppen sich jeden Tag mehr als Märchen: Es gefällt einem oder auch nicht, erfunden ist es allemal.

Heute ist schon klar: nach der „Operation 82" kommt die „Operation 83", kommt die nächste Lohnrunde mit Reallohnabbau, kommt der nächste Schlag gegen die Arbeitslosen. Wenn man sich nicht wehrt. Wenn man sich von Bonner Versprechungen hinhalten läßt.

Die „Millionärssteuer" muß kommen, als Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen, gegen Staatsverschuldung und zur Sicherung der sozialen Errungenschaften.

---

15 Jahre ROTER MORGEN

Wir laden ein zum Pressefest:
11./12. September im Ruhrgebiet

Beteiligt euch an den Wettbewerben!

„Roter-Morgen"-Verkaufswettbewerb

Wertungszeitraum: 1. Mai bis 1. September

Dies soll ein Wettbewerb zwischen den Ortsgruppen der Partei sein. Wir fordern alle Genossen auf, ihre bisherige Verkaufspraxis zu überprüfen, nach neuen Möglichkeiten zu suchen und diese umzusetzen.

Schreibt uns über eure Ideen und Erfahrungen, wir werden darüber berichten. Der Wettbewerb ist ja keine Geheimkonkurrenz, er soll Ansporn sein, damit wir insgesamt vorankommen.

Die Preise, die dabei zu gewinnen sind, kann sicher jede Ortsgruppe für ihre Arbeit gebrauchen:
1. Preis — Ein Diaprojektor
2. Preis — Ein Epidiaskop
3. Preis — Ein kompletter Parteistand (mit Tisch, Sonnenschirm, Stelltafeln, Parteifahne)

„Roter-Morgen"-Abonnenten-Werbewettbewerb

Wertungszeitraum: 1. Mai bis 1. September

Hier ist jeder einzelne Leser des „Roten Morgens" aufgerufen, aktiv zu werden. Neben der Freude über die weitere Verbreitung unserer Presse winkt als

Hauptpreis — Eine Flugreise nach Albanien
Zwei Wochen Vollpension mit Ausflügen für eine Person
Die anderen Preise sind attraktive Buchpreise

Erzählwettbewerb

Was ihr erlebt habt im politischen, gewerkschaftlichen Kampf, im Betrieb, mit dem Staat, seinen Nazis, seiner Polizei oder seinen Sozialämtern, mit Kollegen und Genossen im Kampf für unsere Sache — schreibt es auf. Große Scheu ist unangebracht, man muß kein Schriftsteller sein, um im „Roten Morgen" berücksichtigt zu werden. Schon vor dem Pressefest werden wir einzelne Einsendungen abdrucken. Aus euren Erfahrungen können andere lernen, sie können Ansporn sein.

Einzige Auflage: Schreibt bitte nicht mehr als 200 Schreibmaschinenzeilen.
Auch hier gibt es etwas zu gewinnen:
1. Preis — Eine Spiegelreflexkamera
2. Preis — Ein Kassettenrecorder mit Mikro
3. Preis — Ein Buchpreis

Einsendeschluß: 15. August 1982

Volksverhetzer!



Dies ist die Vorderseite eines ungeheuerlichen Flugblatts, das die Konservative Aktion des Gerhard Löwenthal zur Zeit verbreiten läßt, zusammen mit einer Aktion der Sympathiewerbung für den Chef des US-Imperialismus, Ronald Reagan. Diese Volksverhetzung auf Glanzpapier erhalten unter anderem Betriebe ins Haus, ergänzt durch die Bitte um die finanzielle Unterstützung der Konservativen Aktion.

Mit solchen Mitteln arbeiten unsere politischen Gegner. Die Stärkung der kommunistischen Presse, die weitestmögliche Verbreitung auch des „Roten Morgens" ist ein Mittel des Kampfes dagegen.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 21, 28 Mayıs 1982 | Yıl: 16 | 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



Direniş sürüyor!

Kassel Enka işletmesinde başlatılan direniş sürüyor. Enka patronlarının işyerini kapatarak 700 işçiyi sokağa atmak istemesine karşı işçiler kinlerini bileyerek mücadeleye atıldılar. Ne varki bir taraftan direniş sürerken, öte yandan işyeri işçi temsilciliği Hessen Eyalet İş ve İşçi Bulma Kurumu'nun 225 işçinin çıkışının verilmesini öngören uzlaşma önerisini kabul ettiğini açıkladı. Şimdiye kadar yaşanan bir dizi tecrübeler tüm işyerlerini korumanın ve işyerlerinin yok edilmesini önlemenin ancak ve ancak berrak talepler temelinde greve gidilmesi ve işyerinin işgal edilmesi ili mümkün olduğunu gösterdi. 15 Mayıs'ta Enka işçileri ve Kassel halkı işyerinin kapatılması planını protesto etmek amacıyla bir yürüyüş düzenlediler.

Falkland savaşı sürüyor

İngiliz savaş kışkırtıcılarının desteklenmesine hayır!

AET, İngilizlerin Falkland'da saldırısını desteklemekte

BRÜKSEL. — AET'ye üye devletlerin dışişleri bakanları pazartesi günü en açık bir şekilde İngiliz emperyalistlerinin Güney Atlantik Okyanusu'ndaki katliam savaşını desteklediklerini bildirdiler. Onlar, İngiliz Thatçher Hükümeti'ne sadece sınırsız desteklerini ilan etmekle yetinmeyip, aynı zamanda Arjantin mallarının ithalatını boykot etme süresini de uzattılar.

Sadece İrlanda ve İtalya bu boykot kararını desteklemediklerini açıkladılar. AET oturumu başlamadan önce NATO Genel Sekreterliği İngilizlerin Malvin adalarına çıkartma yapmasından sonra da Londra'yı desteklemeye devam edeceğini açıkladı. Bun nokta batı askeri paktının ve AET'nin önemli sorunlarda hem fikir olduğunu bir kez daha ortaya koymaktadır.

Federal Almanya Dışişleri Bakanı Genscher de dahil olmak üzere AET'ye üye devletlerin çoğunluğunun oyu ile alınan karar, Thatcher Hükümeti'ne sömürge savaşının en kritik anında destek sağlamaktadır. İngiliz birliklerinin geçen cuma günü Malvin adalarına çıkartma yapması, Thatcher Hükümeti'nin ada sorununu barışçıl görüşmeler yoluyla değil, aksine en vahşi bir şekilde askeri şiddete başvurarak Arjantin cuntasını tamamen teslim almaya zorlayarak çözmek istediğini göstermektedir.

Bu noktayı ayrıca İngiliz Hükümeti'nin çeşitli temsilcilerinin yaptığı açıklamalarda doğrulamaktadır. Onlar Malvin adaları üzerinde İngiliz emperyalizminin yeniden sınırsız hakimiyetinin sağlanması gerektiğini vurgulamaktalar. Thatcher, 321 gemicinin bulunduğu "General Belgrano"yu bombalama emrini vererek tüm gemicilerin ölümüne yol açtığı gibi, şimdi de "Task force" askerlerini adının tam olarak İngiliz emperyalizminin denetimine girmesini sağlamak için kanlı saldırıya geçmeye çağırdı. Bir taraftan en vahşi şekilde saldırılar sürdürülürken, öte yandan ise İngiliz Hükümeti ada halkının durumunun kendisini endişelendirdiğini açıklamaktadır. Ancak bunun gerçekle yakından uzaktan bir bağı yoktur. Çünkü hafta sonunda ada halkının, ada da en azından çocukların uzaklaştırılabilmesi için bir ateşkes anlaşmasının imzalanmasını talep etmesini, İngiliz Hükümeti zerre kadar dikkate almadı.

"Spiegel" dergisinin pazartesi çıkan sayısında belirttiğine göre İngiliz donanması saldırgan savaşı için atom silahları ile bile donaltılmış. Ayrıca Donanma Şefi Woodward'a "gerektiğinde" bu silahları kullanma yetkisi de verilmiştir.

İngiliz donanmasının zor durumda kalması halinde bir atom savaşına bile dönüşebilecek bu kanlı çatışma Bonn Hükümeti tarafından desteklenmektedir. Gerek Genscher'in ve Schmidt'in gerekse de diğerlerinin adanın barışçıl bir siyasi çözümünden dem vurmaları, yaşanan pratikleri açısından birer sahte söz olmaktan öteye gitmemektedir. Çünkü onların AET ve NATO müttefiklerine olan sınırsız bağlılıkları Thatcher'in Güney Atlantik'teki kitle katliamlarına ortak olmaları demektir.

Bunun için 10 Haziran Bonn yürüyüşünde "İngiliz Falkland savaşının desteklenmesine hayır" şiarı da haykırılmalıdır.

(„Keine Unterstützung für Thatchers Amoklauf!")

DGB Kongresi'nde

Sendika ağalarının yolsuzluğuna hiç bir açıklık getirilmedi

BATI BERLİN. — Sendika tabanı, DGB Kongresinden sendika cihazının üst organlarındaki Neue Heimat skandalına ilişkin bataklığın acımasız bir şekilde kurutulması için önlemlerin alınmasını talep ediyor. Ne varki sendikalarımızın başına çöreklenmiş sendika ağalarının son olarak ortaya çıkarılan sahtekarlıkları eskilerini gölgede bırakmasına rağmen, kongrede sendikaların bu bataklıktan kurtarılması için hiç bir karar alınmadı.

Kongrede görevinden ayrılan DGB eski Başkanı Vetter'in yerine Ernst Breit seçildi. Kongre şimdiye kadar izlenen sosyal ortaklık siyasetinin bir devamını sağlamaktan başka hiç bir şeye hizmet etmedi. Sendika patronları hakkında ileri sürülen bir dizi konunun aydınlığa kavuşturulması için kongre hiç bir adım atmadı. Bunun yerine Vetter hariç tüm itibarlarını yitiren sendika patronları tekrardan DGB Merkez Yönetimine seçildi.

Sendika patronları hakkında ileri sürülen yeni yolsuzluklar ana hatları ile şunlardır:

★ Vetter, Loderer, Frister (GEW Sendikası eski Başkanı ve bugün ise Neue Heimat personel müdürü), Sperner gibi DGB Yöneticileri ve DGB Bankercisi Hesselbach milyonluk dolandırıcılık yapan Terrafinanz şirketinin Neue Heimat Yönetim Kurulu üyeleri tarafından kurulduğu konusunda haberdar ediliyorlar. Vetter ve şürekasının "Spiegel" dergisinin kendileri hakkında açığa çıkardığı yolsuzluk üzerine hiç bir şey bilmediklerini söylemesi sahtekarlıktan başka bir şey değildir.

★ DGB Yöneticilerinin bazıları Denetleme Kurulunda elde ettikleri kâr hisselerinde paylarına düşen kısmını Hans-Böckler-Stiftung'a ödemeleri gerekirken kısmen ya da tamamen zimmetlerine geçiriyorlar.

★ Vetter'in red yeminlerine rağmen Berlin'deki vergi yolsuzluğunu sürdüren bir maşası vardı. Bunun içinde Vetter bir yıl boyunca bir Pfennig dahi vergi ödemiyor.

(DGB Kongresi üzerine haberler ve yorum sayfa 3'te)

Bu hafta

Reagan'a ve NATO'ya karşı yürüyüşe ve mitinge katılalım!



Tokyo'da kitle gösterisi

400 000 kişi atom silahlarına karşı yürüdü

Pazar günü silahsızlanma ve ülkenin Amerikan atom savaşı stratejisini reddetmesini sağlamak için yaklaşık olarak yarım milyon Japon Tokyo'da yürüdü. Yüzbinlerin katıldığı mitingte daha önce ülke çapında 30 milyon imzanın toplandığı ve tamamen nükleer silahsızlanma taleplerini kapsayan bir manifesto Birleşmiş Milletlere verilmek üzere kararlaştırıldı.

Japonya tarihinde şimdiye değin atom silahlarına karşı düzenlenen en büyük yürüyüşte konuşmacılar arasında Japonya Sendikaları Genel Konseyi Başkanı Motofumi Makieda'da yer alıyordu. Bu yürüyüşe çeşitli solcu partilerle, kadın ve gençlik örgütleri ve dini gruplar ile birlikte sendikalar çağrı yapmıştılar.

Hafta sonunda ayrıca Yunanistan'ın kuzeydeki liman şehri Saloniki'de 30 000 barış sever insanın katıldığı bir barış yürüyüşü düzenlendi. Bu yürüyüş ABD'nin askeri üsslerini hedefliyordu. Bunun içinde yürüyüşte ABD üsslerinin derhal sökülmesi talep edildi. Yürüyüşçüler Yunanistan'ın NATO'dan çıkması talebini de gür bir şekilde haykırdılar.

Öte yandan Londra'da şimdiye değin Falkland savaşına karşı pazar günü en büyük yürüyüş yapıldı. Yaklaşık olarak 8 000'e yakın kitlenin katıldığı eylemde derhal ateşkes anlaşmasının yapılması talep edildi. Atlantik'te kitle katliamına girişilmesine rağmen katılım daha fazla olmaması, İngiltere'deki reformist güçlerin başlangıçta olduğu gibi şimdi de Thatcher Hükümeti'nin savaş rotasını desteklediklerinden kaynaklanmaktadır. Aynı zamanda CND (Nükleer Silansızlanma Kampanyası) adlı güçlü barış hareketi bile yalpalayarak hafta sonunda Londra'da yapılan yürüyüşe çağrı yaptı.

(„Massenkundgebung in Tokio")



Japonya'nın bir çok şehrinde yapılan 1 Mayıs yürüyüşlerinde de silahlanmaya ve militarizme karşı pankartlar taşındı. Resimde Kawasaki şehrindeki yürüyüş korteji görünmektedir.

Schickedanz kadın işçileri Federal İş Mahkemesi'ne başvurdular

Eşit işe eşit ücret!

NEUSS/KASSEL. — 12 Mayıs'ta Neuss Schickedanz Kağıt işletmesinde çalışan 52 kadın işçi Kassel'e hareket etti. Bugün onların eşit işe eşit ücret için açtıkları davaya bakılacak. IG Druck und Papier sendikasının da desteğini alan kadın işçiler ücret eşitsizliğini kabul etmeyerek Schickedanz patronuna karşı dava açtılar. Kadın işçilerde erkek işçiler gibi Schikedanz'da aynı işi yapmalarına rağmen, bugüne değin erkeklere verilen "iş piyasası zammı" onlara verilmedi.

12 Mayıs sabahı saat 15.30'da Neuss DGB binasının önünde toplanan 52 Schickedanz kadın işçisi Kassel'e doğru harekete geçti. Federal İş Mahkemesi'nin Merkezinin bulunduğu Kassel'de Schickedanz kadın işçilerinden önce de burada Heinze kadın işçileri eşit işe eşit ücret ödenmesi için dava açmıştılar. Onlar burada tüm kadın işçilerinin eşit işe eşit ücret savaşımlarına bir itilim kazandıran büyük bir başarı elde etmiş, davayı kazanmış ve erkeklere ödenen zamların kendilerine de ödenmesini sağlamışlardı.

Federal İş Mahkemesi o zaman IG Druck und Papier'in (Basım ve Kağıt Sendikası) Federal Almanya çapında başlattığı dayanışma kampanyasının baskısı altında erkekler ile aynı işi yapan kadınların buna rağmen az ücret zammı almalarının anayasanın üçüncü maddesinin ikinci bendine göre eşitsizliği ifade ettiğini açıklamak zorunda kaldı. Hakimler kadınların bu eşitsizliğe maruz bırakılmalarının nedeni olarak, onlarla erkeklerin yaptığı işin eş değer görülmemesini gösterdiler.

Ne varki bugün Schickedanz kadın işçilerine ise başka nedenlerden dolayı ücret zammı ödenmemektedir. Schickedanz patronları Heinze firmasında olduğu gibi kadınların aynı işi yapamadıklarını gerekçe göstermekte, aksine onlar erkeklere ödenen ücret zammını "iş piyasası zammı" olarak deklare etmekteler. Patronlar ve onların savunma avukatları iş piyasasında kadın işgücünün satın alındığı aynı düşük ücretle erkek işgücünü satın alamadıklarını, kadınlara aynı ücret zammının verilmemesine gerekçe göstermekteler.

IG Druck und Papier sendikası üye yayın organı "druck und papier" bu konuda şöyle yazmaktadır: *"Eğer mahkeme kadın ve erkeklerin 'iş piyasası zammı' çerçevesinde farklı bir muameleye tabii tutulmasının mümkün olduğunu açıklarsa, o zaman kadınlar iki kez cezalandırılmış olmakta ve patronların keyfiliğine gönül rahatlığıyla izin verilmektedir. O zaman onlar (kadınlar, KŞ) yıllardan beri patronlar tarafından yedek sanayii güçleri olarak kullanılmakla ve ucuz işgüçleri olarak çift şekilde sömürülmekle cezalandırılmaktalar."*

Hem Düsseldorf İş Mahkemesi'nin hem de Düsseldorf Eyalet İş Mahkemesi'nin Schickedanz kadın işçilerinin eşit işe eşit ücret davasını reddetmeleri, açıktan açığı patronun bakış görüşlerine yasal olarak hak vermeleri utanç vericidir. Mahkemenin bu tavrı ücret eşitliği prensibinin kanunen ayaklar altına alınması demektir.

IG Drupa sendikasının yayın organı bu konuda şöyle diyor: *"iş piyasasından ötürü kadınlara düşük ücret ödenmesine hak vermek, ücret eşitliliği esasından vedalaşmak demektir. Sadece farklı iş yapılması ya da çok işin olması farklı ödentiye yol açabilir, ama asla iş piyasasında eşit şansın olmaması değil."*

Heinze kadın işçilerinin davaları gibi Schickedanz kadın işçilerinin davalarının da örnek bir anlamı vardır. Çünkü dün Heinze kadın işçilerinde olduğu gibi bugünde Schickedanz kadın işçileri sadece kendileri için değil, aynı zamanda özel sömürüye ve çifte baskıya tabii tutulan milyonlarca kadın ve kızın eşit hakkı için mücadele etmekteler. IG Drupa sendikasının onların mücadelesini desteklemesi bir taraftan kendilerine güç verirken, diğer yandan ise onlara yalnız olmadıklarını hissettirmektedir. Bugüne değin Heinze kadın işçileri için örneğin yaklaşık olarak 100 000 imza toplandı.

52 kadın işçinin aktiv bir şekilde direnişe geçmesi basit bir şey değildi. Çünkü güvensizlik, kısmende sorunun anlaşıya karşılanmayarak reddedilmesi hüküm sürüyordu. Onların mücadelelerine anlayış göstermeyenler sadece işyerlerindeki erkek arkadaşları değil, bazende yakın arkadaşları ve eşleri bile karşıydılar. Ancak şimdi bu durum çoktan değişti. Hiç kuşkusuz sendika tarafından Almanya çapında dayanışma hareketinin örgütlenmesinin bunda büyük bir payı vardır. Ayrıca şimdi Schickedanz kadın işçilerinin mücadele azmi daha da bilendi ve sınıf bilinçleri yükseldi.

Dayanışma Kassel'e giderkende büyük bir öneme sahipti. Bunun için Fasia Jansen gitarıyla yorulmadan çalarak kadın arkadaşları cesaretlendirdi ve neşelendirdi. Kassel Federal İş Mahkemesi'nin önüne gelindiğinde ise 52 Schickedanz kadın işçileri kırmızı karanfillerle selamlandılar. Dayanışmanın bir sembolü olarak meşaleler yakıldı.

IG Drupa sendikası mahkemeye daha büyük bir duruşma salonunda duruşmanın yapılması için başvurdu. Ancak Mahkeme heyeti Başkanı Thomas sendikanın bu dilekçesini reddetti. Bunu içindir ki, Federal İş Mahkemesi'nde duruşma yapıldığında bir çok Schickedanz kadın işçisi ve diğer kadın ve erkek arkadaşlar duruşmayı izleyemediler. Kadın ve erkek işçi arkadaşlar mahkeme heyetinin bu tutumunu, dayanışma hareketinin "dıştalanması", mahkemenin telaşı ve kamuoyundan korkması olarak değerlendiriyorlar. Bunun için de koridorda "eşit işe eşit ücret —hiç kimse bizi dışarı atamaz" şiarı gür bir şekilde haykırıldı.

Federal İş Mahkemesi kararın açıklanmasını 25 Ağustos'a erteledi.

Yabancı kadın emekçiler, Alman kadın emekçilerine karşın daha ağır bir baskı, daha da büyük sömürüye tabii tutulmaktalar. Sadece yabancı olmalarından ötürü düşük ücret almakta ve en kötü işlerde çalışmaya zorlanmaktalar. Patronların bu tür uygulamaları yerli ve yabancı kadın işçilerin, dolayısıyla da işçi sınıfının birliğini bölmeyi, ortak mücadelesini engellemeyi amaçlamaktadır. İşte bundan ötürü bugün başta Türkiyeli kadın işçiler olmak üzere tüm yabancı kadın işçiler "Alman sınıf kardeşlerinin başlattıkları eşit işe eşit ücret davalarına güç vermeli, onlar da bu uğurda ortak mücadeleye atılmalıdırlar.

(„Schickedanz-Frauen zogen vor das Bundesarbeitsgericht")



2 Haziran, Çarşamba
Saat 22.20, WDR 3
***Endişe:** Senaryosunu Yılmaz Güney'in yazdığı ve Şerif Gören'in de rejisörlüğünü yaptığı bu filmde de daha önce bir çok filminde olduğu gibi, Doğu Anadolu halkının yaşamı, sefaleti konu edilmektedir. Daha önce hapiste bulunan Yılmaz Güney geçen yıl yurt dışına kaçmayı başardı. Ve evvelki hafta 35. Cannes Film Festivali'ne katıldı. Bu Festival'de Güney hapisten kaçışını anlatan "Yol" filmiyle yer aldı.*

HAYDİ 10 HAZİRAN'DA BONN YÜRÜYÜŞÜNE

10 Haziran'da ABD emperyalist çetesinin elebaşışı Ronald Reagan Bonn'a gelmek istiyor. Aynı günlerde Türkiye'deki faşist cuntanın başı Kenan Evren'de dahil olmak üzere tüm NATO üyesi devletlerin temsilcileri Bonn'da yapılacak olan NATO zirve toplantısına katılacaklar. Bu nedenle NATO'ya ve Reagan'a karşı tahminen 150 000 barışsever insanın katılacağı bir yürüyüşün yapılması için yoğun seferberlik çalışmaları sürmektedir.

Partimiz KPD bu yürüyüşe çağrı yapan bir merkezi ortak bildiriyi imzalamadı ve kendisi ayrıca çağrı yapan bir bildiri çıkardı. Çünkü bu ortak çağrı ne ABD Hükümeti'ni karşı net bir tavır takınmakta, ne Bonn Hükümeti'nin onunla olan ittifakını reddetmekte, ne de tek yanlı silahsızlanma önlemlerinin alınmasını talep etmektedir. Şimdiye kadar bu çağrıyı imzalamayı reddeden (tabiiki siyasi içeriğinden ötürü değil) örgütlerin hemen hemen hepsi imzalamış durumdalar. Örneğin Juso'cular Grünen'ler gibi.

Başta bu çağrıyı imzalamayı reddeden örgütlerin, bugün imzalamaları ilkelerden dolayı ya da eylemin daha güçlü olmasını istediklerinden ötürü değil, aksine 10.6 tarihinde yapılacak eylemde kendileri için bir siyasi tasarruf yapmak istemelerindedir. Bu hareketin içinde yer alan bazı güçlerin iktidara gelme politikası izledikleri gerçeğinde hiç bir şey değişmedi.

Grünen'ler yürüyüşün ortak çağrısını hazırlayanların amaç ve hedeflerinden kısmen farklı olan ve kendi görüşlerini içeren bir ön söz hazırlamalarına rağmen, bu da bizim yukarıda ortaya koyduğumuz hedefler doğrultusunda yürüyüşün yönelmesini amaçlamamaktadır. Çünkü bu Grünen'lerin esas siyasi amacını oluşturmuyor. Eğer bu onların amacını oluştursaydı, o zaman onlar alakasız bir çağrı olan bu bildiriyi imzalamazdılar.

Juso'culara gelince, onlarda bildiriyi sadece kendilerine bir parsa koparmak istediklerinden yürüyüşte konuşmayı yapacakların kendilerinin siyasi hedefleri ile bir uyum içinde olduğu için imzaladılar.

Yürüyüş ve mitingin Ren nehrinin sadece bir tarafından yani Beuel tarafında yapılmasına izin verildi. Bonn'a merkezi ulaşımın nerelerde ve nasıl yapılacağı üzerine henüz bir açıklama yapılmış değil. Federal Devlet Demir Yolları işletmesi ilkin bu yürüyüş için tutulan özel trenlerin biletleri için 10.10 81 tarihinde yapılan yürüyüşün tren biletlerinin fiatının dört katını talep etti. Ancak Federal Devlet Demir Yollarının bu küstahça tavrına karşı protestolar yükseltilince 5.6 tarihinde Bonn'da NATO yanlısı bir yürüyüş yapacak olan CDU'ya yapılan aynı indirimi yapmayı kabul etmek zorunda kaldı.

CDU en adi metodlara başvurarak Reagan için güçlü bir yürüyüşün yapılmasını sağlamaya çalışmakta. Örneğin bu oyunlardan biri, yürüyüşe katılanların ödedikleri parayı vergiden düşürebilmeleri, ikincisi ise kendisinin denetimindeki işletmelerde çalışan işçileri bu yürüyüşe katılmaya zorlamasıdır! Ancak bu tehditlerine ve oyunlarına rağmen görüldüğü kadarıyla o gene Reagan için güçlü bir yürüyüş yapılmasını sağlayamayacak.

Konuşmacı olarak mitinge katılmaya Gert Bastian, yazar ve ilahiyatçı Dorothee Sölle, Guatemala İnsan Hakları Komisyonu'nun sözcüsü Julia Esguivel ve Amerikan Piskoposu Raymond Gerhardt Hunthausen çağrıldılar. Ayrıca yürüyüşte bir DGB temsilcisinin bir de Doğu Almanya barış hareketinden birisinin konuşması öngörülmektedir.

Bu yürüyüş için çeşitli işyerlerinden sendika temsilcileri de katılma kararı aldılar. Barış hareketinin işçi sınıfı ile bağının kurulması, mücadelenin başarı kaydetmesinin koşullarından biridir ve bu koşul önemli bir koşuldur. Bunun için tüm fabrikalarda sınıf bilinçli, barış yanlısı sendikacılar işçi arkadaşlarında daha da yoğun bir şekilde katılması için gerekli çabayı harcamalıdırlar.

Partimiz KPD bu yürüyüşün gerçekten ABD emperyalizminin ve NATO'nun savaş kışkırtıcı çizgisine ve bunu destekleyen Federal Hükümet'e karşı görkemli bir yürüyüş olması için gerekli adımları imkanları dahilinde atacaktır. Bunun içindir ki, tüm bölgelerde somut talepler çerçevesinde yoldaşlar kitleleri eyleme seferber etmeye çalışmaktalar.

Bu yürüyüşe biz Türkiyeli barışsever insanlarda güçlü bir şekilde katılmalı ve başkalarının katılması için çaba harcamalıyız. Bir taraftan barış mücadelesinin net bir çizgiye kavuşması için mücadeleyi sürdürür ve bunu desteklerken, öte yandan ise NATO zirve toplantısına Türkiye Halkı üzerinde azgınca baskı, sömürü ve zulmünü sürdüren faşist cuntanın başı Kenan Evren'in katılmasından dolayı bu yürüyüşte cuntanın yüzünün teşhirini somut olarak yapmalıyız. Öyleyse, haydi 10 Haziran'da Bonn yürüyüşüne!

(„Am 10. Juni: Auf nach Bonn")

İltica kanunu daha da sertleştirilmek isteniyor!

14 Mayıs'ta biraraya gelen Federal Meclis ilticacıların haklarının daha da kısıtlanması yönünde yeni bir yasa tasarısı hazırladı. Kabul edilen yeni tasarıyla iltica hakkı tamamen kuşa çevrilmektedir.

İlkin ilticacıların bir yıl süresince çalışmasını yasaklayan karar alındı. Daha sonra ise ilticacılar için çalışma yasağı iki yıla çıkarıldı. Böylece iltica talebinde bulunan birisi yaşamını aldığı üç beş kuruşluk sosyal yardımla sürdürmeye zorlandı.

Ne varki Batı Alman makamları bir taraftan ilticacılara iki yıllık çalışma yasağı koyarken, öte yandan ise onları 1 ile 1,25 Mark arasında değişen saat ücreti ile günde dört saat boyunca çalıştırma kararı aldılar. Alınan bu karar bir çok eyalette uygulandı ve hala da uygulanmaktadır. Bu karar bir yandan ilticacıların modern köleler olması anlamını taşırken, öte yandan ise çalışan emekçilerin ücretlerini düşük tutmak için ilticacıların kullanılması demektir. Bunun içindir bu çeşitli bölgelerde bu kararı protesto etmek için ilticacılar çeşitli eylemler düzenlediler.

SPD ve FDP partileri iltica hakının kısıtlanması daha doğrusu kuşa çevrilmesi yönünde yeni bir yasa tasarısı hazırladılar. Bu tasarı Parlamento Hukuk Komisyonu'nun yaptığı bazı değişikliklerden sonra hükümet partileri tarafından onaylandı. CDU/CSU, iltica hakkının daha da sertleştirilmesini istediklerinden dolayı, hükümet partileri tarafından hazırlanan yasa tasarısını reddettiler. Hazırlanan tasarıda ana hatları ile şunlar öngörülmektedir.

★Başvuru hakkında idari mahkeme tarafından verilen "red" kararlarına genellikle "itiraz yolu" kapatılmıştır.

★Bir üst mahkemeye itiraz, ancak idari mahkemenin bu konudaki kararı ile mümkündür.

★Üst mahkeme alt mahkemelerin kararlarına itarazı, ancak idari mahkemece yapılan işlemlerle yasal değişikliklerin bulunması halinde kabul edilebilir.

Federal Meclisin aldığı bu kararla böylece idari mahkeme tarafından bir ilticacının, iltica talebinin reddedilmesi halinde bir üst mahkemeye başvurması tamamen imkansız hale getirilmesi öngörülüyor. Bu da alt mahkemenin aldığı red kararıyla ilticacının sınırdışı edilerek geldiği ülkedeki gerici ya da faşist diktatörlüklerin eline verilmesi demektir. Bunu Türkiye'ye indirgeyecek olursak, böylece bununla iltica isteminde bulunmuş bir Türkiyeli ilticacının talebinin reddedilmesi ve buna itiraz hakkının olanaksız hale getirilmiş olması, onun Türkiye'deki faşist cuntanın ölüm pençesine verilmesi demektir.

Federal Meclisin aldığı bu karar önümüzdeki dönem içerisinde parlamentoda tartışılacak ve karar altında alınacaktır. Hükümet partileri bu yeni yasa tasarılarının tamamen karar altına alınması için çalışacaklarını belirtirlerken, CDU/CSU ise tasarının daha sertleştirilmesi için adım atacaklarını bildirmektedir. Bu yasa tasarısının kararlaştırılması durumunda iltica hakkına şimdiye değin düzenlenen saldırılar halkasına bir yenisi daha eklenilmiş olmaktadır. Bununla kazanılmış bir demokratik hak olan iltica hakkının tamamen ortadan kaldırılması doğrultusunda ileriye yönelik bir adım daha atılmış olacaktır. Kazanılmış demokratik hakları korumak hatta bunların genişletilmesi yönünde adım atmak için ilticacılara yönelik bu yeni saldırıya karşı protestolar yükseltilmeli, çeşitli eylemler örgütlenmelidir!

(„Bundesregierung will das Asylrecht verschärfen")

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"'ı
......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum



O yıllık 60 DM O 6 aylık 30 DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: .... İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız:
Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.

DGB Kongresi sona erdi

Sosyal ortaklık çizgisinin devamı kararlaştırıldı

1. BÖLÜM

BATI BERLİN. — DGB'nin 12. Olağan Kongresi, bugün sendikal hareketin önünde duran can alıcı sorunların çözümü için hiç bir olumlu katkıda bulunmadı. Kongrede ne Neue Heimat bataklığını kurutmak ve DGB cihazını tüm pisliklerden arındırmak için adım atıldı, ne de işyerlerinin korunması ve sosyal hakların garanti altına alınması ve gerçek ücretlerin düşürülmesi mücadelesinde sendikaların yenik düşmelerinden dersler çıkarıldı.

Batı Berlin'de yapılan DGB (Alman Sendikalar Birliği) kongresi bir dizi olayın meydana geldiği döneme rastladı. "Stern" ve "Spiegel" dergilerinin tam da kongrenin başladığı dönemde sendika patronlarının çevirdikleri oyunları piyasaya sürmesi, şimdiye değin Neue Heimat skandalı üzerine açıklananları gölgede bırakıyor. Son olarak ileriye sürülen bu bilgilerin tam olarak doğru olup, olmadığına bakmaksızın kongre şu noktaları gündeme almalı ve bunlardan gerekli sonuçları çıkarmalıydı:

★Vetter, Loderer ve Pfeiffer gibi DGB sendika patronlarının kapitalist vergi kaçırma işleri tartışılmalı ve mahkum edilmeliydi. Her üçü de artık sendika organlarında ve görevlerinde çekilemez hale geldiler.

★Neue Heimat inşaat şirketinin Denetim Kurullarında yer almış ya da yer alan tüm sendika yöneticilerinin bu skandaldaki ortak sorumluluğu ve olaylara karışmaları araştırılmalıydı. Denetim Kurulundaki görevini sıkı sıkıya yerine getirmemiş ve rüşvet almaya karşı kesin tavır takınmamış ya da Vietor ve şürekasının dolandırıcılık işlerinde sır ortağı olan tüm yöneticilerin DGB Merkez Yönetimi'ne ya da benzeri üst organlar için adaylıklarını koymalarına izin verilmemeliydi.

★"Spiegel" dergisi, 1979 yılında Neue Heimat ve Neue Heimat Städtebau Denetim Kurulları'nın bir toplantısında, Neue Heimat işyeri işçi temsilcisi Cordua'nın Terrofinanz adlı dolandırıcılık şirketinin Neue Heimat şirketi yönetimi kurulu üyeleri tarafından kurulduğu, konusunda tereddütünü DGB Başkanı H. O. Vetter'in araştırmak yerine bağırarak bastırdığını ileri sürdü. İşte "Spiegel" dergisinin ileri sürdüğü bu noktanın doğru olup olmadığı dikkatlice araştırılmalıydı.

★Neue Heimat skandalı ve rüşvet yedirme bataklığı üzerine olan DGB yöneticilerinin küçümseme, örtbas etme ve belgelerin tanzim edilmesi tavrı en sert bir şekilde mahkum edilmeliydi.

★Büyük kapitalist tekellerin aynı anlamını ve amacını taşıyan "kamu hizmeti" diye adlandırılan taslak açığa çıkarılmalı ve tartışılmalıydı.

★Sendika yöneticilerinin işçi ücretlerinin kat kat üzerinde aylık almaları tartışmaya konulmalıydı vb. noktalar ele alınmalıydı.

Yukarıda sıraladığımız bu noktalar kongre tarafından ele alınması gereken asgari noktalardır. Gelecekte sendika hareketine daha ağır zararların gelmesini önlemek için bu noktalar kongrede tartışılmalıydı ve konular üzerine berrak bir görüş ortaya koyulmalıydı. Ancak kongrede bu yapılmak yerine, sendika düşmanı çevrelerin iftiralarına karşı "dayanışma" sözcüğü altında her türlü şey örtbas edilmeye ve her şeyin üzerine sünger çekilmeye çalışıldı.

Sermayenin ve hükümetin bunalımın faturasını emekçi halka ödettirme politikalarına karşı sendikal direnişin perspektifi ve işçi sınıfının sosyal, siyasi, ekonomik ve sendikal haklarına düzenlenen genel saldırının geri püskürtülmesi ana sorununa gelince, bu konuda DGB yönetiminin çaresizlik ve sessizlik politikası tartışıldı. Ancak bu konuda yöneltilen eleştirilerin kapsamlı ve esasi bir niteliği söz konusu değildi. Bu eleştiriler de sosyal işbirliği siyasetini prensip olarak sorun haline getirilmedi. Ve özellikle de kongrede alınan kararlarda ve onaylanan önergelerde bu konuda hiç bir şey dile getirilmedi.

Hensche, Götz, K. H. Janzen gibi bazı sol kanat sendika yöneticileri, Bonn Hükümeti'nin bütçe tasarruf kararlarına karşı "Stuttgart" örneği gibi eylemler düzenlenmediğini, DGB yönetimin işsizlere karşı alınan zorunluluk kararlarına karşı seferberliğe gitmediğini ve eylemler örgütlemediğini eleştirdiler. Özellikle, DGB eski Başkanı Vetter'in, sermayenin ve onun Bonn'daki sözcülerinin saldırılarına karşı sendikal mücadele gücünü seferber etmek yerine, bunu sadece genel ve kof çağrılarla ve görüşmeler yoluyla cevaplamaya gitme politikasına eleştiri yöneltildi.

Devamını gelecek sayıda yayınlayacağız!

(„DGB-Bundeskongress in Westberlin")

Yabancı düşmanlığına karşı

Dortmund'da Alman-Türkiyeli Dostluk Şenliği yapıldı

(Halk Muhabiri) 15 Mayıs'ta Dortmund'un Hörde semtinde yabancı düşmanlığına karşı bir Alman-Türkiyeli Dostluk Şenliği yapıldı. Bu şenlik de daha önce yapılan dostluk şenlikleri gibi hazırlanmıştır. Ancak bu şenlik daha değişik bir ortamda yapıldığından dolayı katılım daha da kabarıktı.

Bu şenlik, çeşitli meslek gruplarından, farklı siyasi görüşlere ve örgütlenmeye sahip olan 30'a yakın insanın içinde yer aldığı bir komite tarafından düzenlendi. Tabii ki başlangıçta, bu komite de yer alanların sayısı azdı, ama sürdürülen propaganda faaliyetinin sonucu daha sonra komiteye katılanların ve aktiv olarak çalışanların sayısı arttı.

Bu komitenin içinde partimiz KPD'nin Hörde semt örgütü de yer aldı, aktiv bir şekilde çalıştı.

Bazıları Dostluk Şenlikleri'nin düzenlenmesinin yabancı düşmanlığına karşı pek bir etki yapmadığı düşüncesindeler. Bu tür görüşler son *Volksfront* Kongresinde de dile getirildi. Ancak bizim pratikten edindiğimiz tecrübe bunun aksini ispatladı. Her şeyden önce bir dostluk şenliğinin hazırlanması, örgütlenmesi belirli bir siyasi faaliyeti beraberinde getirmektedir. Şenliğin hazırlığının Almanlar ve yabancılar tarafından yapılması yerli ve yabancılar arasında gedikler açılmasına, ön yargıların çoğalmasına değil, aksine her türlü bölücü adımlara karşı birliğin pekişmesine hizmet etmektedir. İnsanlar bu yolla birbirlerine düşüncelerini anlatma olanağını elde etmekte dostça bir arada yaşamanın mümkün olduğunu görmektedir.

İki dilde yayınlanan ve dostluk şenliğine katılmaya çağıran bildiride bu konuda şöyle denilmekte: "Biz birlikte eğlenmek, mevcut sorunlarımız üzerine konuşmak, kısacası dostça bağları geliştirmek istiyoruz.

Birbirlerimizin kültür ve geleneklerini yakından tanımak ön yargılara karşı her zaman olumlu bir araçtı. Öyleyse düzenlenen dostluk şenliğine katılın, tanıdıklarınızın, Türkiyeli ve Alman komşularınızın katılmasını sağlayınız!"

Dostluk Şenliği için iki ana tartışma konusu seçildi. Bunlardan birini "Türkiyeliler Almanların işyerlerini ellerinden alıyorlar mı?", ikincisini ise "Okullarda yabancılaşma mı?" oluşturuyordu. Bu iki konu için iki tartışma grubu oluşturuldu.

Dostluk şenliğinden önce bir yoldaş tarafından çizilen bir afişle ve bildirilerle semtteki bakkallara gidilerek afişlerin asılması için bakkal sahiplerine başvuruldu, bildiriler dağıtıldı. Afişleri asmayı bazı bakkal sahipleri olumlu karşılarken, bazı gericiler ise reddettiler. Ayrıca çocuk yuvalarına, çocuk bahçelerine, gençlik yurtlarına kütüphanelere, okullara ve semtteki fabrikalara da gidilerek afiş asıldı, bildiriler bırakıldı. Ulaşılamayan yerlere de postayla gönderildi. Daha sonra ise semtin merkezi yerlerinin birinde masa açıldı, bildiri dağıtıldı.

15 Mayıs saat üçte dostluk şenliği başladı. Saat 15 ile 18 arasında yerli ve yabancı çocukları birbirine kaynaştırmak için çeşitli ortaklaşa çocuk oyunları yapıldı, çocuk tiyatrosu gösterildi, çocuk şarkıları birlikte söylendi.

Şenlikte, Türkiyeli ve Almanlar birlikte eğlendi ve sorunları üzerine konuştular.

Dostluk Şenliği semtteki bir gençlik yurdunda yapıldı. Gençlik yurdunda çalışanların tümü şenliğin hazırlık toplantılarına katıldı ve daha sonra ise şenliğin yapılmasına katkıda bulundular.

Akşam üzeri gençler ve ebeveynler için hazırlanan program devam etti. Bu programda Türkiyeli işçilerin yaşamı üzerine bir resim sergisi açıldı, ilticacıların sorunları üzerine bir video filmi gösterildi. Almanca, Türkçe şiir okundu, folklör oynandı ve Almanca türküler söylendi.

Dostluk Şenliği'nde yemek ve içecekler vardı. Dostluk Şenliği'nde eğlencenin yanı sıra ayrıca iki tartışma düzenlendi. Bu gruplar tartışmalarını yukarıda belirttiğimiz konular kapsamında sürdürdüler. Bu tartışmalarda yabancı düşmanlığının nedenlerini ortaya koyan yabancıların işsizliğin sorumluları olmadığını belirten, okullardaki sorunları ele alan, birer kısa konuşma yapıldı. Daha sonra ise tartışmaya geçildi. İşyerleri sorununu ele alan grubun tartışmasına yaklaşık 20 arkadaş katıldı. Bu arkadaşlar aynı zamanda komitenin gelecek çalışmalarına katılacaklarını da açıkladılar.

Okul sorununu tartışan grubun toplantısına 30'a yakın öğrenci katıldı. Somut olarak okullarda yabancı ve Alman çocuklarının sorunları tartışıldı. Daha sonra ise yerli ve yabancı öğrencilerin birbirleriyle görüş alış verişinde bulunabilmeleri için buluşmaların yapılması kararlaştırıldı. Ayrıca okullarda yabancı sorunları üzerine ders yapılması konusunda görüş birliğine varıldı.

Dostluk Şenliği'ne 400'ü aşkın yerli ve yabancı katıldı. Şenlik bir bütün olarak olumlu geçti. Bir çok arkadaşla yeni ilişki kuruldu.

KPD, yabancı düşmanlığına karşı bu şenliğin hazırlanmasında başından itibaren aktiv bir rol oynadı ve kitlelere gerçekten ciddiye alınması gereken bir güç olduğunu gösterdi. Hatta şenlikte partimizin politikasına ilgi duyan kişilerle ilişki kuruldu. Ayrıca yabancı düşmanlığına karşı dostluk şenliğinin hazırlanmasına *Volksfront'ta* katıldı ve eylemde aktiv rol oynadı, yabancı düşmanlığına karşı mücadeleyi komitenin içinde yer alarak sürdürdü.

Burada bir iki söz de DKP üzerine söylemek gerekiyor. Komitenin çalışmaları herkese açık olduğundan dolayı bu arkadaşlarda toplantıya katılarak çalışmaları destekleyeceklerini açıkladılar. Şenlikten kısa bir süre önce toplantıya katılan bir kaç DKP'li şenlik için bir şey yapmak için öneride bulundu. Önerin bunlardan biri şenlikte çocuk oyunlarını hazırlamak istiyordu. Komite şenlikte siyasi örgütlerin doğrudan görüşlerini içeren yazıların dağıtılmasını yasakladı. Ancak bu arkadaşlar kendilerine siyasi bir tasarruf yapabilmek için bu kararı çiğneyerek getirdikleri balonların üzerine çocukları "genç öncü" örgütlerinin safında ye almaya çağıran yazılar yazmıştılar. Çocukların hiç biri bunun anlamını kavrayamamış olsala dahi, önemli olan bu arkadaşların alınan kararı çiğnemeleridir. Komite yapacağı ilk toplantısında bunlara hiç şüphesiz gereken cevabı verecektir.

Çalışmaların gelecekte nasıl sürdürüleceği üzerine yapılacak toplantıda konuşulacak. Ancak şenlikten önce de çalışmaların şenliğin ardından düzenli olarak sürdürülmesi kararlaştırıldı. Bu tür şenliklerin sık sık yapılmasının olumlu olduğu belirtildi. Ayrıca gelecekte Alman ve Türkiyeliler için buluşma merkezlerinin açılması, derneğin kurulması vb. öneriler de var. Partimizin semt örgütü şimdiye kadar olduğu gibi gelecek çalışmalara da aktiv olarak katılacak.

Yabancı düşmanlığına karşı bu tür şenlikler her tarafta yapılmalı ve mücadele de bir araç haline getirilmelidir. Gelecekte çocuklar, gençler ve ebeveynler için çeşitli biçimde şenlikler yapılmalıdır.

(„Deutsch-türkisches Freundschaftsfest in Dortmund")

HAFTANIN YORUMU

DGB'nin 12. Olağan kongresine damgasına vuran sadece ekonomik krizin derinleşmiş olması değil, aynı zamanda bu kongre kendisinden önceki kongrelere göre sendika içi krizin daha büyük boyutlara ulaşarak hüküm sürdüğü bir dönemde yapıldı.

Kongreye seçilen delegeler, Neue Heimat tarafından yapılan Kongresszentrum'un salonunda toplanırken, işyerlerinde, sendika tabanında DGB cihazının başına çöreklenmiş sendika patronlarına karşı şimdiye dek eşi görülmemiş bir nefret, eleştiri, yanılgı giderek büyüyordu.

"Stern" ve "Spiegel" dergilerinin sendika patronlarının çevirdiği kirli çamaşırları açığa çıkarmalarından sonra, şu söz daha büyük bir önem kazandı: "Artık şimdiye kadar sürdüğü gibi devam edilemez." Ne varki Berlin Kongresszentrum'unda yapılan DGB Konresi'nin üzücü bilançosu, gene eski kervanın sürmesidir!

DGB Kongresi ve çıkarılması gereken dersler

Neue Heimat inşaat şirketinin sınırsız kirli çamaşırlarının açığa çıkmasının ardından taban sendikaların bu tür pisliklerden arındırılması gerektiği talebini ileri sürdü. Ancak DGB eski Başkanı Vetter, Neue Heimat şirketi skandalının içine girtlağına kadar batmış Vietor vb. bir iki ortağının çıkışını vererek, sorunun üzerine sünger çekmeye girişti.

DGB Kongresi sendikalar içinde bir temizliğe gitmesi ve sendikaları yıkıma götüren bu bataklığı kurutabilmek için artık kesin bir tavır alması gerekirken, aksi yönde adımlar attı. Gırtlağına kadar Neue Heimat skandalı bataklığının içine batmış sendika patronları yeniden Merkez Yönetimine seçildiler.

Neue Heimat skandalı tesadüfi ortaya çıkmış, gelip geçici bir şey değildir. Bu skandal, sendika yönetiminin sendikaları sermayenin saldırılarına karşı işçilerin bir mücadele örgütü görmeyip, patronların bir sosyal ortağı olarak görmesinin bir ürünüdür. Sendikal stratejinin merkezine kapitalist kâr sistemine dokunulmazlığın konulması, bu tür örgütlerinde onunla birlikte kaynaşmasını birlikte getirir.

Sosyal ortaklık, sermayenin ve hükümetin işçi sınıfının ekonomik, sosyal ve siyasi haklarına yönelik saldırılara karşı teslimiyet bayrağını çekmek demektir. Bu noktayı son yıllarda yaşanan bir dizi hayati tecrübe doğruladı ve hala da doğrulamaktadır.

DGB Kongresinin can alıcı sorunlardan biri olan sosyal işbirliği politikası üzerine tartışma sürdürmesi gerekmez miydi? Yakın geçmişte toplu sözleşmelerin bir yorumunu yapan Detlev Hensche sendikaların bir yol ayrımında bulunduğunu haklı olarak vurguladı. İşte bu yol ayrımını da sermayenin saldırılarına karşı şimdiye kadarki çizginin devamı mı, yoksa aktiv ve kararlı direniş noktası mı oluşturmakta? Ancak bu konuda en küçük bir adım dahi atılmadı. Hensche'nin kendisi bile DGB Yönetiminin "pasifliğini" yüzeysel olarak eleştirdi.

Yeni seçilen DGB Başkanı Ernst Breit, Vetter'in izinden yürüyeceğini açıkladı. Sağcıların bir temsilcisi olan Breit 518 oydan 499'unu alarak DGB Başkanlığına seçildi! Bu oy sayısı şimdiye değin, bir başkanın aldığı en yüksek oydur. Bu nokta bile Kongrenin, yönetilen hiç bir talebe cevap vermediğini göstermektedir.

Bunun için çıkarılması gereken ders şu olmalı: sendika içinde tabandaki muhalefet çalışması daha da inatçı, sistematik bir şekilde sürdürülmelidir! Örgütlü bir muhalefetin önemi giderek daha da artıyor! Bundan ötürü de RGO'nun güçlendirilmesi daha büyük bir önem kazanmaktadır. Bunun ötesinde DGB sendikaları içinde sınıf mücadeleci bir çizgiyi hakim kılmak ve sendikalarda bir dönüşümü sağlayabilmek düşünülemez.

(„DGB-Kongress — traurige Bilanz")